

Kritisches Handbuch
zur Aufrüstung und
Einsatzorientierung der
Bundeswehr

Schwarzbuch

Schwarzbuch

Kritisches Handbuch
zur Aufrüstung und
Einsatzorientierung der
Bundeswehr

Einleitung

Heute steht die Bundeswehr „einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber“, formuliert das im Juli 2016 erschienene Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.¹ Der Befund klingt dramatisch. Der Kunstgriff in der Formulierung: Die Bundesregierung tut so, als handle es sich um einen der Bundeswehr von außen aufgezwungenen Sachverhalt. Tatsächlich haben sich Kriege und Krisenherde der deutschen Armee nicht aufgezwungen. Seit rund 25 Jahren werden deutsche Soldaten systematisch in Kriege und Krisengebiete entsandt. Das Weißbuch hat die Aufgabe, diesen Kurs als alternativlos darzustellen.²

Es entstand unter Federführung des Bundesministeriums für Verteidigung. Laut Eigendarstellung stellt es „das oberste sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagendokument der Bundesregierung“ dar und formuliert „das sicherheitspolitische Programm für die nächsten Jahre“.³

Seit Ursula von der Leyen am Jahresende 2013 das Amt der Verteidigungsministerin übernahm hat sich die Frequenz, mit der neue Auslandseinsätze beschlossen oder bestehende Mandate erweitert worden sind, spürbar erhöht. Glaubt man den Beteuerungen der Verteidigungsministerin, dann geht es dabei stets um „Terrorabwehr“, „Stabilisierung“ oder „Friedenssicherung“. Die inflationäre Ausdehnung der Einsätze selbst zeigt, dass sie damit nicht besonders erfolgreich ist.

Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, räumte 2016 ein: „Krisenprävention hat in den letzten Jahren leider nicht so funktioniert, wie man sich das nach Lehrbuch gerne vorstellen möchte.“⁴ Und tatsächlich: Zwischen 2013 und 2016 entglitt den intervenierenden Groß- und Regionalmächten in weiten Teilen Afghanistans, in Irak und Syrien, in Somalia, Libyen sowie Jemen und zunehmend auch in Mali die Kontrolle. Die militärischen Interventionen haben eine Eigendynamik angenommen: Die fortwährende Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan, die überstürzte Beteiligung am Bombenkrieg über Syrien und Irak sowie die jüngste Ausweitung des deutschen Einsatzgebietes in Mali in den umkämpften Norden des Landes sind Ausdruck dieses Kontrollverlustes.

Die Herrschenden und ihre Strategen ziehen daraus nicht den Schluss, dass die militärische Eskalation selbst Teil des Problems ist. Ischinger meint: „Wir haben manche Krisen nicht nur unterschätzt, wir haben zum Teil absichtlich oder unabsichtlich weggeguckt. Jetzt sind die Krisen direkt bei uns vor der Haustür angekommen.“⁵

Sie erzeugen den Eindruck, militärische Passivität und Zurückhaltung seien das Problem. Tatsächlich verhält

es sich umgekehrt: Dort, wo die Groß- und Mittel-mächte, und mit ihnen Deutschland, militärisch einge-griffen haben, wurden Krisen verschärft, oft auch erst geschaffen. Die vermeintliche Medizin ist maßgebliche Mitverursacherin des Leidens: oft jahrelanges mili-tärisches Eingreifen von außen haben den Zerfall Af-ghanistans, Iraks, Syriens und Libyens ausgelöst oder befördert.

Dies wird im Weißbuch verschwiegen. Es ist auffällig, dass kein einziger der zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr bilanziert wird. Was wurde 2001 versprochen, als die Armeen zahlreicher Länder unter Führung der USA nach Afghanistan geschickt worden sind? Wie viele Opfer hat der Krieg gefordert, was hat er gekostet, wie hat der Afghanistaneinsatz die Bundeswehr verändert? Nicht eine dieser Fragen wird im Weißbuch, dem „obersten sicherheits- und vertei-digungspolitischen Grundlagendokument“, gestellt, geschweige denn beantwortet.

Dieselbe Sprachlosigkeit gilt für alle anderen Ausland-seinsätze, wie etwa dem längsten aller Einsätze im Ko-sovo. An einer einzigen Stelle heißt es: „Die Stabilisie-rungseinsätze der [Nato], zum Beispiel in Afghanistan und auf dem Balkan, zeigen, dass Eindämmung und Bewältigung von Konflikten in einem komplexen Si-cherheitsumfeld ein langfristiges und verlässliches En-gagement erfordern, um Stabilisierungsfortschritte zu erhalten und zu verstetigen.“⁶ Soll heißen: Wenn der Auslandseinsatz nicht zu dem vorgegebenen Ziel führt, sollen im Zweifelsfall Endloskriege geführt werden, um die eigene „Verlässlichkeit“ und militärische Glaub-würdigkeit unter Beweis zu stellen. Ja mehr noch: „Die Bundeswehr muss in der Lage sein, ihren Beitrag zur Umsetzung der strategischen Prioritäten der deut-schen Sicherheitspolitik zu leisten. Das sich dyna-misch verändernde Umfeld, unser Gestaltungs- und

Führungsanspruch sowie unser Engagement in NATO und EU erfordern die kontinuierliche Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums der Bundes-wehr.“⁷ Das bedeutet, dass die Bundeswehrein-sätze nicht nur einer höchst fragwürdigen Bedrohungsvor-stellung folgen, sondern auch der Logik einer neuen deutschen Machtentfaltung in der internationalen Politik, hier als „Gestaltungs- und Führungsanspruch“ umschrieben, entspringen. Die neue deutsche Rolle in der Welt soll nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine militärisch-politische Grundlage haben.

Ähnlich problematisch ist das Verhältnis zu den Atom-waffen. Der neue nukleare Rüstungswettkampf wird nicht thematisiert; es fällt kein kritisches Wort zur Moderni-sierung der US-amerikanischen Atomwaffen in Büchel. Nur das Bekenntnis zur Nato als „nukleares Bündnis“ soll auch künftig bedeuten, dass Deutschland – Atom-waffensperrvertrag hin oder her – „über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden“ bleibe.⁸

Die Aussagen zu Aufstellung und Ausrichtung der Teil-streitkräfte Marine, Heer und Luftwaffe bleiben wolkgig. Alles, was Stein des Anstoßes sein könnte, wird im Weißbuch ausgeblendet oder in Watte gepackt. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) existiert in dem Papier nicht. Konkrete Aufrüstungsprojekte werden nicht diskutiert.

Stattdessen entwerfen die Autoren des Weißbuchs umfassende aber vage Bedrohungsszenarien. Die internationale Ordnung, so heißt es, befinde sich „im Umbruch“. Globalisierung und Digitalisierung werden als „Treiber des Umbruchs“ definiert. Sie beförderten die „Verbreitung von Risiken“; diese reichten „von Epi-demien über die Möglichkeit von Cyberangriffen und Informationsoperationen bis hin zum transnationalen

Terrorismus.“⁹ Die Bedrohungen, der Terror und seine ideologische Rechtfertigung fallen im Weißbuch wie vom Himmel. Am Ende der Argumentationskette steht der Zerfall von Staaten, der von den Weißbuch-Autoren wesentlich als das Ergebnis finsterner Ideologien dargestellt wird. Schuld seien ein „introvertierter und oft radikaler Nationalismus, gewalttätiger Extremismus und religiöser Fanatismus“.¹⁰

Tatsächlich verhält es sich anders herum. So wurde der Irak in 25 Jahren dreimal durch US-geführte, internationale Koalitionen angegriffen und flächendeckend bombardiert. Das Land wurde in den 1990er Jahren durch ein UN-Embargo ausgehungert und nach 2003 über Jahre fremdbestimmt. In den letzten zwei Jahren intervenierten nach den USA nahezu alle anderen Groß-, Mittel und Regionalmächte der Welt ebenfalls in den Konflikt und beteiligten sich an der Bombardierung der Infrastruktur im Irak und im benachbarten Syrien. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende wurden ermordet, die Gesellschaften wurden und werden weiter zerstört. Dies ist der Nährboden, auf dem der „Islamische Staat“ (IS) entstanden ist. Erst kamen die Invasoren, dann die Zerrüttung bestehender Gesellschaften und erst viel später der IS.

Es ist so, die Welt befindet sich in einem Umbruch. Hintergrund dafür ist der Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, um Märkte und politischen Einfluss. Dies stand hinter den Entscheidungen, die zu den jahrelangen Militärinterventionen im Mittleren Osten, Zentralasien und Afrika geführt haben. Doch obgleich im Weißbuch eingangs die Legitimität der Wahrung der eigenen „Interessen“ benannt wird, erscheinen „Interessen“ im weiteren Text nirgends als „Treiber des Umbruchs“. Im Weißbuch geht es nicht um Analyse. Es geht darum, Angst zu verbreiten, um

so eine Begründung für die Ausdehnung der Aufgabenzuweisung und der Zuständigkeiten der Bundeswehr zu liefern.

Neben dem vermeintlich nicht erklärbaren „Terrorismus“ und „Fanatismus“ ist es vor allem Russland, das als Bedrohung für Deutschland dargestellt wird. Wörtlich heißt es: „Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen von Europäischer Union (EU) und Nordatlantischer Allianz (NATO).“¹¹

Heeresinspekteur Jörg Vollmer formulierte diesen Gedanken so: Russland dränge als flächenmäßig größter Staat der Erde nun mit Macht in die Rolle des einstigen weltpolitischen Großakteurs. Es wolle seine Weltmachtrolle „militärisch hinterlegen“.¹²

Hier handelt es sich um eine Art Projektion, eine spiegelbildliche Negativfolie der eigenen Strategie. So formuliert das Weißbuch für Deutschland den Anspruch, „aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung [...] die globale Ordnung aktiv mitzugestalten.“¹³ Was im Hinblick auf Russland als internationale Bedrohung dargestellt wird, erscheint im Weißbuch für Deutschland als internationale „Verantwortung“.

Die Bundesregierung versucht im Weißbuch die Spuren zu verwischen, dass der Westen die neue Ost-West-Konfrontation aktiv herbeigeführt hat. Es war die EU, die der Ukraine ein Assoziierungsabkommen vorlegte, das den Bruch mit Russland zur Bedingung hatte – nachdem die NATO sich über zwanzig Jahre kon-

sequent bis an die Grenze zu Russland vorgeschoben hat. Dies trug maßgeblich zur Schaffung einer Lage bei, in dem der Konflikt um den jeweiligen „Einfluss“ als militärischer Konflikt auf dem Gebiet der heutigen Ukraine geführt wird – von beiden Seiten.

Um im Konflikt mit Russland den Gegner als unheimlich erscheinen zu lassen, wurde ein neuer Begriff erfunden. Moskau wende Methoden der „hybriden Kriegsführung“ an. Wörtlich heißt es: „Der zunehmende Einsatz hybrider Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele.“¹⁴ In Deutschland könnten „alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens zum Ziel hybrider Angriffe werden“.¹⁵ Soll heißen: Der Kreml agiert heimtückisch, verfolgt undurchsichtige Interessen und bedroht uns alle. Der Westen hingegen erscheint stets als transparent, defensiv, wertorientiert.

Tatsächlich gleichen sich die Methoden im aktuellen Ost-West-Konflikt. Und sie sind auch keineswegs neu. Am Ende geht es auf beiden Seiten um sehr greifbare Dinge: um politischen Einfluss oder Kontrolle über Territorien oder Regierungen, um militärische Stärke, Waffen, Manöver, Militärhaushalte. Geheimdienstoperationen und Propaganda sind Teil dieser Auseinandersetzung, wie schon zu Zeiten des Kalten Krieges vor 1990. Der Konflikt drückt sich in einem neuen, beängstigenden Rüstungswettlauf aus.

Das Weißbuch hält sich indes bei solch konkreten Fragen nicht auf. Am Ende soll eines durchgesetzt werden: Mehr Geld für mehr Rüstung, mehr Soldaten, mehr Auslandseinsätze.

Wörtlich heißt es: „Die Ausstattung der Bundeswehr muss dazu geeignet sein, unterschiedliche Aufgaben

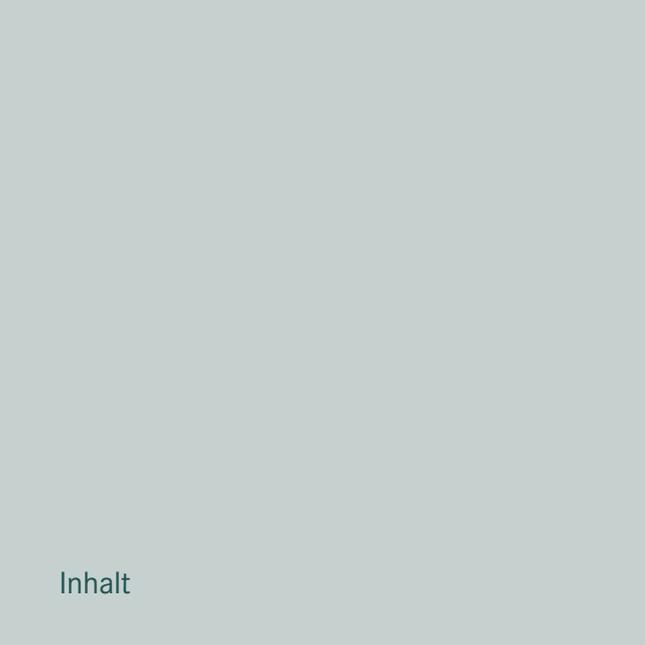
in verschiedenen Einsatzgebieten erfüllen zu können (Mehrrollenfähigkeit).“¹⁶ Das meint: „Die Befähigung zum bundeswehrgemeinsamen Wirken in allen Dimensionen – Land, Luft, See, Cyber- und Informations- sowie Weltraum – ist der übergeordnete Maßstab. Gerade in den Dimensionen Land, Luft und See bleibt die Befähigung zum Kampf Wesensmerkmal. Sie stellt den höchsten Anspruch an Mensch und Material.“¹⁷ Auch in den neuen Kriegen wird wieder gestorben. Das wird aber so offen nicht gesagt.

Die Entwicklung der heimischen Rüstungsindustrie, durch die Unterstützung von Exportmaßnahmen oder bei der Vergabe von Aufträgen, wird als ein strategisches Ziel definiert. Der Verband der deutschen Rüstungsindustrie weiß das zu schätzen. In einer Pressemitteilung lobte er die Verteidigungsministerin: Das Weißbuch habe herausgestellt, „dass die Zeiten der ‚Friedensdividende‘ [...] vorbei sind.“ Es stelle diesbezüglich „eine deutliche Weiterentwicklung im Vergleich zu vorangegangenen Weißbüchern“ dar.¹⁸

Das Weißbuch ist Teil der psychologischen Kriegsführung des Verteidigungsministeriums. Von der Leyen führt einen Kampf um die Köpfe. Das vorliegende Schwarzbuch hat sich zur Aufgabe gestellt, dahinter stehende Motive und Interessen offenzulegen, und davon ausgehend die Strategien und Rüstungsvorhaben der Regierung darzustellen. Schließlich soll anhand historischer wie aktueller Beispiele deutlich gemacht werden, wie wir uns gegen einen neuen Militarismus wehren können.

Christine Buchholz
Sprecherin für
Verteidigungspolitik der
Fraktion DIE LINKE

Mario Candeias
Direktor des Instituts der
für Gesellschaftsanalyse
Rosa-Luxemburg-Stiftung



Inhalt

Einleitung 2

1990 – 2001: Umbau zur „Armee im Einsatz“ 7

2001 – 2016: Vom Kampfeinsatz in Afghanistan zum „Krieg gegen den Terror“ 21

Bundeswehr: Armee im Wandel 43

Die Bundeswehr in Deutschland 71

Kampf um die Köpfe 81

Aktiv gegen den Krieg 95

Glossar 106

Impressum 120

1990 – 2001:
Umbau zur
„Armee im Einsatz“



1990 – 2001:
Umbau zur
„Armee im Einsatz“

1991: Wende in Richtung Einsatzarmee

Zu Zeiten der deutschen Teilung zwischen 1949 und 1990 bestand in der Bundesrepublik Deutschland ein Konsens unter den Parteien, dass ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisgebietes eine Verfassungsänderung erfordere. Dies stand in Gegensatz zu anderen Mittelmächten in Westeuropa. Frankreich und Großbritannien waren als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht nur im UN-Sicherheitsrat als Vetomächte vertreten. Sie setzten in eigenem Interesse das Militär auch außerhalb der NATO-Strukturen ein, so zum Beispiel beim gemeinsamen Angriff gegen Ägypten im Herbst 1956 oder zur Niederwerfung von Aufständen in bestehenden oder vormaligen Kolonien.

Die Herrschenden der Bundesrepublik mussten nach der deutschen Niederlage im Weltkrieg und der darauffolgenden Teilung des Landes eine andere, passivere Rolle akzeptieren. Viele taten dies nur

zähneknirschend, allen voran Franz-Josef Strauß, der in den 1950er und 1960er Jahren als Verteidigungsminister gegen breiten Widerstand in der Bevölkerung den Aufbau und die Aufrüstung der Bundeswehr vorantrieb. Strauß beklagte, die Bundesrepublik sei ein wirtschaftlicher Riese, müsse sich aber in der europäischen Nachkriegsordnung mit der Rolle eines politischen Zwerges begnügen. Er forderte wie andere Konservative fortwährend die Revision dieses Zustandes.¹⁹

Dazu gehörte vor allem die Forderung nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr. Die machtpolitischen Realitäten, das heißt die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die Blockkonfrontation zwischen den nuklearen Supermächten USA und Sowjetunion, setzten diesen Vorstößen allerdings enge Grenzen. Die Bundesrepublik verzichtete schließlich auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und vereinbarte stattdessen die „Teilhabe“ an den im eigenen Land lagernden US-amerikanischen Nuklearwaffen. Das heißt, Washington allein konnte über ihren Einsatz entscheiden. Die Bundeswehr hielt technische Voraussetzungen bereit, zum Beispiel Flugzeuge als Trägersysteme. Ansonsten blieb sie im Wesen eine auf Wehrpflicht gestützte Massenarmee zur Landesverteidigung. Ihre Truppenstärke umfasste in den 1980er Jahren fast eine halbe Million Soldaten, die auf dem Bundesgebiet kaserniert und in kürzester Frist mobilisierbar waren, für den Fall eines Krieges zwischen der US-geführten NATO und dem sowjetisch geführten Warschauer Pakt.

Die „deutsche Wiedervereinigung“ 1990 und der Zusammenbruch erst des Warschauer Paktes und schließlich der Sowjetunion selbst bedeuteten das Ende der Blockkonfrontation. Dies brachte zwei grundlegende Veränderungen mit sich. Die Frage der atomaren Bewaffnung verlor an strategischer Bedeutung.

Zugleich wurden militärische Interventionen außerhalb des NATO-Raums denkbar. Es war eine Zeit des Übergangs, in der internationale Einflusssphären neu aufgeteilt wurden.

Führende Kreise in der Bundesrepublik sahen die Zeit gekommen, die eigene wirtschaftliche Macht auch politisch und militärisch zu untersetzen. Die damals regierende konservativ-liberale Regierung unter CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl war gewillt, die Bundeswehr des vereinigten Deutschlands auch außerhalb des NATO-Bündnisgebietes zum Einsatz zu bringen.

Die Bewährungsprobe kam schneller als gedacht. Als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Besetzung Kuwaits durch den Irak im August 1990 wurde unter US-Führung in Saudi-Arabien, dem Persischen Golf und der Türkei eine monströse internationale Invasionsarmee aufgebaut. Ab Januar 1991 griffen die USA und ihre Verbündeten den Irak unter dem Namen Operation Desert Storm an. Wochenlang wurde der Irak aus der Luft bombardiert, bevor im März US-amerikanische und britische Streitkräfte die südlichen Teile des Landes in einem Blitzkrieg besetzten. Über das Siedlungsgebiet der Kurden im Norden wurde eine Flugverbotszone verhängt. Ziel war es, das irakische Regime unter Saddam Hussein außenpolitisch zur Bewegungsunfähigkeit zu verdammen und so die Rolle Washingtons als dominierende Ordnungsmacht im Mittleren Osten zu festigen, als ersten Schritt zur Herausbildung einer sogenannten „neuen Weltordnung“. Fast alle Staaten der Welt unterstützten das Bündnis militärisch oder politisch, in der Hoffnung, anerkannter Teil dieser neuen Ordnung zu sein.

Die Bundesregierung beabsichtigte, die Bundeswehr an dem Krieg zu beteiligen. Doch die geplante Verlegung von Luftwaffeneinheiten auf Militärstützpunkte

im Süden der Türkei nahe der irakischen Grenze stieß auf ein Problem, das in den Lehrbüchern der Militärstrategen und Diplomaten nicht vorgesehen ist. Die meisten Menschen in Deutschland hofften nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Gefahr eines Krieges endgültig los zu sein. Eine deutsche Beteiligung an einem offenkundig aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen geführten Krieg im Mittleren Osten war für breite Teile der Bevölkerung ein unerträglicher Gedanke, ein Tabubruch vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs.

Im Januar 1991 demonstrierten Hunderttausende unter dem Motto „Kein Blut für Öl“ auf den Straßen unzähliger deutscher Städte und Gemeinden gegen den Irak-Krieg. Die Friedensbewegung strahlte bis in die Truppe hinein. Die Bundeswehr war mit einer nie dagewesenen Welle von Kriegsdienstverweigerungen konfrontiert. Unter den Verweigerern waren viele, die sich bereits aktiv im Dienst befanden. Auch unter den 400 Soldaten des damals in Bremervörde stationierten Flugabwehrraketengeschwaders 36, das zu Teilen in die Türkei verlegt werden sollte, reichten einige Dutzend Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ein. Es gab Soldatenversammlungen, in denen gegen die Entsendung abgestimmt wurde.²⁰

Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, beklagte auf einer Kommandeurstagung vor 480 ranghohen Offizieren: „Nicht die Überwindung von Angst, sondern das Ausleben von Angst ist zur Nationaltugend erhoben worden [...]. Es ist zu fragen, ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben.“²¹

Die Unzufriedenheit über den Irak-Krieg beschränkte sich in den führenden Kreisen von Bundesregierung

und Bundeswehr nicht auf diese Erfahrung. Am Ende bestand das deutsche Engagement vor allem in einer bedeutsamen finanziellen Beteiligung in Höhe von knapp 17 Milliarden D-Mark, ohne dass die Bundeswehr aktiv an den Kampfhandlungen teilgenommen hätte. Deutschland war „wiedervereinigt“, aber aus Sicht der Herrschenden nicht kriegstauglich, militärisch „nicht glaubwürdig“.

1990er Jahre: Salamitaktik in Richtung Kampfeinsatz

An der Entschlossenheit der damals regierenden konservativ-liberalen Regierung, die Bundeswehr in internationale Einsätze bringen zu wollen, änderte sich nichts. Nur ging sie nach der Erfahrung mit dem Irak-Krieg 1991 behutsam vor, um nicht durch übereiltes Vorpreschen zu großen Widerstand hervorzurufen. Zunächst kamen ausschließlich Auslandseinsätze mit UN-Mandat in Frage – und auch nur solche, in denen deutsche Soldaten nicht kämpfen (und sterben) würden. Es ging darum, die öffentliche Meinung zu gewinnen, indem die Entsendung deutscher Soldaten als rein humanitäres Anliegen verkauft wurde.

Als während des beginnenden Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1992 die Marine an Patrouilleneinsätzen der NATO zur Durchsetzung eines Embargos gegen Serbien in der Adria beteiligt wurde, betonte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle: „Niemand setzt in diesem Konflikt in erster Linie auf militärische Maßnahmen. [...] Wir sind uns international einig, dass ein Einsatz von Kampftruppen in Jugoslawien nicht in Frage kommt.“²²

Auf den Hinweis des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, dass „weder die Bürger noch die Bundeswehr

auf solche militärischen Ausflüge vorbereitet“ seien, antwortete Rühle: „Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.“²³

Das von Rühle angekündigte Vorgehen nach Art der Salamitaktik, das heißt, sich „Schritt für Schritt“ in Richtung Kampfeinsätze zu bewegen, wurde in den folgenden Jahren systematisch umgesetzt. Der 1992 begonnene Einsatz zur Durchsetzung eines gegen das serbisch dominierte Rest-Jugoslawien gerichteten Embargos ging im folgenden Jahr in die von der NATO geführte Operation Sharp Guard über, in deren Rahmen die deutsche Marine mit je zwei Kriegsschiffen beteiligt war. Daneben wurden Bundeswehrsoldaten im gleichen Zeitraum im Rahmen der Operation Deny Flight zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Bosnien-Herzegowina in AWACS-Aufklärungsflugzeugen der NATO eingesetzt. Neben der Aufklärung des Luftraums hatte die Mission zur Aufgabe, die US-Luftwaffe bei der Durchführung von Angriffen auf serbisch-jugoslawische Ziele zu unterstützen. Dabei kam es zum Abschuss mehrerer jugoslawischer Kampfflugzeuge.

Die Einsätze in der Adria und über dem Luftraum Bosniens liefen bis 1996. Sie hatten aus Sicht der Bundesregierung mehrere Vorteile. Sie waren mit UN-Mandat ausgestattet und ließen überdies kaum die unmittelbare Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an bewaffneten Auseinandersetzungen erwarten. Die Bundesregierung griff im Rahmen der NATO-Operationen de facto als Konfliktpartei auf Seiten der kroatisch-muslimischen Kräfte in den bosnischen Bürgerkrieg ein, konnte dies aber nach außen als Friedenssicherung darstellen.

Der bosnische Bürgerkrieg

Der fatale Weg vom Zerfall Jugoslawiens in den jahrelangen bosnischen Bürgerkrieg wurde eingeleitet, nachdem die Kohl-Regierung im Dezember 1991 einseitig die Unabhängigkeit der jugoslawischen Bundesstaaten Slowenien und Kroatien anerkannte. Sie kam so ihren „Partnern“ in der Europäischen Gemeinschaft und den USA zuvor. Mit dem Schritt wollte die Bundesregierung auf diplomatischem Feld ihre neue Stärke zu beweisen. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Kroatien im Sezessionskrieg mit der serbisch dominierten jugoslawischen Armee. Der damalige UN-Generalsekretär Perez de Cuellar zeigte sich zurecht „tief besorgt, dass jede überstürzte und selektive Anerkennung den gegenwärtigen Konflikt auszuweiten droht, die explosive Situation in Bosnien-Herzegowina und auch Mazedonien anheizt, und am Ende tiefgreifende Konsequenzen für den ganzen Balkan

nach sich ziehen könnte.“²⁴ De Cuellar sollte Recht behalten: Die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens setzte eine Logik in Gang, in der serbische und kroatische Nationalisten um die Herausbildung eines möglichst großen, möglichst ethnisch-homogenen Territoriums unter eigener Kontrolle kämpften. Aufgrund des multiethnischen Charakters Jugoslawiens wuchs der Konflikt um Kroatien ab 1992 direkt in den Bürgerkrieg im benachbarten Bosnien-Herzegowina hinüber, an dem sich auch bosnisch-muslimische Nationalisten beteiligten. Die Europäische Gemeinschaft und die USA heizten diesen Prozess mit Vorschlägen an, die auf die internationale Anerkennung der ethnischen Aufteilung Bosnien-Herzegowinas hinausliefen. Der Lissabon-Plan von 1992 sah drei, der Vance-Owen-Plan von 1993 gleich zehn Kantone vor, jeweils unter der

Führung serbischer, kroatischer oder bosnisch-muslimischer Nationalisten.

Der Bosnienkrieg war der brutalste Krieg auf europäischem Boden seit 1945. Das Dokumentationszentrum für Kriegsoffer in Sarajevo hat 1997 eine sehr detaillierte Schätzung veröffentlicht, wonach insgesamt über 97.000 Personen getötet wurden oder als verschollen gelten. Danach handelte es sich bei den Opfern zu rund 66 Prozent um muslimische Bosnier, 26 Prozent um Serben und 8 Prozent um Kroaten.²⁵ NATO und Bundesregierung beurteilten die Kriegsverbrechen nach unterschiedlichen Maßstäben. Verbrechen der serbischen Nationalisten, so das Massaker von Srebrenica im Juli 1995, wurden zu Recht als Kriegsverbrechen gebrandmarkt. Vertreibungen von bis zu 200.000 serbischen Zivilisten bei der Militäroffensive durch kroatische Truppen nicht.²⁶

Unter US-amerikanischem Druck wurde 1996 ein Frieden auf dem Balkan vereinbart, der die militärisch erzwungenen ethnischen Vertreibungen in Bosnien-Herzegowina institutionalisierte. Eine nachhaltige Aussöhnung war auf dieser Grundlage nicht möglich. Um den Frieden zu bewahren, ist das innerlich zerrissene Land unter die Kontrolle eines Internationalen Hochkommissariats gestellt worden, abgesichert durch eine NATO-geführte Implementation Force, kurz IFOR. Dessen Truppenkontingente wurden in Bosnien als vermeintlich neutrale Friedenswächter stationiert. Das IFOR-Hauptquartier wurde indessen im benachbarten Kroatien eingerichtet, dem Verbündeten der NATO im Bosnienkrieg. Ein Jahr später ging IFOR in die Stabilisation Force (SFOR) über. An beiden Einsätzen war die Bundeswehr mit Tausenden Soldaten beteiligt, vorwiegend im Bereich Lufttransport und Luftaufklärung, als Pioniere oder Sanitäter. So sollte der Eindruck geschaffen werden, die Bundeswehr im Ausland sichert den Frieden, baut auf, pflegt – eine Zwischenetappe, um sie schließlich in den Kampfeinsatz bringen zu können.

Der Somalia-Einsatz und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1994

Das Grundgesetz definiert die Rolle der Bundeswehr in Artikel 87a: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Feststellung des Verteidigungsfalles und seine Folgen sind in den Artikeln 115a-I geregelt. Im Übrigen heißt es nach Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Diese Aussagen sind eindeutig und werden auch dadurch nicht in ihr Gegenteil verkehrt, dass der Bund

sich nach Artikel 24 „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ darf, um „eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“ zu helfen.

Die verfassungsrechtlichen Festlegungen stellten nach der Vereinigung 1990 ein Hindernis bei der Umorientierung der Bundeswehr auf den Einsatz in internationalen Kriegsgebieten dar. Mit einem Angriff auf Deutschland war nicht zu rechnen. Insofern hätte der bestehende Verfassungsrahmen verändert werden müssen, um die Streitkräfte in den Einsatz zu bringen. An eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament für eine Grundgesetzänderung war aber angesichts der Haltung der damals oppositionellen SPD nicht zu denken. Um die verfassungsrechtliche Fessel loszuwerden, ging die Regierung unter Kanzler Kohl einen anderen Weg. Ihre Strategie bestand darin, Fakten zu schaffen und die Grenze für Auslandseinsätze der Bundeswehr stückchenweise immer weiter zu verschieben.

Die Entsendung von Kampfflugzeugen an die türkische Südgrenze während des Irak-Krieges von 1991 wurde notdürftig mit Verweis auf Artikel 6 des Nato-Vertrages gerechtfertigt, der den Bündnisfall auch für einen Angriff auf die Türkei vorsieht. Der Irak hatte zwar nicht die Türkei angegriffen, aber immerhin bewegte sich die deutsche Luftwaffe noch nicht out-of-area, das heißt außerhalb des NATO-Bündnisgebietes. Die deutsche Luftwaffe beteiligte sich nicht selbst an den Bombardierungen. Die Entsendung blieb ein symbolischer Akt.

1992 folgte der oben beschriebene Adria-Einsatz, dem ebenfalls kein Angriff vorausgegangen war, der aber am Rande des NATO-Gebiets stattfand. Auch dieser Einsatz war vor allem symbolisch.

Im selben Jahr konfrontierte die Kohl-Regierung die Opposition auch mit dem ersten Einsatz weit außerhalb Europas. Ein Sanitätsverband der Bundeswehr wurde zur Unterstützung der Blauhelmission UNTAC nach Kambodscha geschickt. Dieser Einsatz war so niedrigschwellig, dass er keinen nennenswerten Widerstand hervorrief.

In den beiden folgenden Jahren folgte schließlich die entscheidende Kraftprobe. Im August 1993 erhielt die Bundeswehr den Auftrag, im Rahmen von UNOSOM II die US-geführte internationale Militärintervention in Somalia zu unterstützen. Dieser Auslandseinsatz war wesentlich umfangreicher als die vorhergehenden. Der deutsche Unterstützungsverband bestand aus einem Nachschub- und Transportbataillon. Es wurden Fernmelder, Pioniere und Sanitäter entsandt. Insgesamt waren in neun Monaten rund 4.000 deutsche Soldaten im Einsatz. 1700 wurden dauerhaft in Belet Huen stationiert, einer abgeschiedenen Kleinstadt im Landesinnern. Der Einsatzort war gewählt worden, weil es sich um eine befriedete Gegend handelte. Die Kohl-Regierung wollte keine Toten riskieren, um den Widerstand in Deutschland kleinzuhalten.

Somalia und seine Hauptstadt Mogadischu waren vom Bürgerkrieg zerrissen. Seit 1992 grassierte eine Hungersnot im Land. Dies gab den Vorwand für das militärische Eingreifen. Der Militäreinsatz wurde als notwendige Begleitung zum Schutz ziviler humanitärer Aktivitäten dargestellt.

Während die US-Truppen und ihre Verbündeten in der Hauptstadt Mogadischu in den innersomalischen Machtkampf eingriffen und sich schwere Kämpfe lieferten, blieb die genaue Aufgabe der deutschen Soldaten unklar. Der Verband, dessen Nachschub sie sichern sollten, eine indische Kampfbrigade, kam nie

in Somalia an. Als Verlegenheitslösung ließ das Bundesverteidigungsministerium die deutschen Soldaten Brunnen bohren. Ein langfristiges Konzept und eine politische Perspektive für diese Tätigkeit waren nicht vorhanden.

Gut sechs Monate, nachdem die deutschen Soldaten in Belet Huen ihre Einsatzbereitschaft hergestellt hatten, zogen sie auch schon wieder ab. Gesamtkosten laut Verteidigungsminister Rühle: 310 Millionen DM.²⁹ Davon waren „knapp drei Millionen Mark für humanitäre Leistungen ausgegeben worden. Der Rest war für die 1.700 Soldaten draufgegangen. Militär verursacht seine eigenen Kosten. Das Deutsche Rote Kreuz brachte in einem Jahr mit knapp zehn ausländischen Helfern und 100 somalischen Mitarbeitern dagegen Hilfe für fast zehn Millionen Mark, baute in der Region einen Gesundheitsdienst auf, machte Brunnen wieder nutzbar, half Schulen und unterstützte Frauengruppen.“³⁰

Der Bundeswehr-Einsatz war vor allem innenpolitisch motiviert. Es ging darum, den Widerstand aus den Reihen der SPD gegen die Entsendung deutscher Truppen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes zu brechen. So trieb die CDU/CSU die SPD vor sich her. Diese organisierte keinen Widerstand, sondern zog gemeinsam mit der FDP nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht (BVG), um die Rechtmäßigkeit der Out-of-area-Einsätze zu prüfen. Das BVG urteilte im Juli 1994. Es erklärte, die Einsätze auf dem Balkan und in Somalia seien verfassungskonform. Begründung: Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr seien ohne weiteres möglich, solange diese unter dem Dach „eines Systems kollektiver Sicherheit“ stattfänden. Es kann sich dabei um die UNO handeln, aber auch um „Bündnisse kollektiver Selbstverteidigung“ wie der NATO. Keine Rolle spielt, ob diese Bündnisse tatsächlich angegriffen worden sind.

Der UN-Einsatz in Somalia

Nach dem schnellen Sieg der US-geführten Koalition über den Irak 1991 suchte Washington ein neues Land, um seine überwältigende Militärmacht zu demonstrieren und die „neue Weltordnung“ herzustellen. Im Dezember 1992 startete die „Operation Restore Hope“ in dem von Hunger und Armut gezeichneten Somalia. Offizielles Ziel dieser internationalen Militäroperation unter US-amerikanischer Führung war es, die Milizen der verschiedenen War Lords auseinanderzuhalten und so das Land zu befrieden. Tatsächlich suchte Washington unter den War Lords nach einem Führer, der als geeigneter Verbündeter aufgebaut und zum Herrn über ganz Somalia gemacht werden konnte. Die Wahl fiel zunächst auf den Führer der somalischen Nationalallianz, General Aidid. Doch die Beziehungen verschlechterten sich rasch. Washington verbündete sich daraufhin mit

einem anderen War Lord, Ali Mahdi. Im Juni 1993 brach offener Krieg zwischen den internationalen Truppen und Aidids Miliz aus, UN-Truppen begingen Gräueltaten an Gefangenen. Es tauchten Fotos auf, die zeigten, wie belgische UN-Soldaten Somalier erschossen, auf das Gesicht eines toten Somaliers urinierten und einen Jugendlichen über ein Lagerfeuer hielten.²⁷ Am 12. Juli feuerten US-Kampfhubschrauber zehn Raketen auf ein Haus ab, in dem sich die Ältesten des Klans von Aidid versammelten. 50 von ihnen kamen dabei ums Leben. Fast täglich kam es daraufhin zu wütenden Protesten in Mogadischu gegen die internationale Militärmission. Am 9. September schossen US-Kampfhubschrauber auf Anforderung der UN in eine Menschenmenge und töteten mehr als 100 Demonstranten. Das Vorgehen rechtfertigte UN-Militärsprecher Major Da-

vid Stockwell damit: „Die Frauen und Kinder waren Kampfteilnehmer“.²⁸ Das US-Engagement endete mit einem Debakel. Im urbanen Krieg gegen Aidids Miliz wurden am 3. Oktober zwei Kampfhubschrauber abgeschossen und 18 Elitesoldaten getötet. Rund 1.000 Somalis starben in der ungleichen Schlacht, und doch fühlten sich Aidids Anhänger als Sieger. Zivilisten zogen vor den Kameras der Weltpresse die Leichname von US-Piloten durch die staubigen Straßen Mogadischus. Nach dieser Demütigung entschloss sich der demokratische US-Präsident Bill Clinton zum Rückzug. Um das Gesicht zu wahren, wurde im November der Haftbefehl gegen Aidid aufgehoben und eine Verhandlungslösung mit ihm gesucht. Die Entscheidung zum Abzug der Bundeswehr folgte einen Monat später.

Es handelte sich um ein politisches Urteil, das die von der Bundesregierung geschaffenen Fakten nachträglich legitimierte. Das oberste deutsche Gericht engte in seinem Urteil noch nicht einmal den geografischen Rahmen ein, in dem das deutsche Militär in Zukunft operieren dürfe. Einzig die verstärkte Einbeziehung des Parlaments wurde angemahnt, was zur Schaffung des so genannten Parlamentsvorbehaltes führte.³¹

NATO führt Krieg in Europa: Jugoslawien 1999

Das Urteil von 1994 war ein Dambruch. Seitdem hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion jedem neuen Auslandseinsatz der Bundeswehr mit großer Mehrheit zugestimmt. Als 1998 die erste rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joseph („Joschka“) Fischer (Grüne) gebildet wurde, da war auch der Weg der Grünen zur Interventionspartei vorgezeichnet. Der nächste Krieg auf dem Balkan warf seine Schatten voraus. Für den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der NATO-Mission ALLIED FORCE über dem Gebiet Jugoslawiens hatte der Bundestag bereits vor Bildung der neuen Regierung einen Vorratsbeschluss gefällt. Als die NATO am 24. März 1999 begann, Jugoslawien zu bombardieren, beteiligte sich die Bundeswehr mit Aufklärungsfähigkeiten, Lufttransportkräften, Marine und Stabpersonal und stellte darüber hinaus Kräfte im Rahmen von AWACS-Flügen bereit, die als fliegende Gefechtsstände fungierten. Daneben wurden Einheiten des Heeres nahe der Grenze in den Nachbarstaaten Mazedonien und Albanien stationiert, um die Option eines Einsatzes von Bodentruppen offenzuhalten.

Der Krieg sollte dazu dienen, so die offizielle Version, die Verfolgung ethnischer Albaner in Kosovo zu beenden. In dieser Provinz im südlichen Teil des verblie-

benen Jugoslawiens eskalierte ein Konflikt zwischen der jugoslawischen Zentralregierung unter Slobodan Milosevic und der secessionistischen Befreiungsarmee des Kosovo (UCK). Doch der NATO-Krieg war in keiner Weise geeignet, das Morden zu beenden. Vielmehr verschlimmerte er die Lage. Nach Beginn der Luftangriffe ergriffen laut UNHCR über 850.000 Kosovo-Albaner die Flucht. Die Verbrechen von serbisch-paramilitärischen Kräften, die der NATO-Angriff vorgeblich unterbinden sollte, nahmen dramatisch zu. NATO-Befehlshaber General Wesley Clark räumte später ein, dass die Forcierung der ethnischen Vertreibungen eine „vollkommen vorhersehbare“ Folge der NATO-Luftangriffe gewesen sei.

Dabei hätte es Möglichkeiten gegeben, eine friedliche Lösung zu finden. Dem Krieg waren Verhandlungen im Schloss Rambouillet bei Paris zwischen Jugoslawien und einer „Kontaktgruppe“ aus USA, EU und Russland vorausgegangen. Wenige Wochen nach Beginn der Bombardements kam heraus, dass der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic durchaus bereit war, sich auf substantielle Zugeständnisse einzulassen. Doch die Kontaktgruppe bestand bei den Verhandlungen auf die Unterzeichnung eines Abkommens, das einen bislang unbekanntem „Anhang B“ enthielt. Dieser sah die völlige Bewegungsfreiheit der NATO in ganz Jugoslawien vor, inklusive des Rechts auf Durchführung militärischer Manöver zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie die völlige Immunität des NATO-Personals gegenüber jugoslawischen Behörden und die kostenlose Nutzung der gesamten Infrastruktur des Landes.

So hatten die Verhandlungen nur den Zweck, den Vorwand zum Krieg zu liefern. Für Deutschland war Außenminister Fischer beteiligt, der die Existenz eines Anhangs B offenbar selbst engen Mitarbeitern vorent-

Der Parlamentsvorbehalt

Der Parlamentsvorbehalt bedeutet, dass jeder bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Ausland durch den Bundestag vorab genehmigt (mandatiert) werden muss. Diese Mandatierung wird in der Regel einmal im Jahr im Bundestag durch zwei parlamentarische Debatten und eine anschließende Abstimmung erneuert. Aus diesem Grund wird die Bundeswehr auch als „Parlamentsarmee“ bezeichnet. Der Begriff führt jedoch in die Irre. Nicht das Parlament, sondern die jeweiligen Bundesregierungen haben alle Mandate für Auslandseinsätze entworfen, eingebracht und mittels ihrer parlamentarischen Stimmenmehrheit durchgesetzt. Das Parlament dient insofern vor allem der Legitimierung von Regierungsentscheidungen. Allerdings sorgen die parlamentarischen Debatten für Öffentlichkeit und Rechtferti-

gungsdruck gegenüber der Bevölkerung, die Auslandseinsätze der Bundeswehr mehrheitlich ablehnt. Nach dem Willen mancher Politikerinnen und Politikern soll der Parlamentsvorbehalt abgeschafft oder zumindest aufgeweicht werden. Das Hauptargument: der Parlamentsvorbehalt blockiere bzw. verzögere NATO- oder EU-Einsätze in unverhältnismäßiger Weise. Eine im März 2014 vom Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung eingesetzte „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ verneinte in ihrem Abschlussbericht eine solche Blockade, schlug aber trotzdem vor, den Parlamentsvorbehalt aufzuweichen, indem bestimmte Einsatztypen aus der Zustimmungspflicht ausgenommen werden sollen. Einsätze, bei de-

nen Soldaten zwar Waffen zur Selbstverteidigung tragen, aber nicht ernsthaft mit der Verwicklung in Kämpfe rechnen müssen, sollen künftig von der vorherigen Zustimmung des Bundestages ausgenommen sein. Dasselbe soll für den Einsatz von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Stäben und Hauptquartieren der NATO, der EU und anderen Organisationen der kollektiven Sicherheit gelten (siehe Drucksache 18/5000, S. 5). Anstelle einer Aufweichung will DIE LINKE ungeachtet ihrer grundsätzlichen Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, eine Stärkung der parlamentarischen Beteiligung und fordert deshalb, dass alle Auslandseinsätze der Bundeswehr unter den Parlamentsvorbehalt fallen.

hielt. Nach dessen Bekanntwerden erklärten Staatsminister und Staatssekretäre im Auswärtigen Amt der Presse, ihnen sei der Anhang B völlig unbekannt gewesen.³²

Das Bombardement dauerte 74 Tage. Nach eigenen Angaben flog die NATO insgesamt 31.529 Angriffe. Zunächst waren Einrichtungen und Fahrzeuge der jugoslawischen Armee das Angriffsziel. Danach ging das Bündnis dazu über, gezielt Brücken, Straßen, Flughäfen, Industrieanlagen, Rundfunkstationen und Raffinerien zu zerstören. Selbst die chinesische Botschaft in Belgrad wurde getroffen. Die Bombardements wurden als „chirurgische Schläge“ oder „Eingriffe“ verharmlost, die zivilen Opfer als „Kollateralschäden“ bagatellisiert. NATO-Bomber warfen schätzungsweise 300.000 Streubomben ab, die völkerrechtlich geächtet sind.³³

Unmittelbar nach dem Ende des Krieges schätzte die NATO die Anzahl der getöteten oder verletzten jugoslawischen Soldaten auf 10.000. Die jugoslawischen Behörden sprachen von 1.500 getöteten und 5.000 verletzten Zivilisten. Die NATO hatte in dem ungleichen Krieg hingegen fast keine eigenen Todesopfer zu beklagen. Zwei US-amerikanische Piloten kamen während eines Übungsfluges in Albanien beim Absturz ihres Hubschraubers ums Leben, ein deutscher Soldat verunglückte, ebenfalls in Albanien, tödlich beim Sturz eines Panzers von einer Brücke.³⁴

Der NATO-Krieg war unter den Anhängern und Wählern von SPD und Grünen umstritten. Es gingen Tausende auf die Straße. Das waren weniger, als zu Zeiten des Golfkriegs 1991. Aber die Bundesregierung befürchtete ständig, dass mit der zunehmenden Zahl von Angriffen gegen zivile Ziele die Stimmung deutlich umschlagen könnte. Der Spiegel berichtete zwei Wochen nach Beginn der Bombardements: „Immer häufi-

ger wurde in den Hintergrundsendungen des Fernsehens, in den TV-Talks und in den Expertenrunden der Sinn des Krieges angezweifelt. [...] Die totgeglaubte Ostermarsch-Bewegung meldete sich zurück: Über 100 Aktionen und Demos gegen den Krieg hat sie bundesweit angekündigt. Die 49jährige Ilona Rothe aus Erfurt, Mutter eines 24jährigen im mazedonischen Tetovo stationierten Soldaten, machte im Fernsehen mit der Erklärung Furore, sie habe 'meinen Sohn nicht zum Sterben geboren, sondern zum Leben'.³⁵

Um den Widerstand gegen den Krieg in den eigenen Reihen zu brechen, bemühten Grüne und SPD schrille historische Vergleiche. Die Herrschaft des serbischen Präsidenten Milosevic wurde mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichgesetzt. Der grüne Außenminister Fischer verteidigte den Einsatz im Kosovo in folgenden Worten: „Natürlich steckt da auch bei mir immer die Erinnerung an unsere Geschichte [...]. Und ich frage mich, wenn wir innenpolitisch dieses Argument immer gemeinsam verwandt haben, warum verwenden wir es dann nicht, wenn Vertreibung, ethnische Kriegsführung in Europa wieder Einzug halten. [...] Ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Faschismus.“³⁶

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping erklärte, beim NATO-Krieg ginge es um die Verhinderung von „Völkermord“. Die serbischen Truppen würden planmäßig in Formation eines Hufeisens vorgehen, um die gesamte albanische Bevölkerung aus dem Kosovo zu vertreiben. Diesen „Hufeisenplan“ hat es nie gegeben. Dies belegte die Dokumentation „Es begann mit einer Lüge“, die der Westdeutsche Rundfunk (WDR) zwei Jahre später ausstrahlte.³⁷ Darin wurden auch weitere Fälschungen und Übertreibungen beschrieben, die die Zustimmung zum Kosovo-Krieg in der Bevölkerung erhöhen sollten.

Am Ende musste Milosevic nachgeben, der Kosovo wurde unabhängig. Es entstand ein korruptes Gebilde, das, wie schon Bosnien zuvor, unter die Kontrolle eines UN-Hochkommissars gestellt wurde. Um die Lage zu „stabilisieren“, wurde eine internationale Truppe im Land unter Beteiligung der Bundeswehr stationiert, die Kosovo Force (KFOR).

Die Bundeswehr ist an KFOR führend beteiligt. Dadurch ist Deutschland zu einer militärischen Ordnungsmacht auf dem Balkan geworden. Ursprünglich lag die Mandatsobergrenze bei 8.500 Soldaten. 2016 liegt sie bei 1.850.

Ein Ende dieser Truppenpräsenz ist auch nach fast zwei Jahrzehnten nicht abzusehen, ebenso wenig wie eine Verbesserung der sozialen Lage. Perspektiven bietet die neue Ordnung für die Wenigsten. Kosovo ist nach wie vor Armenhaus Europas. Unter den Augen der internationalen Militärpräsenz ist rassistische Gewalt ebenso aufgeblüht wie die Kriminalität. Dessen ungeachtet wurde der Kosovo im Oktober 2015 durch die Bundesregierung zu einem „sicheren Herkunftsstaat“ erklärt, d.h. zu einem Staat, dessen Bewohnerinnen und Bewohner kein Asylrecht genießen und in den Menschen legal abgeschoben werden können.

Das Schicksal der Kosovarinnen und Kosovaren spielte und spielt im Kalkül von Bundesregierung und NATO keine Rolle. Sie hatten es 1999 lediglich instrumentalisiert, um ihre Kriegsziele zu erreichen. Für die NATO ging es darum, Jugoslawien als eigenständigen internationalen Akteur und letzten Bündnispartner Russlands auf dem Balkan zu schwächen. Es ging um eine Machtdemonstration zur Festigung der geostrategischen Kontrolle über Osteuropa. Aus dieser Perspektive war der Krieg ein Erfolg. Im selben Monat, da er begann, traten die Tschechische Republik, Polen

und Ungarn der NATO bei – allesamt Staaten, die noch zehn Jahre zuvor Teil des Warschauer Paktes gewesen waren. Auf dem NATO-Gipfel im April 1999 bildeten die ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien eine lose „Sicherheitsallianz“ (GUUAM), die sie dichter an die NATO heranführen sollten.

Für die Bundeswehr ging es um „Normalisierung“. Der Krieg gegen Jugoslawien war der erste gegen ein Land, das die Wehrmacht im zweiten Weltkrieg überfallen hatte. General Bernd Müller, damals Kommandeur einer auf den Balkan entsandten Luftlandebrigade, erklärte dazu: „Was jetzt passiert, ist für uns doch nichts Neues.“ Er müsse sich „heitere Nachsicht“ abverlangen, um die Debatten „draußen in der deutschen Öffentlichkeit“ nachvollziehen zu können. Er sagte: „Ein Angriff auf einen souveränen Staat ist von Zeit zu Zeit notwendig.“³⁸

Der Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee

Die schrittweise Umorientierung von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer Armee im Einsatz wurde in den 1990er Jahren politisch erfolgreich vollzogen. Am Ende des Jahrzehnts waren alle im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der LINKE-Vorgängerin PDS, zu Interventionsbefürwortern geworden. Doch der politische Wille genügte nicht. Die Armee selbst musste völlig umgebaut werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Hinzu kam, dass auch im Krieg gegen Jugoslawien 1999 die Bundeswehr nie selbst im Gefecht stand, sondern nur unterstützend tätig war. Die politische Transformation hin zu einer „Armee im Einsatz“ war jedoch Voraussetzung für die militärische Transformation. Der Umbau der Bundeswehr selbst stand aber zu diesem Zeitpunkt noch ganz am Anfang.

Die Grundlage für diesen Umbau legte CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle bereits mit dem Erlass der Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992. Darin heißt es, Sicherheitspolitik müsse unter den neuen Verhältnissen „risiko- und chancenorientiert angelegt sein“. Sie lasse sich „weder inhaltlich noch geografisch eingrenzen“.³⁹ Entsprechend werde die Bundeswehr in ihrer Struktur künftig aufgeteilt: neben die Hauptverteidigungskräfte und Grundorganisation treten Krisenreaktionskräfte. Diese „Krisenreaktionskräfte müssen befähigt werden, nach Art, Intensität sowie Warnzeit, Dauer und Ort unterschiedliche Krisen und Konflikte im Bündnis und anderen internationalen Kooperationsformen erfolgreich zu bewältigen. Sie müssen den daraus resultierenden neuen Anforderungen an Ausbildung, Ausrüstung, Flexibilität und Mobilität gerecht werden. Dazu gehört auch eine ständige, zentrale, teilstreitkraftübergreifende Planungs- und Führungsfähigkeit.“⁴⁰

Die Bundeswehr war als Erbe des Kalten Krieges völlig überdimensioniert. Überdies nahm sie 1990 auch noch die Nationale Volksarmee der DDR in sich auf. Das machte sie angesichts der neuen Ambitionen keineswegs handlungsfähiger. Um rasch verlegbare, kampffähige „Krisenreaktionskräfte“ aufzustellen, fehlte es ihr an Material wie an Soldaten. Alle Mittel sollten nun darauf konzentriert werden. In den Richtlinien hieß es explizit: „Wo Investitionen auf absehbare Zeit nicht unabdingbar erforderlich sind, muss Verzicht geübt werden, um künftig vorrangige Aufgabebereiche ausgestalten zu können.“⁴¹

Es folgte eine tiefgreifende und nachhaltige Umstrukturierung der Bundeswehr. Bis 2014 wurden rund 90 Prozent der Kampfpanzer verschrottet oder verkauft, die mit Blick auf einen möglichen Landkrieg in Europa angeschafft worden waren. Ganze Panzerbrigaden

wurden aufgelöst. Demgegenüber erforderten die beabsichtigten Einsätze in Übersee gänzlich neue Kapazitäten. So gab das Verteidigungsministerium in den 1990er Jahren den Bau zwei moderner Einsatzgruppenversorger (EGV) der „Berlin“-Klasse in Auftrag. Sie wurden 2001 und 2002 in Dienst gestellt; 2013 kam ein dritter EGV hinzu. Dabei handelt es sich um die größten Schiffe der Bundeswehr. Sie sind ausgestattet mit Hubschraubern und können Kampfschiffe einer Marine-Einsatzgruppe auf See bis zu 45 Tage unabhängig von einem Hafen mit dem erforderlichen Nachschub versorgen, mit Kraftstoff und Öl, Frischwasser, Proviant, Munition und Verbrauchsgütern. Sie sind landunabhängige Transits von Flotten-Einheiten bis zu 30.000 Kilometer möglich geworden.⁴²

Die Bundesregierung hat in den 1990er Jahren quantitativ abgerüstet, um qualitativ aufzurüsten. Allerdings stieß sie dabei auf ein Problem. Rüstungsprojekte haben eine lange Laufzeit. Zahlreiche und teure Beschaffungsvorhaben aus der Zeit des Kalten Krieges liefen weiter. Dies führte dazu, dass Militärgerät ausrangiert wurde, aber die Gesamtausgaben kaum sanken. Auch deshalb, weil einige der Projekte fortgeführt wurden, aber vor dem Hintergrund der neuen strategischen Ausrichtung umgerüstet wurden. Dies blähte die Kosten einiger Projekte wie des Kampfflugzeugs Eurofighter massiv auf. Laut Bundesrechnungshof wird das Rüstungsvorhaben Eurofighter bis zu seinem Laufzeitende den deutschen Steuerzahler 60 Milliarden Euro gekostet haben.

Was das Personal betrifft, so ging es dem Verteidigungsministerium darum, die Bundeswehr zu professionalisieren. Mit 18-jährigen Wehrpflichtigen war kein Kampfeinsatz in Afrika oder Zentralasien zu gewinnen. Die Truppenstärke der Bundeswehr wurde von 495.000 Militärangehörigen während des Kalten Krie-

ges auf zunächst 370.000 gesenkt, gemäß „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990 mit den vier vormaligen Besatzungsmächten. Bis 2010 sank die Personalstärke auf etwa 250.000 Soldaten und 75.000 zivile Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch etwa 20 Prozent der Soldaten Wehrpflichtige, die übrigen waren bereits Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. 2011 wurde die Wehrpflicht schließlich ausgesetzt, die Sollstärke der Bundeswehr bis Anfang 2016 auf 185.000 Soldaten fixiert, darunter 170.000 Zeit- und Berufssoldaten, 2.500 Reservisten sowie aus 5.000 bis 12.500 freiwillig Wehrdienstleistende.

Im Gegenzug zum Abbau der Massenarmee wurde der Aufbau spezialisierter Truppenteile vorangetrieben. 1992 fällte das Verteidigungsministerium die Entscheidung zur Aufstellung eines Kommandos Luftbewegliche Kräfte (in Regensburg) innerhalb des Heeres. Daraus ging ab 2001 die Division Spezielle Operationen hervor, und 2014 die Division Schnelle Kräfte mit Sitz im hessischen Stadtallendorf. Als Spezialkräfte des Heeres unter dem Motto „Einsatzbereit. Jederzeit. Weltweit.“ wurde die Division in zahlreiche Auslandseinsätze und Manöver geschickt. Heute untersteht ihr der gesamte Flugbetrieb des Heeres.⁴³ Teil der Division Schnelle Kräfte ist das 1996 aufgestellte Kommando Spezialkräfte (KSK). Dies wird seitdem systematisch aufgerüstet. 2016 fiel die Entscheidung, dem KSK für rund 200 Millionen Euro eine eigene Hubschrauberflotte zur Verfügung zu stellen, die das Einsatzspektrum der deutschen Spezialkräfte erweitert und die Abhängigkeit von den US-amerikanischen Verbündeten senkt. Die Hubschrauber erhalten neben modernster Bordelektronik und einem drehbaren Bordmaschinengewehr auch ein spezielles Abseilsystem, das Spezialoperationen hinter feindlichen Linien, nachts oder in dichtem Nebel ermöglichen.

Die Bundesregierung informiert das Parlament nur unzureichend oder gar nicht über die Tätigkeit des KSK. Klar ist: Es führte Spezialoperationen an der Seite US-amerikanischer Kräfte im Rahmen des Kampfeinsatzes in Afghanistan durch. Der aus Bremen stammende Murat Kurnaz beschuldigte das KSK, er sei nach seiner Verhaftung 2001 in Pakistan von zwei seiner Soldaten in einem US-Gefangenenlager im afghanischen Kandahar misshandelt worden, bevor er von ins amerikanische Folterlager Guantanamo auf Kuba verschleppt wurde. Der Fall Kurnaz war im Bundestag Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, in dessen Verlauf seine Aussagen erhärtet wurden.⁴⁴

Die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992 eingeforderte „ständige, zentrale, teilstreitkraftübergreifende Planungs- und Führungsfähigkeit“ wurde nach Ende des Kosovo-Krieges durch die Einrichtung des Einsatzführungskommandos umgesetzt. Seit dem 1. Juli 2001 plant und führt das in Geltow bei Potsdam ansässige Einsatzführungskommando alle Einsätze deutscher Streitkräfte – ob im nationalen oder multinationalen Rahmen. Es ist damit die operative Führungsebene der Bundeswehr und gibt als einzige Dienststelle nationale Weisungen an die Führer der Kontingente in den Einsatzgebieten.

2001 – 2016:
Vom Kampfeinsatz
in Afghanistan zum
„Krieg gegen den
Terror“



2001 – 2016:
Vom Kampfeinsatz
in Afghanistan zum
„Krieg gegen den
Terror“

Die Bundeswehr im Endloskrieg in Afghanistan

Das neue Einsatzführungskommando sollte schon bald Verwendung finden. Ein halbes Jahr nach seiner Einrichtung wurde die Bundeswehr in den Krieg nach Afghanistan geschickt. Zwischen 2002 und 2014 führte sie im Rahmen der NATO-geführten International Security Assistance Force (ISAF) ihren ersten Kampfeinsatz durch.⁴⁵ Seit Beendigung des ISAF-Einsatzes sind deutsche Soldaten weiterhin im Rahmen der Beratungs- und Ausbildungsmission Resolute Support (RSM) in Afghanistan aktiv. Die anvisierten Termine für einen vollständigen Abzug aus Afghanistan wurden immer wieder revidiert. Der internationale Afghanistan-Einsatz ist im Laufe von fünfzehn Jahren zu einem Besatzungskrieg geworden, dessen Ende nicht abzusehen ist. Er wird heute im Wesentlichen damit gerechtfertigt, dass ein Abzug zur Machtübernahme der aufständischen, islamistischen Taliban führen würde. Deren Sturz war allerdings das ursprüngliche Ziel des

Krieges. Der internationale Militäreinsatz in Afghanistan, und mit ihm der Bundeswehreininsatz, hat sich längst seine eigene Logik geschaffen.

Das war nicht die Perspektive, mit der die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) im Herbst 2001 die umstrittene Beteiligung am Krieg durchsetzten. Die Entsendung deutscher Soldaten wurde mit der Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung gerechtfertigt. Im Vordergrund stand das Versprechen, mit dem Sturz der Taliban würden ein unterdrückerisches Regime beseitigt und insbesondere die Rechte von Frauen wieder durchgesetzt. Im Übrigen ginge es darum, Osama bin Laden und sein Terrornetzwerk Al-Qa'ida zu besiegen und so die Torgefahr insgesamt zu beseitigen. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck behauptete, Deutschlands Sicherheit werde „am Hindukusch verteidigt“.⁴⁶

Fünfzehn Jahre nach Beginn des Krieges in Afghanistan ist von all den Versprechungen nichts geblieben. Weder wurde die afghanische Wirtschaft entwickelt, noch eine Demokratie aufgebaut; weder machte die Frauenbefreiung Fortschritte, noch können alle Kinder in die Schule gehen. Vielmehr versank das Land in einem Endloskrieg und verschärftem wirtschaftlichen Niedergang, der es von Auslandsfinanzierung fast vollständig abhängig gemacht hat. Die Dynamik des Endloskriegs liegt dabei in seiner Ausgangskonstellation begründet.

Am 7. Oktober 2001 begannen die US-Streitkräfte Afghanistan aus der Luft anzugreifen. Die Stadt Kandahar und viele ländliche Gebiete wurden massiv bombardiert. Washington entsandte auch Sondereinsatzkräfte und Fallschirmjäger. Das Bundestagsmandat

Warum führt der Westen Krieg in Afghanistan?

Am 11. September 2001 entführten Terroristen über dem Luftraum der USA mehrere Passagierflugzeuge. Sie steuerten die Maschinen direkt in das als Pentagon bezeichnete US-Verteidigungsministerium in Washington, sowie das World Trade Center in New York. Etwa 3.000 Menschen kamen bei den Anschlägen ums Leben. Unter den Attentätern befand sich kein einziger Afghane. Als Drahtzieher der Anschläge galt Osama bin Laden, Sohn einer saudischen Milliardärsfamilie, der zunächst als Freiwilliger mit den von den USA unterstützen Mudschaheddin in Afghanistan gegen die sowjetische Armee gekämpft hatte, sich später gegen die „Ungläubigen“ im Westen wandte und sich zu jener Zeit in dem Land versteckt hielt. Die US-Regierung nahm das zum Anlass, um Afghanistan den Krieg zu erklären. Erstmals in der Geschichte der NATO wurde der Bündnisfall ausgerufen. Die Anschläge des 11. September 2001 waren Anlass, aber nicht Ursache des Krieges. Es ging auch nur am Rande um Afghanistan selbst. Ein Angriff auf das unterentwickelte und völlig verarmte Land versprach aus Sicht der US-Außenpolitik einen schnellen Sieg, der ihr das nötige Moment für weitergehende Ziele geben sollte. Seit Ende der 1990er Jahre argumentierten sogenannte Neokonservative für die Neu-

ordnung der Welt unter US-Führung. Sie scharten sich um das „Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert“. Ihre Strategie beruhte im Kern auf der Invasion des Iraks, die Eroberung Afghanistans diene als vorbereitende Phase. Tatsächlich berichtete der damalige Anti-Terrorismus-Berater im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Richard A. Clarke, später in seinem 2004 erschienenen Buch „Against All Enemies: Inside America’s War on Terror“, dass die Bush-Regierung ihn schon am Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 dazu gedrängt habe, einen Zusammenhang zwischen Saddam Hussein und dem Terroranschlag zu fingieren, um so einen unmittelbaren Angriff auf den Irak vorbereiten zu können. Das Kalkül hinter dem „Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert“ war dabei: Über die Kontrolle der ölreichen Regionen des Mittleren Ostens und Zentralasiens ließe sich die militärische Überlegenheit der USA zu einem Hebel machen, um auch die Weltwirtschaftsordnung nachhaltig zum eigenen Vorteil zu gestalten. Unter Präsident George W. Bush hatten die Neokonservativen 2001 führende Positionen in der US-Außen- und Sicherheitspolitik übernommen. Nach dem raschen Sturz der Taliban im Dezember 2001 glaubten sie, den ersten Schritt auf dem Weg zur totalen US-Do-

minanz erfolgreich abgeschlossen zu haben. Unter Federführung des stellvertretenden Verteidigungsministers Paul Wolfowitz entstand die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ der US-Regierung. Darin wurden „Schurkenstaaten“ und „Terroristen“ als globale Herausforderung definiert, die „Präventivkriege“ rechtfertigten. Die Liste dieser Schurkenstaaten war lang. Ganz oben standen der Irak, Iran und Nord-Korea, die George Bush als „Achse des Bösen“ bezeichnete, sowie Libyen.

Was aber hat die Bundesregierung dazu bewegt, sich an dem Krieg in Afghanistan zu beteiligen? Zum einen hat auch die deutsche Regierung ein Interesse, in einer Region von zentraler geopolitischer Bedeutung militärisch präsent zu sein. Aber nicht nur das. Wer nicht mitkämpft, hat auf der Weltbühne nichts mitzureden, lautet das Motto, das uns auch Joschka Fischer nahelegt: „Die Entscheidung `Deutschland nimmt nicht teil` würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“⁴⁷

zur Unterstützung des Anti-Terror-Einsatzes Operation Enduring Freedom (OEF) erteilte der Bundestag am 16. November 2001.

Aber die eigentlichen Kräfte am Boden waren die Verbündeten der USA von der sogenannten Nordallianz – ein auf ethnischer Grundlage gebildetes Bündnis, das sich seit Jahren im Bürgerkrieg mit der Kabuler Regierung und den Taliban befand. Die Anführer dieses Bündnisses konnten jeweils eigene Gebiete für sich sichern. Zugleich waren sie keineswegs allein von den USA abhängig.

Im Nordosten bestand die wichtigste Kraft aus Tadschiken, die von Russland und Indien unterstützt wurden. Im zentralen Norden wurde die wichtigste Miliz von dem Usbeken Abdul Raschid Dostum geführt, der als General in der früheren pro-sowjetischen afghanischen Armee gedient hatte, mit Verbindungen zu Russland und Usbekistan. Im Westen war der bedeutsamste Führer ebenfalls ein ehemaliger Offizier der nationalen afghanischen Armee, Ismael Kahn, der vom Iran unterstützt wurde. Als die Taliban aus Kabul flohen, eroberten tadschikische Kräfte von Norden kommend die Hauptstadt, bevor die US-Kräfte dort Positionen bezogen. Die Taliban selbst sollten sich in den paschtunischen Gebieten im Süden bald neu gruppieren, um den Aufstand erneut zu beginnen bzw. den Krieg fortzusetzen. Bis heute unterhalten sie Beziehungen nach Pakistan, wo sie unter Zuhilfenahme des pakistanischen Geheimdienstes ursprünglich auch gegründet wurden.

Auf der Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Bonner Petersberg im Dezember 2001 wurde der Favorit der USA, Hamid Karsai, zum neuen afghanischen Präsidenten gekürt.⁴⁸ Vor Ort waren sie indessen damit konfrontiert, dass sein Einfluss kaum

über die Grenzen der Hauptstadt Kabul hinaus reichte. Afghanistan wurde unter den Führern der ehemaligen Nordallianz in verschiedene Machtbereiche aufgeteilt. Sie stützten ihre Macht genauso auf Unterdrückung und Waffengewalt wie die Taliban vor ihnen.

Als Unterstützung für die eingesetzte neue Regierung unter Karsai, beschloss der UN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2001 die internationale Schutztruppe International Security Assistance Force (ISAF) einzurichten. Zwei Tage später beschloss der Bundestag das Afghanistan-Mandat.

Das Land verharrt in Armut. Unter der Kontrolle der Regierungen Karsai und nachfolgend Ashraf Ghani blühte lediglich der Anbau von Schlafmohn auf, der Grundlage für Heroin. Zwischen 2001 und 2002 ist der Anteil Afghanistans am Weltopiummarkt von 11 auf 75 Prozent angestiegen, bis 2008 auf 95 Prozent. 2014 gab es einen Höchststand an Schlafmohnanbau.⁴⁹

In den Jahren nach der Stationierung der ISAF entwickelte sich ein neuer Aufstand. Dessen Ausmaß lässt sich am Umfang der im Land stationierten Truppen erahnen, mit der die USA und ihre Verbündeten ihm zu begegnen versuchten. Die Mission ISAF wurde von Kabul auf das ganze Land ausgeweitet und verlagerte ab 2008 seinen Schwerpunkt auf Aufstandsbekämpfung.

Die Aufständischen waren keine homogene Gruppe. Die Taliban gewannen an Unterstützung, weil sie den Widerstand gegen die Besatzung organisierten. Seth Jones von der armenenahen US-Denkfabrik RAND Corporation analysierte: „Der Hauptteil der Taliban besteht aus Tausenden lokalen Kämpfern und ihren Unterstützernetzwerken. Die meisten kämpfen nicht für den Dschihad. Vielmehr motiviert sie ihre Arbeits-

NATO-Truppenstärke in Afghanistan (ISAF)

August 2003:	5.581
August 2004:	8.465
Juli 2005:	9.685
September 2006:	19.597
Juli 2007:	33.000
Juni 2008:	52.900
Juli 2009:	64.500
Juni 2010:	119.500
September 2011:	130.670

losigkeit, die Enttäuschung über das Ausbleiben von Veränderungen seit 2001 oder ihre Wut über einen von den afghanischen, US- oder NATO-Armeen getöteten oder verwundeten Nachbarn oder Verwandten.“⁴⁵⁰

Die Mehrheit der Bevölkerung in Afghanistan empfand die ausländischen Truppen in Afghanistan als eine Fremdmacht. Wie in früheren Kolonialkriegen ist die Fremdmacht in Afghanistan nicht mit Soldaten und klaren Fronten, sondern mit Guerilla-Aktionen durch

Nichtuniformierte konfrontiert. Aus Perspektive der Besatzungsmächte macht das Einheimische per se verdächtig.

In diesem von den Militärstrategen als „asymmetrischer Konflikt“ bezeichneten Krieg übernahm Deutschland eine immer größere Rolle. Zugleich bemühte sich die Bundesregierung, den eskalierenden Konflikt herunterzuspielen. In Stellungnahmen wurde darauf geachtet, das Wort „Krieg“ zu vermeiden. Seit 2003 führte die Bundeswehr das sogenannte „Provincial Reconstruction Team“ (PRT) im nordafghanischen Kundus, seit 2004 auch das PRT in Faisabad. Der Name ‚Wiederaufbauteam‘ sollte den Eindruck erwecken, als würden hier zivile Hilfsorganisationen unter dem Dach militärischen Schutzes ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Wahrheit sah anders aus. Das PRT ist ein Militärlager. Zu Beginn des Jahres 2010 befanden sich dort neben den stationierten 1.300 Soldatinnen und Soldaten, darunter der Kommandostab und die Sondereinheit Taskforce 47, ganze 20 Mitarbeiter der sogenannten „Zivilmilitärischen Zusammenarbeit“, kurz CIMIC.

Die Bundesregierung weitete den Bundeswehreinsatz parallel zum eskalierenden Aufstand aus. Deutschland übernahm ab 2006 das Regionalkommando für den gesamten Norden Afghanistans. Die Bundeswehr richtete zu diesem Zweck bei Masar e-Scharif mit Camp Marmal ein mehr als drei Quadratkilometer umfassendes Feldlager ein, das mitsamt einem Flughafen mehrere Tausend Soldaten der ISAF beherbergte. 2007 entsandte die Bundesregierung Aufklärungstornados der Luftwaffe, die Informationen für die Planung und Durchführung militärischer Operationen liefern. Im Folgejahr stellte die Bundeswehr die so genannten Quick Reaction Forces, die Kampfoperationen am Bo-

Zivil-Militärische Zusammenarbeit (CIMIC)

Soldaten in Afghanistan reparieren Schuldächer oder bohren Brunnen. Dieses Bild verbreitet die Bundesregierung gerne über die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Zivil-militärische Zusammenarbeit sei das.

Was wie selbstlose Hilfe aussieht ist hingegen militärisches Kalkül. Die Bundeswehr braucht ein „ziviles Lagebild“, um ihren militärischen Auftrag

inmitten der Bevölkerung erfüllen zu können. Die Bundeswehr schreibt selbst „CIMIC ist keine Entwicklungshilfe, sondern Bestandteil der militärischen Operationsführung.“⁴⁵¹

Hilfsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ kritisierten die zivil-militärische Zusammenarbeit scharf. So erklärte die ehemalige Projektkoordinatorin von Ärzten ohne Grenzen

in Afghanistan „Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“⁴⁵²

den durchführen. 2009 stimmte der Bundestag mehrheitlich für die Entsendung von AWACS-Flugzeugen nach Afghanistan, deren Einsatz aufgrund diplomatischer Verwerfungen erst 2011 zustande kam. Zum Höhepunkt der Intervention im März 2011 umfasste das deutsche Kontingent in Afghanistan 5.300 Soldatinnen und Soldaten.

Der Krieg der internationalen Truppen verstärkte den Unmut in der Bevölkerung. US-Streitkräfte traten nachts Türen ein, verhörten „Verdächtige“ vor Ort oder verschleppten sie, um sie zu foltern.

Sie setzten Kampfdrohnen ein und ermordeten mit vermeintlich „gezielten Tötungen“ Zivilisten in großer Zahl. Dieses Mordprogramm ist unter Präsident Ba-

rack Obama entstanden, später von Afghanistan auf Pakistan ausgeweitet worden, und wird auch nach Ende von ISAF weitergeführt.

Der NATO-Krieg basierte auf der Terrorisierung der afghanischen Bevölkerung. Von den Details erfährt die Öffentlichkeit im Westen fast nichts. Das Magazin Stern berichtete im Jahr 2010, wie sich die Bundeswehr am Krieg beteiligt: „Die NATO-Truppen in Afghanistan benutzen geheime Todeslisten im Kampf gegen die Taliban, um deren Kommandeure auf hoher und mittlerer Ebene aufzuspüren, gefangen zu nehmen oder zu töten. Bei diesen Operationen ist neben amerikanischen Spezialeinheiten das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr beteiligt.“ Im Einsatzführungskommando bei Potsdam wird darüber



Mitglieder der Fraktion DIE LINKE zeigen am 26.2.2010 im Plenum des Bundestages die Namen der Opfer des Militäreinsatzes von Kundus.

Das Kundus-Massaker

In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 forderte Oberst Georg Klein einen amerikanischen Luftangriff gegen zwei Tanklaster an, die von Aufständischen entführt worden waren, bevor sie im Kundus-Fluss stecken blieben. Als das Kampfflugzeug seine Bomben abwarf, befanden sich zahlreiche Zivilisten bei den Lastern, die Benzin abzapfen wollten. Bei diesem Angriff wurden mehr als 100 Zivilisten getötet, darunter viele Kinder. Das jüngste Opfer war ein Jahr alt. Oberst Klein meldete wahrheitswidrig eine akute Feindberührung mit den eigenen Truppen, um die Bom-

benabwürfe durchführen lassen zu können. Er schlug den Vorschlag der US-Piloten in den Wind, die Zivilisten zunächst durch Tiefflüge zu warnen. Das Ziel der Bomben sollten die Menschen am Boden sein.

Als in den Medien erste Meldungen von dem Massaker erschienen, versuchte die Bundesregierung das Verbrechen zu vertuschen. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) leugnete zunächst, dass es überhaupt zivile Opfer gegeben haben könnte. Doch nach und nach kamen immer mehr Details ans Tageslicht. Ein Untersuchungsausschuss des Bundes-

tages beschäftigte sich mit dem Verbrechen. DIE LINKE schlussfolgte in ihrem Sondervotum: „Oberst Klein fühlte sich offenbar durch Vorgaben seiner militärischen Vorgesetzten, aber auch der Politik, in seinem rechtswidrigen Verhalten legitimiert, wenn nicht gar dazu aufgefordert.“⁵⁴ Die Bundesregierung hat sich nie bei den Angehörigen der Opfer entschuldigt und keine ordentliche Entschädigung gezahlt. Von den Verantwortlichen musste sich niemand vor Gericht verantworten. 2013 wurde Oberst Georg Klein zum Brigadegeneral befördert.

entschieden, „wen die Deutschen auf sogenannte JPEL-Listen (Joint Priority Effects List / Gemeinsame Wirkungsvorrangliste) setzen. Die endgültige Genehmigung erteilt dann das ISAF-Hauptquartier in Kabul. Die Personen auf diesen Listen werden in den Kategorien „c“ und „c/k“ geführt – „c“ steht für „capture“ (ergreifen), „k“ für kill (töten). Dokumente und Aussagen von Beteiligten belegen die Existenz dieser Listen und ihre Verwendung in Afghanistan.“⁵³

Selbst reguläre Kampfoperationen der Bundeswehr wurden nahezu vollständig vor der deutschen Bevölkerung verborgen. Wie sehr die afghanische Zivilbevölkerung dabei in Mitleidenschaft gezogen wird, kam einmal ans Licht der Öffentlichkeit, infolge einer vom deutschen Oberst Georg Klein angeforderten nächtlichen Bombardierung von zwei Tanklastern im September 2009 bei Kundus.

Je länger der Krieg dauerte, desto unpopulärer wurde er in Deutschland. Das Kundus-Massaker lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf Afghanistan. Es machte für breite Bevölkerungsteile deutlich, dass der Bundeswehreininsatz keines der Versprechen einlösen konnte, mit denen er gestartet war. Die Bundesregierung sah sich mit einem Untersuchungsausschuss zu Kundus im Bundestag konfrontiert, der während des Bombardements verantwortliche Verteidigungsminister Jung musste zurücktreten. Unter dem Druck der Ereignisse sprach sein Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) im März 2010 zum ersten Mal davon, dass man in Afghanistan „umgangssprachlich von Krieg“ reden könne. Auch Verluste auf deutscher Seite wurden Thema. Als der ISAF Einsatz am 31.12.2014 endete, waren 55 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan gestorben. Allein zwischen 2007 und 2011 verloren 33 deutsche Soldaten in Afghanistan ihr Leben.

Tote Zivilpersonen und Kombattanten in Afghanistan, 2001 – Ende 2013

Afghanische Zivilpersonen	106.000 – 170.000
Journalisten	20
Mitarbeiter von NGOs	281
Afghanische Sicherheitskräfte	15.000
Private US-Sicherheitskräfte	3.000
ISAF- und OEF-Soldaten	3.409
Zivile Mitarbeiter der US-Regierung	1.700
„Taliban“	55.000
Summe:	184.412 bis 248.412

Schätzung nach der IPPNW Body-Count-Studie: http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/BodyCount_internationale_Auflage_deutsch_2015.pdf, Seite 88

Aus Sicht der Bundesregierung war es Zeit, den Afghanistaneinsatz zu beenden. Nur wie? Ein Rückzug zu einem Zeitpunkt, da der Aufstand sich immer weiter ausdehnte, hätte nach Niederlage ausgesehen. Das kam und kommt weder für die Bundesregierung, noch für die NATO in Frage. Das Bündnis schlug daher eine Strategie ein, die die US-Armee bereits am Ende des Vietnam-Krieges in den 1970er Jahren versucht hatte:

Der Krieg der ISAF sollte Stück für Stück in die Verantwortung von einheimischen Verbündeten gelegt werden. Begleitend würden NATO-Truppen als Berater und Ausbilder im Land bleiben, um sich dann allmählich zurückzuziehen. Daneben lässt Washington bis heute weiterhin Spezialkräfte an der Seite der afghanischen Armee kämpfen.

So endete 2014 der Kampfeinsatz ISAF und ging in die Beratungs- und Ausbildungsmission Resolute Support (RSM) über. Doch auch dieser Einsatz zieht sich hin. Und er birgt die Gefahr der Eskalation in sich. Seit 2015 sieht das entsprechende Bundestagsmandat vor, dass Bundeswehrsoldaten afghanische Truppen im Einsatz begleiten. Damit steigt das Risiko, wieder in Kampfhandlungen hineingezogen zu werden.

Während sich wichtige Verbündete wie Frankreich und Kanada bereits vollständig aus Afghanistan zurückgezogen haben, trägt Deutschland im Rahmen von RSM nach wie vor die militärische Verantwortung im Norden des Landes. 2016 lag die Mandatsobergrenze bei 980 Soldaten.

Die Bedingungen für die Bevölkerung haben sich durch den Übergang von ISAF zu RSM nicht verbessert, weder sozial, noch politisch.⁵⁵ Vielmehr sehen wir eine Militarisierung des Staatsapparates. Die afghanischen Streitkräfte sind in den letzten Jahren enorm aufgebläht worden. Ihre Kriegsführung ist genauso von zahllosen Verbrechen geprägt, wie die der ausländischen Truppen. Ohne die finanzielle und militärische Unterstützung durch die USA würde die afghanische Zentralregierung zusammenbrechen.

So eskaliert auch der Aufstand weiter. Ablesbar ist das an den Opferzahlen unter den afghanischen Sicherheitskräften. Schätzungen zufolge sind zwischen

2001 und 2014 über 20.000 afghanische Sicherheitskräfte getötet worden, das heißt im Schnitt zwischen 1000 und 2000 pro Jahr. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 wurden demgegenüber 4.302 afghanische Soldaten und Polizisten getötet, 8.009 verwundet. Im September 2015 gelang es den Taliban sogar, das nordafghanische Kundus für einige Tage zu erobern. Die Übernahme dieser strategisch wichtigen Stadt mit 300.000 Einwohnern, hunderte Kilometer von ihren Hochburgen im Süden des Landes entfernt, stellte den größten militärischen Erfolg der Taliban seit 2001 dar.

Wie konnten einige hundert Taliban handstreichartig eine Großstadt übernehmen, in der Tausende Soldaten der afghanischen Streitkräfte stationiert waren? Alle Berichte deuten darauf hin, dass diese Soldaten gar nicht gekämpft haben. Lediglich Polizeikräfte hätten sich den Taliban in den Weg gestellt. Im September 2015, als Kundus vorübergehend fiel, gaben Quellen aus der Führung der RSM an, dass die afghanischen Sicherheitskräfte pro Woche 200 Mann verlieren, sei es durch Tod oder Desertion.

Die mangelnde Kampfmoral lässt sich auch nicht durch mehr Ausbildung beseitigen. Denn sie wird aus politischen und sozialen Motiven gespeist. Die Soldaten der regulären Armee sind unterbezahlt und ohne Perspektive. Für die Bevölkerungsmehrheit, aus der sich die Masse der afghanischen Sicherheitskräfte rekrutiert, hat der NATO-Einsatz vor allem die Vertiefung ihres Elends gebracht. Der neue afghanische Präsident Aschraf Ghani räumte ein: „Die menschliche Tragödie der vergangenen 15 Jahre in Afghanistan war, dass mehrere Milliarden Dollar hereingeströmt sind, aber sie wurden nicht dafür verwendet, das Leben der Armen zu verbessern. Wir haben eine räuberische Elite.“⁵⁶

Aus der Sicht der deutschen Strategen, die die Bundeswehr um jeden Preis zu einem globalen Akteur machen wollen, sieht die Bilanz anders aus. Für das Verteidigungsministerium ist Afghanistan das Testfeld, auf dem die Bundeswehr an der Seite der amerikanischen Streitkräfte aus der verhältnismäßig ruhigen nördlichen Zone des Landes heraus den Krieg gelernt hat. In ihm wuchsen die deutschen Streitkräfte in neue Aufgaben hinein, vom aktiven Gefecht über die Beteiligung an der systematischen Ermordung führender Kommandanten des Gegners bis zur Steuerung ferngesteuerter Drohnen. Der Einsatz war auch eine enorme logistische Herausforderung.

All das ließ sich die Bundesregierung etwas kosten. Die Ausgaben im Rahmen des deutschen ISAF-Einsatzes für Personal, Material, Infrastruktur und den deutschen Beitrag zu den gemeinsamen NATO-Kosten betragen rund 8,8 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu brachte die Bundesregierung im selben Zeitraum nur rund 290 Millionen Euro für humanitäre Hilfe im Rahmen des Afghanistan-Krieges auf.⁵⁷

Der Afghanistaneinsatz hat auch die deutsche Gesellschaft verändert. Zum ersten Mal seit 1945 kehrten deutsche Soldaten nach Kampfhandlungen in Särgen zurück. Viele, die lebend zurückkehrten, leiden unter kriegsbedingten Traumatisierungen. All das hat den Afghanistaneinsatz alles andere als populär gemacht. Zahlreiche Umfragen zeigten, dass er von Beginn an gegen die Ablehnung einer Mehrheit der Bevölkerung durchgeführt worden ist. Die übergroße Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP hat den Krieg durchgesetzt, ungeachtet des Willens ihrer Wählerinnen und Wähler. Sie haben dazu beigetragen, die Bevölkerung, wie es Generalinspekteur Dieter Wellershoff zehn Jahre vor Beginn des Einsatzes am Hindukusch eingefordert hatte, wieder an „Krieg, Tod und Verwundung“ zu gewöhnen.

Immer mehr Einsätze

Parallel zum Einsatz in Afghanistan wurde die Bundeswehr in zahlreiche andere Militärmissionen geschickt, unter anderem in den Kongo, in den Sudan oder die Zentralafrikanische Republik, vor die Küste Libanons und in den Indischen Ozean, schließlich nach Mali und in den Irak. In der ersten Jahreshälfte 2016 befanden sich mehr als 3350 Soldatinnen und Soldaten in 16 Auslandseinsätzen, seit 1992 wurden insgesamt 39 Einsätze abgeschlossen. Addiert man die Kontingentsstärken auf, waren bislang rein rechnerisch mehr als 385.000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz.⁵⁸

Die Motivation hinter dieser Vielzahl an militärischen Interventionen lässt sich nicht immer aus ihrem Einsatzgebiet ableiten. Manche Einsätze wie die Entsendung von Stabsoffizieren in die Hauptquartiere der UN-Missionen in Darfur oder Südsudan sind so klein, dass eine unmittelbare Wirkung praktisch nicht nachzuvollziehen ist. Es geht um die Vielzahl an Einsätzen. Es geht der Bundesregierung darum, an möglichst vielen Orten der Welt einen militärischen Fuß in der Tür zu haben und Handlungsfähigkeit zu beweisen. Im Falle der Beteiligung an UN-Missionen wie im Sudan geht es darum, das eigene Gewicht innerhalb internationaler Institutionen wie den Vereinten Nationen zu stärken. Der Regierungsnahe Think-Tank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) rät z.B. für Deutschland einen Sitz im UN-Sicherheitsrat anzustreben.⁵⁹

An manchen Orten geht es auch darum, die eigenen Streitkräfte zu trainieren. Einsätze fern der Heimat mit ihrer Infrastruktur lassen sich nicht nach Plan am Reißbrett durchführen. Sie müssen geprobt werden, das Personal muss trainiert und erfahren sein, schließlich muss das Material angepasst werden. Zu dieser Art von Einsätzen gehört der Einsatz der

Deutschen Marine im Indischen Ozean im Rahmen der europäischen Mission ATALANTA, der 2008 zur Bekämpfung von Piraten begonnen wurde. Die Anzahl der Piratenangriffe am Horn von Afrika ist in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen, was vor allem auf die Selbstbewaffnung von Handelsschiffen zurückzuführen ist. Dennoch läuft ATALANTA weiter, quasi als eine Dauerübung unter einsatzähnlichen Bedingungen für seegestützte Operationen, tausende Kilometer von den Heimathäfen entfernt.

Zwei Einsätze der jüngsten Vergangenheit haben eine Bedeutung, die sich aus der geostrategischen Lage des Einsatzgebietes und den potenziellen wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals in der Region ergibt. Es handelt sich um die Operationen in Mali und im Mittleren Osten. In beiden Fällen handelt es sich um Einsätze, die seit Amtsantritt der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD im Jahr Herbst 2013 begonnen oder massiv ausgeweitet wurden. Hier zahlt sich aus Sicht der militärischen Führung die Erfahrung aus den vielen vorhergehenden Einsätzen aus. Mit Blick auf Mali stellte Heeresinspekteur Generalleutnant Jörg Vollmer fest, dass die deutschen Landstreitkräfte nach zwei Jahrzehnten Erfahrungsschatz in vergleichbaren Operationen gut aufgestellt seien, auch weil man für diese Zwecke über „einsatzerprobtes wie kampfbewährtes Personal und über missionsadäquates, weil modernes Gerät“ verfüge. Die Truppe sei angesichts „virulenter Bedrohungslagen“ in den unterschiedlichen Einsatzregionen „flexibel und reaktionsfähig im Handeln, vor allem aber durchsetzungsfähig aufgestellt.“⁶⁰

Mali

Die französische Armee begann im Januar 2013 eine Kampfoperation in Mali. So sollte der Vormarsch

einiger hundert Dschihadisten aus dem Norden in Richtung der Hauptstadt Bamako gestoppt werden. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch den Unabhängigkeitskampf aufständischer Tuareg, die im Jahr zuvor die Kontrolle über den größtenteils in der Sahara liegenden Norden des Landes gewannen und sich für unabhängig erklärten. Deren Auftreten war zudem eine Folge des Staatszerfalls in Libyen, den der Krieg des Westens gegen dieses Land 2011 verursacht hat. Westliche Geostrategen warnten, Mali drohe zum Rückzugsgebiet für „Terroristen“ zu werden.

Die Wirtschaftswoche ließ sich davon nicht über die Motivation der französischen Regierung hinwegtäuschen. Als der Feldzug begann, titelte das ökonomische Fachblatt: „Der Rohstoffkrieg in Mali“. Das Land war bis 1960 Teil des französischen Kolonialreichs. Französische Interessen dominierten auch danach die Wirtschaft. Überdies waren in den letzten Jahren zehn transnationale Konzerne in der Goldförderung aktiv. Unter dem Boden Malis lagern neben Gold große Öl- und Gasvorkommen, sowie zahlreiche andere Ressourcen wie Uran, Bauxit oder Phosphat. Die Wirtschaftswoche fasste zusammen: „Den Militäreinsatz in Mali mit Sicherheitsinteressen zu begründen ist zynisch.“ Die „strategisch wichtigen europäischen Interessen in der Region sind die Uran- und Ölvorkommen in Mali und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. Frankreich hängt als Atommacht und Atomstromland stark von der Versorgung mit Uran ab. Ein Drittel seines Uranbedarfs bezieht Frankreich aus dem Niger. Um die weitere Destabilisierung des Landes zu verhindern greift Frankreich jetzt in Mali ein.“⁶¹

Das Problem der Regierung in Paris waren die Kosten, die die Operation nach sich ziehen würde. Denn sie dachte gar nicht daran, sich nach Zerschlagung der dschihadistischen Gruppen zurückzuziehen. Vielmehr

ging sie dazu über, die in Mali und dessen Nachbarstaaten stationierten Truppen nachhaltig zu verstärken und in eine regionale Daueroperation zu überführen. Sie lud ihre europäischen Verbündeten ein, allen voran Deutschland, einen Teil der Lasten zu übernehmen.

Das ließ sich die Regierung in Berlin nicht zweimal sagen: Bislang war Westafrika vor allem der Hinterhof der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Anders als Berlin verfügt Paris in Westafrika über enge politisch-wirtschaftliche Beziehungen, über Militärbasen, und darüber hinaus über „afrikaerprobte“ Streitkräfte. Im französischen Windschatten eine deutsche Militärpräsenz südlich der Sahara aufzubauen, stellte eine einmalige Gelegenheit dar. So bildet Mali heute für die Bundesregierung den „Schwerpunkt des deutschen sicherheitspolitischen Engagements in Afrika.“⁶²

Und so begann eine Arbeitsteilung in Mali: Die französischen Truppen stellen die Speerspitze der Kampfoperationen in eigener Regie, am 11. Januar 2013 mit der Opération Serval. Serval ging in die frankzösische Anti-Terror-Mission Opération Barkhane über, die heute in mehreren Staaten der Sahel-Zone aktiv ist.

Die EU-Außenminister beschlossen am 17. Januar 2013 die Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM MALI zum Aufbau der malischen Streitkräfte. Die Bundeswehr ist maßgeblich an dieser Mission beteiligt. Das Hauptquartier von EUTM MALI befindet sich in Bamako, die Ausbildung selbst fand lange Zeit ausschließlich im 60 Kilometer entfernten Koulikoro statt, abseits aller Kampfhandlungen. Das Mandat der Bundeswehr, zunächst strikt auf den ruhigen Süden des Landes begrenzt, wurde 2015 ausgeweitet und lässt seitdem grundsätzlich auch Beratungs- und Ausbildungstätigkeiten im spannungsreichen Norden des Landes zu, zum Beispiel in Gao und Timbuktu. Die

aktuelle Personalobergrenze der deutschen Streitkräfte innerhalb der Mission EUTM MALI liegt bei 300.

Im Rahmen von EUTM MALI werden malische Ge-
fechtsverbände ausgebildet. Nach einem zwölfwöchigen Lehrgang werden sie für neun Monate in den Norden verlegt, für den Krieg gegen Aufständische. Als die ersten Ausbildungsgänge abgeschlossen waren, fühlte sich im Mai 2014 der damalige malische Premierminister ermutigt, einen Angriff gegen die von Tuareg und Arabern gehaltene Wüstenstadt Kidal zu starten. Das zerstörte nicht nur den Friedensprozess, sondern endete auch in einem Fiasko für die Armee. Der Angriff scheiterte. Über 80 malische Soldaten ließen dabei ihr Leben.

Neben französischen Kampftruppen und europäischer Ausbildungsmission gibt es in Mali internationale Truppen im Rahmen der UN-Blauhelmission MINUSMA. Auch daran beteiligt sich die Bundeswehr. Dem ursprünglichen Mandat zufolge soll MINUSMA die Einhaltung eines Friedensabkommens überwachen, das die malische Regierung mit loyalen und aufständischen Tuareg-Gruppen aushandelte und das 2015 in Algier unterzeichnet wurde. Das Problem dabei: Es gibt gar keinen Frieden, der zu überwachen wäre. Zum einen haben bei weitem nicht alle Konfliktparteien unterzeichnet. Zum anderen schleppt sich die Umsetzung des Abkommens über Monate und Jahre hin. Immer wieder kommt es zwischen regierungstreuen und aufständischen Tuareg zu bewaffneten Spannungen.

In deutschen Medien wird regelmäßig wiederholt, dass es sich bei MINUSMA um eine der gefährlichsten UN-Missionen handele, dass bereits über 70 Blauhelmsoldaten tödlichen Anschlägen durch bewaffnete Gruppen wie Ansar Din oder Al-Qa'ida im islamischen Maghreb (AQMI) zum Opfer gefallen sind. Was selten

erwähnt wird: MINUSMA ist auch in weiten Teilen der malischen Bevölkerung verhasst, insbesondere bei der Tuareg-Bevölkerung. So kommt es vor diesem Hintergrund immer wieder zu Übergriffen von Soldaten der vermeintlichen Friedenstruppe gegen Zivilisten. Im April 2016 gingen wütende Jugendliche in Kidal auf die Straße, um gegen das Vorgehen ausländischer Truppen zu demonstrieren. Die Proteste richteten sich gegen Festnahmen durch französische Soldaten der Opération Barkhane. „Wir haben genug von den wahllosen Verhaftungen unserer Kinder“, hieß es auf den Transparenten der Demonstranten, zumeist Frauen und Kinder. UN-Soldaten erschossen vier von ihnen.⁶³ Das niederländische MINUSMA-Kontingent in Gao wurde frühzeitig mit Apache-Kampfhubschraubern ausgestattet. Im Januar 2015 griffen niederländische Blauhelmsoldaten aus einem der Hubschrauber ein Fahrzeug an und töteten „sieben Aufständische“, wie es hieß. Ein Sprecher der Tuareg-Rebellengruppe MNLA warf den Blauhelmen vor, sie hätten ohne Vorwarnung gefeuert. Ein Woche später kam es in Gao zu Protesten. Polizisten der MINUSMA erschossen drei der Demonstranten.

Die Bundeswehr war von Beginn an an MINUSMA beteiligt. Im Rahmen ihrer Vorgängermission AFISMA betankte die Luftwaffe 2013 französische Bomber im Einsatz. Auf Nachfragen behauptete die Bundesregierung beharrlich, sie wisse nicht, welche Ziele diese Bomber getroffen hätten und wie viele Menschen dabei umgekommen seien. Im Rahmen von MINUSMA wurden zunächst Lufttransportkapazitäten gestellt. Seit 2016 nimmt die Bundeswehr eine führende Rolle beim UN-Militäreinsatz ein. Ihre Hauptaufgabe ist es, Aufklärungsfähigkeiten aufzubauen, unter anderem mit Aufklärungsdrohnen. Die Personalobergrenze wurde zu diesem Zweck auf 650 angehoben, und das Einsatzgebiet auf Nord-Mali ausgeweitet.

Mit der Stationierung der Bundeswehr in Nord-Mali wird der Einsatz noch unsicherer. Im Mai 2016 fuhr der Sattelschlepper eines zivilen Vertragspartners der Bundeswehr auf dem Weg nach Gao auf eine Sprengfalle. Im Juli wurde das erste Mal eine deutsche Patrouille nördlich der Stadt beschossen. Der Einsatz im Rahmen von MINUSMA führt die deutschen Streitkräfte Stück für Stück in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand am Rande der Sahara hinein.

Ziel des Einsatzes der internationalen Truppen ist es, den Staat Mali zu stabilisieren. Sie sind hierbei jedoch nicht sonderlich erfolgreich. Die Spannungen haben sich ausgebreitet, auch in den vormals ruhigen Süden des Landes. Es ist auch zu mehreren Anschlägen in der früher sicheren Hauptstadt Bamako gekommen, unter anderem gegen ein Hotel, in dem das Hauptquartier von EUTM MALI sitzt. Die internationalen Truppen bringen keinen Frieden, weil sie nichts zur Beseitigung der Wurzeln der vielen Konflikte beitragen. Die Malier brauchen nicht mehr Waffen und ausgebildete Soldaten. Sie brauchen Wasser, Jobs, Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser.

„Krieg gegen den Terror“: Bundeswehr im Irak und in Syrien

Geostrategisch von zentraler Bedeutung ist die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Operationen im Nahen Osten, die unter dem Banner des „Krieges gegen den Terror“ geführt werden. Die Bundesregierung hat seit 2014 Deutschland in einen Nahostkrieg verstrickt, dessen weiterer Verlauf unabsehbar ist. Der Einstieg in die Kriegsbeteiligung der Bundeswehr im Irak und in Syrien erfolgte in mehreren Etappen. Zunächst kündigte Verteidigungsministerin von der Leyen an, den Peschmerga – den Truppen der kur-

Veränderung kommt von innen, nicht von außen

Mali - Die Bundesregierung zeichnet zur Rechtfertigung ihres Militäreinsatzes das Bild eines zerfallenen Staates, der militärisch von außen „stabilisiert“ werden müsse. Sie meint damit die Regierung unter Präsident Ibrahim Boubacar Keita. Doch diese ist selbst Teil des Problems. Mali ist ein Land, das von zunehmender Verarmung im Zuge der Strukturangepassungspolitik der internationalen Finanzorganisationen seit den 1980er Jahren geprägt ist. Nachdem eine Revolution im Jahr 1991 eine kurze Phase des politischen Aufbruchs einläutete, haben die folgenden Regierungen weiter die Lebensgrundlagen der Mehrheit der Bevölkerung zerstört. Damit ging die Zerrüttung staatlicher Strukturen einher, zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungssektor. Es

gibt Armut und Verzweiflung in Mali, aber auch Menschen, die sich zusammenschließen und für ihre Interessen kämpfen, auch und gerade gegen die Regierung:

„Mali ist nicht nur Elend, sondern auch Widerstand. Es gibt eine Vielzahl an sozialen Initiativen und Netzwerken, die ihre Wurzeln in der Revolution von 1991 haben und durch die globalisierungskritische Bewegung der 2000er Jahre geprägt wurden.

Auch gibt es in Mali eine tief verankerte Kultur zwischenmenschlicher Solidarität. So wurden in den letzten zwei Jahren einige hunderttausend Binnenflüchtlinge aus dem Norden von Verwandten und Bekannten im Süden aufgenommen. Zahlreiche Netzwerke kämpfen um die Verbesserung von Lebensbedingungen. [...]

Die Organisation ARACEF unterstützt die Familien in der Gemeinde Falea in ihrem Kampf gegen den Bau einer Uranmine durch einen kanadischen Bergbaukonzern. Im August 2014 hat es einen zweitägigen Generalstreik gegeben, in dessen Folge der Mindestlohn um fast ein Drittel angehoben und die Erhöhung der Strompreise zurückgenommen wurde.

Auch die Streitkräfte sind nicht gegen Meutereien immun. Der erste im Rahmen von EUTM MALI ausgebildete Gefechtsverband weigerte sich während der Abschlusszeremonie, das Gelernte den anwesenden politischen Repräsentanten vorzuführen, da ihnen erwartete Gelder nicht ausgezahlt wurden.“⁶⁴

dischen Regionalregierung – „nicht-letale Hilfe“ zukommen zu lassen, also Sanitätsmaterial, Funkgeräte etc. Später wurden dann Waffen und Rüstungsgüter geliefert. Dies zog die Entsendung von Soldaten, die die Peschmerga an den Waffen ausbilden sollen, nach sich. 2016 folgte schließlich die Beteiligung der Bundeswehr an den Luftbombardements der US-geführten Luftkriegskoalition über Syrien und Irak.

Das Kalkül hinter diesem Vorgehen war, die Bevölkerung allmählich an eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr auch in Syrien und im Irak zu gewöhnen. Ursula von der Leyen gab dies unumwunden zu. Sie rechtfertigte die ersten Lieferungen von Rüstungsgütern mit folgenden Worten: „Wichtiger als die Frage, ob und welche Waffe wir am Ende liefern, ist die Bereitschaft, Tabus beiseitezulegen und offen zu diskutieren. An dieser Stelle sind wir gerade. Es geht nicht mehr um humanitäre Hilfe versus Ausrüstungshilfe, es geht um beides.“⁶⁵

Die Bundesregierung hat im Dezember 2015 die Terroranschläge von Paris genutzt, um im Parlament in rekordverdächtigem Tempo den Einsatz der Luftwaffe in Irak und Syrien durchzusetzen. Das Mandat sieht eine Personalobergrenze von 1.200 Soldaten vor. Die deutsche Luftwaffe greift nicht selbst an, sondern führt die Luftbetankung US-amerikanischer, britischer oder französischer Bomber im Einsatz durch. Daneben liefern Aufklärungstornados Daten und Bilder zu möglichen Zielen dieser Bomber. Der Einsatz soll der Bekämpfung des „Islamischen Staates“ (IS) dienen. Ansonsten ist das Mandat reichlich unkonkret. So wird die entscheidende Frage nach den Bündnispartnern am Boden nicht angesprochen. Es ist weder ein Ende des Einsatzes abzusehen, noch die damit verbundenen Kosten. André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, erwartet, der

Kampf könne „weit über zehn Jahre andauern“. Bereits im ersten Jahr wurden dafür 134 Millionen Euro bereitgestellt.

Das eigentliche Ziel ist nicht der IS. Die Attentate von Paris dienten lediglich als Vorwand, um eine militärische Dauerpräsenz Deutschlands in der Region zu schaffen. Dies verdeutlichen die Details des Einsatzes. So wurden auch im Rahmen des Mandats Schiffe der Deutschen Marine in den Persischen Golf entsandt, obgleich der IS nicht über Seestreitkräfte verfügt. Das IS-Territorium grenzt noch nicht einmal an das Meer. Zum anderen folgte auf die Entsendung der Aufklärungstornados im Frühjahr 2016 die Entscheidung der Bundesregierung, im türkischen Incirlik auf Dauer eine eigene Luftwaffenbasis einzurichten. Für 65 Millionen Euro wird dort in der Nähe zur syrischen Grenze ein Stützpunkt für die Bundeswehr aufgebaut, inklusive Gefechtsstand. Die Anlagen sind für doppelt so viele deutsche Soldaten ausgelegt als im Rahmen der US-geführten Luftkriegsallianz im Einsatz sind.

Der von der Bundesregierung beschlossene Bundeswehreininsatz stellt den größten Kampfeinsatz seit dem Ende von ISAF in Afghanistan dar. Das Mandatsgebiet umfasst Syrien, den Irak und den Persischen Golf. In dem Gebiet sind bereits mehrere regionale und globale Mächte an einem Krieg beteiligt. Die Beteiligung der Bundeswehr daran stellt einen weiteren qualitativen Sprung auf dem Weg zu einer Armee im weltweiten Einsatz dar.

Offiziell geht es den USA und ihren Verbündeten beim Krieg in Syrien und im Irak um die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus. Er ist die Fortsetzung des Krieges, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begonnen wurde. Doch den Terror hat das nicht gestoppt. Ganz im Gegenteil. Im November

Waffenlieferungen in den Irak

Die Bundesregierung nutzte im Sommer 2014 die Bilder der dramatischen Flucht der Jesiden vor den Kräften des „Islamischen Staats“ im nordirakischen Sindschar-Gebirge, um Waffenlieferungen an die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak zu rechtfertigen. Kanzlerin Angela Merkel sprach von einem „Völkermord“, den es abzuwenden gelte. Doch die Jesiden hatten nichts davon. Die deutschen Waffen kamen erst Wochen nach dem Ende des Fluchtdramas an. Unterstützt wurden die Jesiden auch nicht von den Peschmerga, sondern von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und deren Verbündeten, die einen Fluchtkorridor aus

dem Sindschar-Gebirge freigekämpft hatten. Die Bundesregierung honorierte dies nicht: die PKK ist nach wie vor in Deutschland verboten. Die Bundesregierung unterstützt die kurdische Regionalregierung im Norden Iraks und das Regime in Bagdad. Geliefert wurden in den Jahren 2014 und 2015 Waffen, Munition und Ausrüstung aus Altbeständen der Bundeswehr im Umfang von über 1.800 Tonnen, darunter mehr als 20.000 Kleinwaffen und Sturmgewehre mit 15 Million Schuss Munition, Panzerabwehrwaffen vom Typ MILAN und über 20.000 Handgranaten. Hinzu kamen Transportfahrzeuge vom Typ Dingo mitsamt

Ersatzteilen und Ausrüstungsgegenstände wie militärische Bekleidung.⁶⁶ Niemand weiß, ob die gelieferten Waffen bei der Eroberung sunnitischer Gebiete Verwendung fanden, in deren Zusammenhang es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Das Nachrichtenmagazin Monitor berichtete, dass gelieferte Waffen aus Bundeswehrbeständen auf Märkten im Nordirak zum Verkauf angeboten würden.⁶⁷ Auf Nachfrage verwies die Bundesregierung auf die von der Regierung der Region Kurdistan-Irak abgegebene Endverbleibserklärung und erklärte sich ansonsten nicht mehr zuständig.⁶⁸

2015 gab das US-Außenministerium eine globale Reisewarnung heraus. US-Bürger sollen im Ausland bis auf weiteres größere Menschenansammlungen meiden und darauf achten, wer in ihrer Nähe steht. Diese Warnung gilt für jedes Land der Erde. Fünfzehn Jahre nach Beginn des vermeintlichen „Anti-Terror-Krieges“ in Afghanistan ist nun nach Einschätzung des US-Außenministeriums die ganze Welt unsicher geworden. Dies allein zeigt, dass der Anti-Terror-Krieg, der Hunderttausende Menschen das Leben gekostet und Millionen vertrieben hat, nichts von dem erreicht hat, was zu seinem Beginn verkündet wurde.

Der IS kann nur dann nachhaltig geschwächt werden, wenn sich politisch im Irak und in Syrien etwas ändert. Ungeachtet der Verheerungen durch Krieg und Unterdrückung gibt es in allen religiösen und nationalen Gemeinschaften in Syrien und im Irak politische Kräfte, die für einen demokratischen Wandel stehen. Ein Beispiel waren die sozialen Proteste in Basra, Bagdad und anderen südirakischen Städten im Jahr 2015, die sich – inmitten des Krieges – gegen die Korruption und Inkompetenz der „eigenen“, schiitisch dominierten Regierung richteten.

Im benachbarten Syrien stehen sich derweil internationale Mächte mit entgegengesetzten Interessen gegenüber. Als im vergangenen Jahr das NATO-Mitglied Türkei einen russischen Bomber abschoß, stand die Welt am Rand einer „sicherheitspolitischen Großkatastrophe“, wie Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, einräumte. Er resümiert: „Wir haben zu Beginn des Jahres 2016 die gefährlichste Weltlage seit dem Ende des Kalten Kriegs.“⁶⁹

Seit 2016 suchen die russischen und US-amerikanischen Regierungen enge Absprachen und haben sogar

einen gemeinsamen Operationsraum eingerichtet. Dennoch kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den beiden Kriegsparteien. Im Juli zur Bombardierung einer geheimen Operationsbasis der USA und Großbritanniens durch ein russisches Kampfflugzeug.

Die internationale Intervention hat den Krieg nur eskalieren lassen. Die Bevölkerung zahlt den Preis dafür. Über dem Irak und Syrien warf die US-geführte Allianz im ersten Jahr der Luftangriffe mehr Bomben ab, als in Afghanistan in den fünf Jahren zuvor. Die US-Luftangriffe auf das syrische Dorf Bir Mahli am 30. April 2015 haben laut der in London angesiedelten Syrischen Beobachtungstelle für Menschenrechte allein 64 Zivilisten getötet, darunter 31 Kinder unter 16 Jahren. Laut UN-Hilfsorganisation OCHA haben die russischen Luftangriffe auf die von der bewaffneten syrischen Opposition gehaltenen Gebiete im Oktober 2015 etwa 120.000 Menschen vertrieben. Ein Dutzend Behelfskrankenhäuser seien getroffen worden. Hauptziel der französischen Luftwaffe war nach den Attentaten von Paris die vom IS kontrollierte Stadt Rakka. Die Zeitung Le Monde berichtete, am 18. November 2015 seien sechs Menschen, die Benzin verkauft hätten, infolge eines Angriffs verbrannt. Am 13. November schlug eine Bombe in der Gasse Hara Al-Hassoun ein und tötete 13 Anwohner.

Die Liste derartiger Verbrechen steigt mit jedem Tag, seit Ziele in Syrien und im Irak aus der Luft bombardiert werden. In den Medien wird Rakka immer nur als „IS-Hochburg“ bezeichnet. Doch in der Stadt befinden sich nicht nur Kämpfer des IS. Es leben dort auch einige Hunderttausend Zivilisten. Während der IS seine Waffen in Tunneln versteckt und keine militärischen Stellungen als Ziele anbietet, ist die Bevölkerung ohne Schutz. Über die zivilen Opfer schweigt sich die

Die Verbündeten des Westens

In den deutschen Medien wird fast nie über die Bündnispartner berichtet, mit denen die US-Allianz den IS angreift. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat ausdrücklich darauf verwiesen, dass auch die Unterstützung der Regierung in Bagdad Teil der neuen Bundeswehrmission sein soll. Dabei ist diese Regierung selbst Teil des Problems. Das irakische Regime kann sich nur mithilfe radikal-schiitischer Milizen halten, die unter dem Dach der sogenannten Volksmobilisierung zusammengefasst sind und den Kampf gegen den IS für ethnische Säuberungen nutzen. Der Innenminister des Irak gehört selbst einer dieser Milizen an. Amnesty International beklagt, dass diese Mili-

zen in einem Klima völliger Straflosigkeit Verbrechen begehen können, die jenen des IS in nichts nachstehen. Am 22. August 2014 wurden in der Provinz Diyala rund 70 sunnitische Gläubige in einer Moschee von Unbekannten mit Maschinenpistolen erschossen. Die irakische Zeitung As-Saman meldete am 9. September, dass schiitische Kräfte und Peschmerga mit US-Luftunterstützung 50 sunnitische Dörfer in der Umgebung der Stadt Amerli erobert hätten. Eine schiitische Miliz hat sie dann niedergebrannt und achtzehn Sunniten hingerichtet. Es kam dabei zu Enthauptungen. Die Liste der Gräueltaten der mit irakischen Regime verbundenen Milizen ließe sich lange fortsetzen.

Doch die Bundesregierung hat das zu keinem Zeitpunkt zum Anlass genommen, öffentlich Kritik zu äußern. Einige der schiitischen Milizen, wie die Asaib Ahl al-Haqq, stehen auch auf der Terrorliste der US-Regierung. Sie haben Ende November 2015 damit begonnen, Kurden aus der Hauptstadt Bagdad zu vertreiben, als Vergeltung für Angriffe von Peschmerga auf schiitische Milizen im Norden des Irak. Nicht nur in Syrien, auch in Irak nimmt der Krieg zunehmend einen an vielen Fronten verlaufenden Kampf um die Kontrolle von Territorien an. Militärische Interventionen von außen, ob durch die USA, den Iran oder Deutschland, sind Teil dieses Konfliktes und heizen ihn weiter an.

Öffentlichkeit derweil aus. In den deutschen Medien wird die Frage nach möglichen zivilen Opfern noch nicht einmal gestellt.

Während die Regierungen in Berlin, Paris, Washington, Moskau und anderswo Milliarden ausgeben, um militärisch in Syrien und im Irak zu intervenieren, fehlt das Geld für die Flüchtlinge in und aus diesen Ländern. Im November 2015 klagte das UN-Kinderhilfswerk Unicef, dass 250 Millionen US-Dollar fehlen. Das Geld würde reichen, um etwa 250.000 Mädchen und Jungen über den Winter zu bringen. Versorgt werden müssten jedoch rund 1,1 Millionen Minderjährige, unter anderem mit Decken, Winterkleidung und Heizmaterial.

Resümee: Welche Interessen stehen hinter der Einsatzorientierung?

Im Mai 2010 fragte ein Journalist den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, ob das bestehende Afghanistan-Mandat noch ausreiche, nachdem aus dem vermeintlichen Stabilisierungseinsatz ein Krieg geworden ist. Köhler antwortete, dass „ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Es wird wieder sozusagen Todesfälle geben. Nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. [...] Man muss auch um diesen Preis sozusagen seine am Ende Interessen wahren.“⁷⁰

Diese Äußerung kostete Köhler sein Amt. Nicht, dass er etwas gänzlich Neues gesagt hätte. Bereits die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 definieren die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als ein vitales Sicherheitsinteresse Deutschlands, das Auslandseinsätze begründet.⁷¹ Doch Aufgabe eines Bundespräsidenten ist es, die Menschen um die Einsätze und die Armee zu scharen. Das erreicht er nur, wenn er die tatsächlichen Motive hinter der Einsatzorientierung verwischt, nicht, wenn er sie ausplaudert. Der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann fasste es damals so: Köhler schade „der Akzeptanz der Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Deutschland führe „keinen Krieg um Wirtschaftsinteressen, sondern es geht um unsere Sicherheit“. Wer anderes behaupte oder fordere „redet der Linkspartei das Wort. Wir wollen keine Wirtschaftskriege“, so Oppermann gegenüber Spiegel Online.⁷²

Der seit 2012 im Amt befindliche Bundespräsident Joachim Gauck meint dasselbe wie Köhler, nur verpackt er es geschickter. Und er äußert sich im Gleichklang mit CDU/CSU und SPD, die zusammen seit Ende 2013 die Regierung bilden. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Januar 2014 verkündeten der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier, die konservative Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundespräsident Gauck in drei offenbar aufeinander abgestimmten Reden ein offensiveres Verständnis von der Rolle Deutschlands. Steinmeier sagte, „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“. Verteidigungsministerin von der Leyen stimmte zu: „Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“ Gauck formulierte, die Bundesrepublik sollte sich „früher, entschiedener

und substantieller einbringen“. Allen war klar, was das bedeutet: Mehr diplomatische Initiativen, aber auch mehr militärische Einmischung. Beides geht Hand in Hand.

Dieser Kurs ist seither systematisch umgesetzt worden. Dafür wurde jeder sich bietende Anlass durch die Bundesregierung genutzt. Die neue Doktrin, die von der Leyen als „Münchener Konsens“ bezeichnete, wurde im Januar 2014 vorgestellt. Damals gab es weder eine Massenflucht aus Syrien nach Europa, noch wurde der IS als Gefahr definiert. Auch die Krimkrise eskalierte erst ab dem 26. Februar 2014, also vier Wochen nach den Reden Gaucks, von der Leyens und Steinmeiers in München. Doch die Flüchtlinge aus dem „Krisenbogen“ in Europas Nachbarschaft, der Terror des IS und die Bedrohung aus Russland sind die Drohszenarien, mit denen in Deutschland in der Folge die Neuausrichtung und Aufrüstung der Bundeswehr gerechtfertigt wird. Mit anderen Worten: Zuerst wurden die Zielsetzungen definiert, die Bedrohungen werden dann anlassbezogen im Anschluss nachgereicht.

Der Anspruch, Deutschland solle zu einer „Gestaltungsmacht“ werden, die öfter und entschiedener militärisch eingreifen soll, klingt zu aggressiv. Begründet wird dies daher nicht in erster Linie mit den eigenen Interessen, sondern mit der vermeintlichen „Verantwortung“, die aus der eigenen Stärke erwachse. Entwickelt wurde dieser Gedanke unter anderem in dem im November 2012 in Auftrag gegebenem und im September 2013 erschienenen Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik mit dem Titel „Neue Macht, Neue Verantwortung“. Es beginnt mit den Worten „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Aus Macht und Einfluss folgt aber auch Verantwortung.“ Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müsse sich Deutschland auch an

militärischen Einsätzen und wenn nötig auch an Kriegen beteiligen.

Im Weißbuch 2016 wird das Thema fortgesponnen und der Anspruch erhoben, „die globale Ordnung aktiv mitzugestalten“, vor dem Hintergrund der „wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ Deutschlands. Hier besteht der Kniff darin, diesen Anspruch als Verantwortung darzustellen, die von außen an Deutschland herangetragen werde, anstatt aus eigenem Interesse.

Es gibt einen globalen Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, Märkte und politischen Einfluss, der mit militärischen Mitteln unterfüttert wird. Die globale Staatenkonkurrenz setzt dafür den Rahmen. Die Aufrüstungsmaßnahmen in Deutschland und der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, die im Weißbuch als von außen herangetragene Erwartungen oder als Bündnisverpflichtungen gerechtfertigt werden, sind Teil dieses Wettlaufs. Es geht um wirtschaftliche Interessen. Das bedeutet jedoch nicht, dass bei jedem Einsatz finanziell gegengerechnet wird, was er einbringt. In diesem Fall würde es keine Auslandseinsätze geben, weil sie unmittelbar erst einmal zusätzliche Kosten darstellen.

Stattdessen geht es darum, dass Deutsche an möglichst vielen Orten mit am Tisch sitzen und Einfluss nehmen können, wenn etwa über Nachkriegsordnungen und die Neuaufteilung von Einflusssphären verhandelt wird. Ein Beispiel ist die Bonner Afghanistan-Konferenz im Dezember 2001d auf der Hamid Karzai als Vertrauter der US-Ölindustrie zum Präsidenten der Übergangsregierung ernannt wurde. Wenn Deutschland – im Interesse der eigenen Wirtschaft – bei solchen Entscheidungen mitreden will, muss es politischen Einfluss ausüben. Dies wiederum setzt militä-

rische „Glaubwürdigkeit“ voraus – die Fähigkeit, mit eigenen Truppen in Konflikte intervenieren zu können. Militärische Potenz schafft politischen Einfluss. Dieser ist die Voraussetzung, um wirtschaftliche Interessen geltend zu machen. Es geht der Bundesregierung darum, an möglichst vielen Orten der Welt einen militärischen Fuß in der Tür zu haben und damit Handlungsfähigkeit zu beweisen. Es geht nicht darum, mit den USA, Russland oder China militärisch mithalten zu wollen (dieser „deutsche Sonderweg“ ist seit 1945 erledigt), sondern darum, im Verbund von NATO und EU bzw. unter dem Dach der UNO politischen Einfluss auch militärisch untersetzt ausüben zu wollen und zu können.

Das deutsche Kapital ist wie kein zweites durch eine hohe Exportabhängigkeit und Transnationalisierung seiner Wertschöpfungsketten (über Auslandsinvestitionen) geprägt und auf den weltweiten Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten angewiesen. Es ist international verflochten und befürwortet deshalb eine interventionistische Außenpolitik. Das ist der Hintergrund für die inflationäre Ausweitung der Auslandseinsätze, nicht ein von anderen an Deutschland herangetragene Verantwortung.

Auch die aus Bündnissen entstehenden Verpflichtungen werden gern als Vorwand benutzt, um eigene Interessen zu verschleiern. Die Frage ist doch, warum ein Bündnis überhaupt besteht, oder warum es gebildet wird. Im Weißbuch 2016 wird angekündigt, dass es künftig mehr „anlassbezogene Ad-hoc-Kooperationen“ geben werde, um die Bundeswehr international in den Einsatz zu bringen. Das heißt: Ob UN-Missionen, ob NATO, ob Ad-hoc-Kooperation – die Bundeswehr operiert nicht nach vorgegebenen Verpflichtungen, sondern in den Bündnissen in dem Maße, das jeweils den eigenen anlassbezogenen Interessen entspricht.

Mit der Beteiligung an immer mehr internationalen Militäreinsätzen schafft die Bundesregierung Voraussetzungen, um in Zukunft selbst die Führung in Kriegseinsätzen zu übernehmen. Verteidigungsministerin von der Leyen fasste diese Strategie auf der Konferenz, mit der sie den Prozess zur Erstellung des neuen Weißbuchs im Februar 2015 eröffnete, zusammen: „Unsere Interessen haben keine unerrückbare Grenze, weder geografisch noch qualitativ.“ Für das internationale Engagement Deutschlands müsse gelten: „Kein Zugzwang, aber auch kein Tabu.“

A woman with short blonde hair, wearing a teal zip-up jacket and black gloves, stands in profile facing right. She is positioned in front of a line of German soldiers in camouflage uniforms and helmets. The soldiers are holding rifles. The woman's jacket has a small logo on the left chest that reads "VIERE ERADDER".

Bundeswehr:
Armee
im Wandel

Bundeswehr: Armee im Wandel

Bundeswehrreform: „Breite vor Tiefe“

Die Zunahme der militärischen Einsätze offenbart bald ein Problem: Die Ambitionen sind größer als die realen Mittel, die der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Die Einsatzorientierung ist teuer. Es fallen Kosten für die einzelnen Einsätze im Ausland an. Hinzu kommen die nicht unerheblichen Beiträge im Rahmen gewollter multilateraler Verpflichtungen, sei es im Rahmen von UN-Missionen, sei es im Rahmen von NATO und EU. Vor allem aber muss die militärische Ausstattung selbst angepasst werden. Einsätze in weit entfernten Gebieten erfordern den Aufbau von Transportkapazitäten. Die neu geschaffenen mobilen Truppenteile brauchen angepasste Ausrüstung. Jedes neue Vorhaben erfordert rüstungsinvestive Ausgaben über einen langen Zeitraum. Zugleich können laufende, langjährige Beschaffungsvorhaben nicht einfach abgebrochen werden. Aufaddiert mit der Instandhaltung und Modernisierung des verfügbaren Großge-

räts, sowie dem Grundbetrieb in Deutschland, übt die Neuausrichtung der Bundeswehr seit über zwei Jahrzehnten einen erheblichen Kostendruck auf den Bundeshaushalt aus.

Akut wurde das Problem mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008. Die im Folgejahr gewählte Koalition aus CDU/CSU und FDP setzte ganz auf Einsparungen im Haushalt. An der Einsatzorientierung der Bundeswehr sollte sich indes nichts ändern; vielmehr wurde das deutsche Kontingent in Afghanistan zu dieser Zeit substantiell aufgestockt. Jedoch standen die Ausgaben für eine Armee im Dauereinsatz im Widerspruch zur wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die ganz auf Kostensenkungen, nicht auf kreditfinanzierte Ausgabeprogramme setzte.

Eine Bundeswehrreform sollte den wachsenden Widerspruch zwischen globalen Ambitionen und selbst auferlegter fiskalischer Disziplin lösen. Unter Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, legte eine Strukturkommission Vorschläge zur Kostenreduzierung vor, auf deren Grundlage ab 2011 Veränderungen im Aufbau der Armee vorgenommen wurden. Dazu gehörte die Zusammenlegung von Einheiten innerhalb der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine, die Konzentrierung von Abteilungen des Verteidigungsministeriums in Berlin sowie die Stärkung der Stellung des Generalinspektors.⁷³ Von 394 Bundeswehrstandorten in Deutschland wurden 31 geschlossen und 91 verkleinert. Die tiefgreifendste Änderung bestand in der Aussetzung der Wehrpflicht. Der reduzierte Streitkräfteumfang wurde auf 185.000 Soldaten festgesetzt, darunter 170.000 Soldaten auf Zeit (SaZ) und Berufssoldaten, daneben bis zu 12.500 freiwillig Wehrdienstleistende und 2.500 Reservisten.⁷⁴

Das Konzept wurde als „Neuausrichtung der Bundeswehr“ vorgestellt. Tatsächlich war es das Ziel, Einsparungen zu erreichen, ohne an der strategischen Ausrichtung der Bundeswehr etwas zu ändern. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 hieß es in diesem Sinne: „Die Bundeswehr muss die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen. Gleichzeitig leistet auch der Verteidigungshaushalt einen Beitrag zu der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, den Bundeshaushalt zu konsolidieren“. Zur Gewährleistung der Einsatzorientierung, so heißt es an anderer Stelle, „müssen streitkräftegemeinsam, eskalations- und durchsetzungsfähige Kräfte gleichzeitig für Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten [...] gestellt werden können. Dafür sind zeitgleich rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten durchhaltefähig vorzuhalten.“⁷⁵

DIE LINKE lehnte das Konzept zur Umstrukturierung der Bundeswehr ab. Es sah nicht die Abschaffung, sondern bloß eine „Aussetzung“ der Wehrpflicht vor. Es bedeutete auch keineswegs eine Abrüstung. Mit der Bundeswehrreform hielt die Bundesregierung daran fest, eine mobilere, effektivere, kampffähigere Truppe zu schaffen. Die Aussetzung der Wehrpflicht war nur eine Begleiterscheinung dessen. Quantitative Abrüstung ging mit qualitativer Aufrüstung einher.

Es sollte sich zeigen, dass auch der grundlegende Widerspruch zwischen militärischer Einsatzorientierung und finanzpolitischem Sparkurs so nicht zu lösen war. Am Kostendruck im ausgabenintensiven Bereich der Ausrüstung und Beschaffung hat die Bundeswehrreform wenig geändert. Das Verteidigungsministerium formulierte zwar „Zielvorgaben“ für den Umfang der bereitzustellenden Fähigkeiten. Indes hielt die Reform daran fest, dass die Bundeswehr „auch künftig über

ein breites und flexibles militärisches Fähigkeitsspektrum verfügen soll“. Diese verklausulierten Formeln wurden unter dem Schlagwort „Breite vor Tiefe“ popularisiert: Die Bundeswehr soll weiter alles machen wie bisher, und auch das dafür notwendige Großgerät vorrätig haben, im Zweifelsfall aber in geringerer Stückzahl. Einheiten im Einsatz, insbesondere in Afghanistan, haben Vorrang. Einheiten im Manöver müssen sich im Bedarfsfall bei anderen Fahrzeugen und Waffen ausleihen.

Dieses von der Militärbürokratie als „dynamisches Verfügbarkeitsmanagement“ bezeichnete Vorgehen rief im Offizierskorps und in der Rüstungsindustrie massive Unzufriedenheit hervor. Insgesamt wurde eine Senkung der Verteidigungsausgaben trotzdem nicht erreicht. Laut Finanzplan sollten sie von 31,1 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2010 binnen vier Jahre auf 27,6 Milliarden Euro gedrückt werden. Doch dazu kam es nicht. Der im Einzelplan 14 ausgewiesene Verteidigungshaushalt stieg bis 2014 sogar leicht an, auf 32,4 Milliarden Euro.⁷⁶

Die Bundeswehrreform war so oder so kein Kurswechsel. Die schwarz-gelbe Regierung führte die Politik ihrer Vorgängerregierung im Wesentlichen fort. Ein einziges Mal setzte sie das um, was sie in ihrem Koalitionsvertrag als „Kultur der Zurückhaltung“ bezeichnet hatte. Im Jahr 2011 verzichtete sie auf eine Beteiligung am Luftkrieg über Libyen, den eine internationale Koalition unter Führung Frankreichs begonnen hatte. Das hatte nichts mit einer grundsätzlichen Abkehr des nach 1991 eingeschlagenen Interventionskurses zu tun, sondern war das Ergebnis einer Abwägung strategischer Interessen in Zeiten selbstverordneter Haushaltsdisziplin. Für die schwarz-gelbe Regierung hatte der Aufwuchs des deutschen Kontingents in Afghanistan absolute Priorität.

Der neue Konflikt mit Russland

Nach dem Ende des Kalten Krieges, zu Beginn der 1990er Jahre brachen erst der Warschauer Pakt, dann die Sowjetunion auseinander. Aber die NATO, deren Existenz stets mit der Drohung eines Einmarsches aus dem Osten begründet worden war, blieb erhalten. Seit dem Sieg im Kalten Krieg ist es Schritt für Schritt zur Neuaufteilung in Europa gekommen. Die NATO nutzte die Schwäche des russischen Rivalen aus, um in dessen vormaligen Einflussbereich nach Osten vorzurücken.

Versüßt wurde diese imperiale Politik mit Angeboten an Russland. 1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte abgeschlossen. Danach streben beide Seiten ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis an, um einen „gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraum zu schaffen“. Übersetzt hieß dies nichts anderes als die Anerkennung der Neuaufteilung Osteuropas durch Russland; im Gegenzug versprach die NATO, keine weiteren unilateralen Schritte durchzuführen, die die geostrategischen Interessen Russlands beeinträchtigen würden. Dieses Versprechen kristallisierte sich in der Vereinbarung, dass es in den neuen osteuropäischen NATO-Staaten zu keiner substanziellen Stationierung von Truppen anderer NATO-Staaten oder von Atomraketen kommen dürfe. Andere Schritte zur Vertrauensbildung wurden vereinbart, insbesondere die Einrichtung eines Beratungsgremiums, den NATO-Russland-Rat. Dieser soll über die Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und zur Begrenzung von Manöver-tätigkeit wachen.

Die zwischenstaatliche Konkurrenz lässt sich in der kapitalistischen Weltordnung indes nicht dauerhaft durch Verträge und Absichtserklärungen einhegen. Moskau nahm es hin, dass die drei baltischen Staaten

und ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen 2004 der NATO beitraten. Die offene Frage war, wie weit dieser Prozess noch gehen würde. Wie viele der anderen wirtschaftlich und geostrategisch schwachen Staaten, die aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangen sind, würde der Westen in seine Einfluss-sphäre zu ziehen suchen?

Zum offenen Konflikt kam es über ökonomische und geopolitische Interessen in der Ukraine. Diese ehemalige Sowjetrepublik ist eines der ärmsten Länder in Europa. Mit einer Fläche, die fast doppelt so groß ist wie die Deutschlands, verfügt es aber über ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Überdies ist die Ukraine als nördlicher Anrainerstaat des Schwarzen Meeres strategisch bedeutsam. 2013 legte die EU der ukrainischen Regierung ein Assoziierungsabkommen vor, das die Kappung der wirtschaftlichen Bindungen an Russland zur Voraussetzung hatte. Dies musste zur Zerreißprobe in der Ukraine führen, dessen Wirtschaft mit EU-Europa und Russland gleichermaßen eng verwoben war. Nachdem der Westen über Jahre militärisch immer weiter nach Osten vorgedrungen ist, nutzte er nun seine wirtschaftliche Stärke, um russische Interessen auch aus der Ukraine hinauszudrängen – mit der Perspektive, das Land künftig auch enger an die NATO heranzuführen. Moskau reagierte militärisch, annektierte im März 2014 die Halbinsel Krim und unterstützt seitdem Sezessionsbestrebungen im Osten des Landes.

Die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen West und Ost ist in militärische Konkurrenz umgeschlagen. Ein neuer Rüstungswettlauf ist die Folge. Beide Seiten demonstrieren Stärke und provozieren sich durch eine seit den 1980er Jahren nicht mehr gekannte Manöver-tätigkeit. Anders als von der Bundesregierung dargestellt, wurde und wird dieser Prozess durch

Osterweiterung der Nato seit 1990

1990

1999

2004

2009

Beitritts-
kandidatenBeitritt
beantragt

Belgien
Dänemark
Deutschland
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Island
Italien
Luxemburg
Niederlande
Norwegen
Portugal
Spanien
Türkei

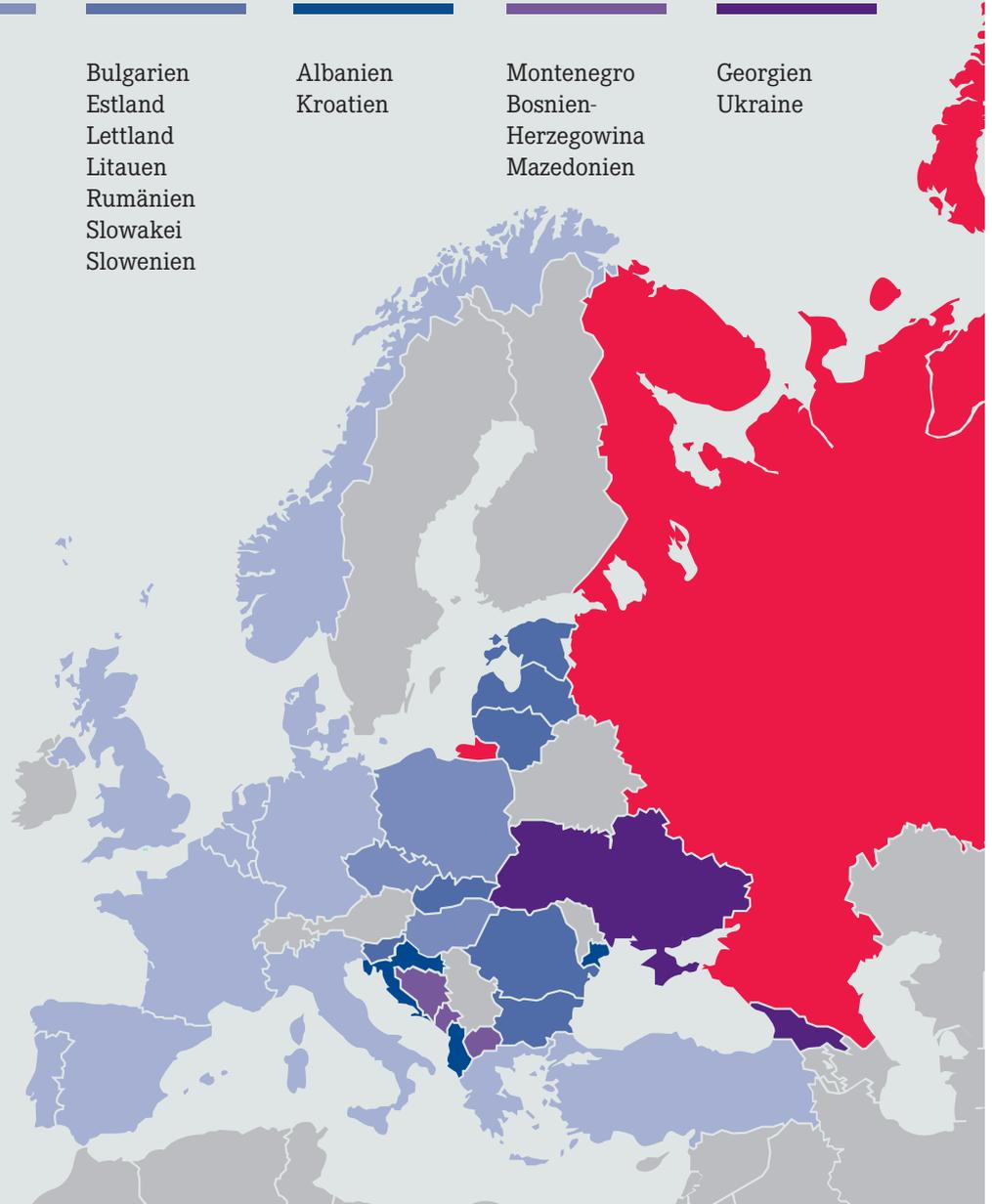
Polen
Tschechien
Ungarn

Bulgarien
Estland
Lettland
Litauen
Rumänien
Slowakei
Slowenien

Albanien
Kroatien

Montenegro
Bosnien-
Herzegovina
Mazedonien

Georgien
Ukraine



die NATO massiv angeheizt. Auf ihrem Gipfel 2014 in Wales beschloss das westliche Bündnis einen „Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit“ in Osteuropa. Dieser sieht die Vorverlegung von Tausenden Soldaten in Richtung russische Grenze vor – ein offener Bruch der NATO-Russland-Grundakte. Weitere Maßnahmen des Aktionsplans sehen die intensiviertere Durchführung militärischer Großübungen im Schwarzen Meer und im Ostseeraum sowie zu Lande in Osteuropa vor, die Verstärkung der Luftraumüberwachung über dem Baltikum in voller Kampfbereitschaft und schließlich den Aufbau einer so genannten „Speerspitze“ innerhalb der Nato Response Force. Bei dieser „Gemeinsamen Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft“ – englisch: Very High Readiness Joint Task Force – handelt es sich um ein Landstreitkräftekontingent von 5.000 Soldaten, das mit Unterstützung durch Komponenten von Luft- und Seestreitkräften innerhalb von zwei bis drei Tagen in Osteuropa kampfbereit sein soll. Es ist Teil einer größeren Eingreiftruppe, der NATO Response Force, die von 13.000 auf 30.000 Soldaten erweitert wurde. Seit 2016 ist die Speerspitze voll einsetzbar. Es wurden ständige logistische Stützpunkte in sechs osteuropäischen Staaten eingerichtet, um die Kräfte der Eingreiftruppe im Falle einer Entsendung aufzunehmen.

Diese Maßnahmen sind Teil einer gegen Russland gerichteten Einkreisungspolitik, die ungeachtet der steigenden Kriegsgefahr fortgesetzt wird. Im Vorfeld des NATO-Gipfels 2016 in Warschau schlug der rumänische Präsident Klaus Johannis eine regionale Initiative zur militärischen Zusammenarbeit der NATO-Länder Türkei, Bulgarien und Rumänien im Schwarzen Meer vor. Dies würde die Einbindung der ukrainischen Marine an der Südflanke Russlands auf die Tagesordnung setzen. Daneben treibt die NATO den Aufbau eines so genannten Raketenabwehrschirms in Rumänien und

Polen voran. Moskau hat bereits als Gegenreaktion mit der Stationierung russischer Kurzstreckenraketen im Gebiet Kaliningrad an der Ostseeküste gedroht, die Deutschland binnen Minuten erreichen würden. Dies alles bedeutet: Die NATO arbeitet daran, die alpträumerhafte nukleare Konfrontation des Kalten Krieges wiederherzustellen.

Das gefährliche Säbelrasseln zwischen NATO und Russland ist ein ungleicher Konflikt. Russland hat mit Weißrussland einen Verbündeten in der Region. Die NATO stellt das Bündnis der Supermacht USA mit 27 anderen mittleren und kleineren Mächten da. Im Jahr 2015 gaben sie zusammen rund 900 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, das ist deutlich mehr als die Hälfte der globalen Militärausgaben. Russlands Militärhaushalt betrug im selben Jahr umgerechnet 58,3 Milliarden Dollar. Dies entspricht nicht mehr als 6,5 Prozent der addierten NATO-Militärausgaben. Die US-Militärausgaben allein übersteigen den russischen Militärhaushalt um das Zehnfache.⁷⁷

Strategische Neuausrichtung der Bundeswehr

Die neue Feindschaft zwischen NATO und Russland hat tiefgreifende Konsequenzen für die Bundeswehr. Das deutsche Kapital steht in einem ambivalenten Verhältnis zu Russland. Das Land ist ein wichtiger Gaslieferant für EU-Europa. Viele Unternehmen pflegen enge Geschäftsbeziehungen nach Russland. Sie sind an einem Einfrieren des Konflikts in der Ukraine interessiert. Zugleich stoßen die Maßnahmen, die die NATO im neuen Ost-West-Konflikt ergriffen hat, in den herrschenden deutschen Kreisen nicht auf nennenswerten Widerstand. Das strategische Gesamtinteresse an einer Konfrontation mit Russland überwiegt offensichtlich wirtschaftliche Einzelinteressen.

Kaum im Amt nutzte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Gelegenheit, um sich in der NATO nach vorne zu drängen und „Verantwortung“ zu übernehmen. Der Konflikt mit Russland bietet die Möglichkeit, als europäische Führungsmacht vor der eigenen Haustür tätig zu werden – mit der Unterstützung der USA im Rücken. Es handelt sich hier augenscheinlich um eine strategische Neuausrichtung. An der Orientierung auf Auslandseinsätze außerhalb des Nato-Bündnisgebietes wird festgehalten – von der Leyen hat diesbezüglich die Frequenz noch einmal erhöht. Doch daneben treten verstärkt Anstrengungen zur „Landes- und Bündnisverteidigung“ in Europa. Das ist faktisch die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg mit Russland. Das Weißbuch 2016 reflektiert diese Neuausrichtung. Begonnen hat sie 2014. Alle Teilstreitkräfte der Bundeswehr sind daran beteiligt.

Das Heer übernahm eine Führungsrolle beim Aufbau der sogenannten Nato-Speerspitze. In der Testphase im Jahr 2015 stellte die Bundeswehr rund 2.700 Soldaten bereit, das heißt mehr als die Hälfte des Gesamtkontingents. Beteiligt waren vor allem das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg (Sachsen) und das Deutsch-Niederländische Heereskorps aus Münster, wo zunächst auch der vorläufige Sitz der ultraschnellen Eingreiftruppe eingerichtet wurde. Die deutschen Kräfte des Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin wurden aufgestockt, da die Speerspitze künftig von hier ausgeführt werden soll. Bei dem Korps handelt es sich um eines der schnell verlegbaren Hauptquartiere der NATO, das vom deutschen Heer in Zusammenarbeit mit polnischen und dänischen Streitkräften getragen wird.⁷⁸

Auf ihrem Gipfel in Warschau 2016 beschloss die NATO auch die Vorverlegung von 4.000 Soldaten nach Polen und in die drei baltischen Staaten. Sie sollen rotieren, aber in jedem Land von je einem NATO-

Mitglied geführt werden. Auch hier stellte sich die Bundesregierung in die vorderste Reihe. Deutschland übernimmt in Litauen fortan die Rolle als „Rahmation“ zusammen mit Norwegen, Belgien und den Niederlanden. Die Bundeswehr wird in dem baltischen Staat an der russischen Grenze ein Bataillon mit rund 1.000 Soldaten führen.

Auch die Luftwaffe ist im Rahmen des 2014 beschlossenen NATO-„Aktionsplans zur Reaktionsfähigkeit“ im Baltikum aktiv. Zu diesem Zweck wurde das seit NATO-Beitritt der baltischen Staaten stattfindende regelmäßige Air Policing verstärkt. Air Policing heißt sinngemäß: „auf Polizeistreife im Luftraum gehen“; „verstärktes“ Air Policing bedeutet, dass die eingesetzten Jagdflugzeuge nicht nur Präsenz zeigen, sondern mit voller Waffenladung ausgerüstet sind. Sie patrouillieren seit 2014 direkt an der Grenze zu Russland mit sofort einsetzbaren Luft-Luft-Lenkflugkörpern. Seit Beginn des Air Policing im Baltikum zählt Deutschland neben Polen und den USA zu den wichtigsten Truppenstellern. Im September 2016 wird das Taktische Luftwaffengeschwader 74 aus Neuburg das achte Mal für vier Monate auf die Luftwaffenbasis Ämari in Estland verlegt, um die Luftwaffe anderer NATO-Staaten abzulösen. Beteiligt sind an diesen Drohmissionen jeweils rund 200 Soldaten aus Luftwaffe und Streitkräftebasis der Bundeswehr. Das Oberkommando für das Verstärkte Air Policing hat der NATO-Führungsgefechtsstand am Luftwaffenstandort Kalkar/Uedem inne, das Combined Air Operations Centre Uedem (CAOC Uedem). Von dort aus erfolgt die logistische und organisatorische Koordination, gegebenenfalls auch die Entscheidung zu einem Waffeneinsatz.

Den Anspruch als europäische Führungsmacht unterstreicht Deutschland seit Ausbruch des Konflikts mit Russland auch im Rahmen multilateraler Marine-Einsätze. Im April 2014 kündigte der damalige NATO-

Generalsekretär Fogh Rasmussen an, NATO-Schiffe würden „in die Ostsee, in das östliche Mittelmeer und nötigenfalls anderswohin“ in Marsch gesetzt.⁷⁹ Sechs Wochen später leitete der Tender Elbe mit rund 45 Soldaten Besatzung einen Minenräum-Verband der Nato in der Ostsee. Seitdem hat die Deutsche Marine in dem Gewässer zahlreiche Schiffe im Rahmen von Seemanövern bereitgestellt. Das ist keine vorübergehende Verschiebung von Kräften, sondern eine grundlegende strategische Umorientierung. Vizeadmiral Andreas Krause, Inspekteur der Deutschen Marine, definierte in einer Grundsatzrede im Februar 2016 drei Operationsräume. Die Anstrengungen der Deutschen Marine müssten künftig „in drei Richtungen verlaufen: in den Nordflankenraum, insbesondere die Ostsee; in den Südflankenraum mit dem Mittelmeer; und globale Kenntnis und angemessene Präsenz mit Schwerpunkt im Indischen Ozean.“ Die Hauptanstrengung bilde die Ostsee, „unserem unmittelbarem maritimen Umfeld“. Die Deutsche Marine trage dort als „größte regionale Marine mit dem breitesten Fähigkeitsspektrum eine besondere Verantwortung“, sie wolle im Sinne des Rahmennationenkonzeptes „Anlehnung bieten“.⁸⁰ Ins Konkrete übersetzt heißt das: Gegenüber der US Navy ist die Deutsche Marine klein, im Verhältnis zu Polen oder den baltischen Staaten stellt sie eine Macht dar.

Schließlich beteiligt sich Deutschland auch an Maßnahmen im Zusammenhang mit dem neuen nuklearen Rüstungswettlauf. Die Gesamtkosten für den Aufbau von Basen des NATO-Raketenabwehrschirms in Rumänien und Polen betragen laut Bundesregierung 1,03 Milliarden Euro. Deutschland wird sich daran laut Nato-Vereinbarung mit 14,6 Prozent beteiligen, das entspricht rund 150 Millionen Euro.⁸¹

Alle diese Maßnahmen sollen, wie es heißt, „der Abschreckung gegen Russland dienen“. Die spiegel-

bildlichen Maßnahmen Russlands werden indes als „Bedrohung“ definiert. Um diesen Widerspruch zu verwischen, wurde der russischen Seite eine qualitativ andere Form von Konfliktführung angedichtet. Die russischen Streitkräfte führten in der Ukraine einen „hybriden Krieg“, von Moskau gingen „hybride Bedrohungen“ aus. Was sich so unheimlich anhört, ist im Wesentlichen Propaganda. Die „hybride Bedrohung“ ist ein Kampfbegriff, der davon ablenken soll, dass nicht nur Russland, sondern auch die NATO-Staaten wie eh und je nicht nur mit offener militärischer Gewalt drohen, sondern auch Mittel der Propaganda, der Spionage und zivil-militärischer Subversion anwenden.

„Trendwende“: Aufrüstung ohne Obergrenzen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor dem NATO-Gipfel 2016 das Ziel bekräftigt, „auf mittlere und längere Sicht“ zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für den Verteidigungshaushalt bereitzustellen.⁸² Das Bekenntnis wurde auch früher regelmäßig abgegeben, ohne dass es beherzigt wurde. Seit Jahren liegt der deutsche Verteidigungshaushalt bei etwa 1,2 Prozent des BIP. Mit dem erneut eskalierenden Ost-West-Konflikt soll sich das ändern. Es droht eine massive Aufrüstung der Bundeswehr.

Die ersten Schritte in diese Richtung wurden bereits eingeleitet. Im Februar 2015 distanzierte sich Verteidigungsministerin von der Leyen in einem Interview mit der hauseigenen Redaktion der Bundeswehr von dem Prinzip Breite vor Tiefe: „Wir brauchen dringend bei einzelnen Schlüsselfähigkeiten mehr Durchhaltetiefe“, so die Ministerin. Das war nichts anderes als die Ankündigung, ausgesuchte Bereiche der Armee mit zusätzlichem Großgerät aufzurüsten. Von der Leyen kündigte konkrete Maßnahmen an: „In einem

Kampfbegriff: hybride Kriegführung

Der Westen zeigt mit dem Finger auf Moskau, um von gleichgearteten Maßnahmen abzulenken. Was im Falle Russlands als „hybride Aggression“ beigeißelt wird, bezeichnet die Bundesregierung mit Blick auf die eigenen Aktivitäten als „Resilienz“. Das hört sich defensiv an. Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket auf europäischer Ebene vorangetrieben. Am 6. April 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Initiative „Gemeinsamer Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen, die Stärkung

der Resilienz der EU, ihrer Mitgliedstaaten und Partnerländer und den Ausbau der Zusammenarbeit mit der NATO bei der Bekämpfung solcher Bedrohungen“. Das Papier enthält Vorschläge für 22 operative Maßnahmen. Sie dienen laut EU-Kommission dem Zweck, eine gemeinsame Antwort der Mitgliedstaaten auf hybride Angriffe zu erarbeiten und die Verknüpfung von innerer und äußerer Sicherheit zu intensivieren. Auch Geheimdienste sollen sich an der Abwehr von hybriden Angriffen unterhalb der Schwel-

le militärischer Gewalt beteiligen. Als konkrete Maßnahme soll in Brüssel innerhalb des EU-Geheimdienstes Intelligence and Situation Centre (INTCEN) eine „Hybrid Fusion Cell“ entstehen. Die Zelle soll mit Europol und der Grenzagentur Frontex zusammenarbeiten, mit dem Computersicherheits-Ereignis- und Reaktionsteam der EU (CERT-EU), sowie mit der Abteilung gegen „hybride Bedrohungen“ bei der NATO. Anvisiert sind unter anderem gemeinsame Übungen „auf politischer und technischer Ebene“.

ersten Schritt wollen wir zum Beispiel mit der Praxis Schluss machen, dass wir überschüssiges gutes Material, beispielsweise Leopard 2, abgeben oder verschrotten.“ Ein bisher weitgehend nur auf dem Papier bestehendes Bataillon im niedersächsischen Bergen soll aktiviert und mit Panzern und Personal aufgefüllt werden. Bereits im November 2015 hatte sich die Große Koalition im Haushaltsausschuss überraschend in den letzten Haushaltsberatungen für die Anschaffung zusätzlicher Radpanzer vom Typ Boxer im Wert von 620 Millionen Euro entschieden.

Die Entscheidung, die fünf Jahre zuvor festgelegten Vorgaben bei der Ausstattung im ersten Schritt bei den Panzern zu durchbrechen, ergab sich direkt aus der strategischen Neuausrichtung. Nach 1991 wurden 90 Prozent der Panzerwaffe abgeschmolzen. Die Bundeswehr ging davon aus, dass Panzerschlachten auf dem europäischen Kontinent der Vergangenheit angehören. Die Entscheidung für die Wiederaufrüstung mit Kampfpanzern vom Typ Leopard zeigt an, dass die Planer der deutschen Streitkräfte sich erneut mit einem möglichen Landkrieg gegen Russland beschäftigen.

Im Januar 2016 erklärte von der Leyen schließlich im Verteidigungsausschuss des Bundestages, dass die im Zuge der Bundeswehrreform vorgesehene „zielvorgabenorientierte Ausrüstung“ mit festen planerischen Obergrenzen der Vergangenheit angehört. Sie werde durch eine „aufgabenorientierte“ Ausstattung ersetzt. Dieses Prinzip gilt fortan auch für die Truppenstärke. Die 2011 festgelegte Obergrenze von 185.000 Planstellen für Soldaten und 56.000 für zivile Mitarbeiter wurde aufgehoben. Von der Leyen nennt das einen „atmenden Personalkörper“.

Die Aufrüstung mit Panzern sollte, wie angekündigt, nur der erste Schritt sein. Im März 2016 legte das Verteidigungsministerium eine Liste vor, die rund 1600 einzelne Bedarfe an Rüstungsinvestitionsmaßnahmen bis zum Jahr 2030 definiert. Kein Bereich ist ausgenommen. In dem dazugehörigen Bericht heißt es, die aufgabenorientierte Ausstattung sei als „dynamische Größe zu verstehen“, unterliege anlassbedingt auch kurzfristigen Änderungen. Alles folgt nun einer veränderten Prioritätensetzung: „Ein maßgeblicher Treiber der Struktur und Ausstattung muss die Aufgabe der

Geplante Aufrüstungsprojekte des Heeres

Waffensystem	Bisherige Obergrenze gemäß Zielvorgabe 2011	Neuer Bedarf laut BMVg (Stand März 2016)
Kampfpanzer	225 Leopard-2	320 Leopard-2
Schützenpanzer	350 Puma	538 Puma (und Marder als Option)
Transportpanzer	1.170 (Boxer und Fuchs)	1.300 (Boxer und Fuchs)
Panzerspähwagen	217 Fennek	248 Fennek
Panzerhaubitzen	89 PzH 2000	101 PzH 2000

Landes- und Bündnisverteidigung sein. Aus diesem ‚Single Set of Forces‘ heraus müssen auch alle anderen Aufgaben erfüllt werden.“⁸³

Die allumfassende Aufrüstung fällt in drei unterschiedliche Kategorien.

- 1) Bei den Beschaffungen zusätzlichen Materials v.a. im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Russland geht es um Kampfpanzer, Radpanzer, geschützte Fahrzeuge oder Ausstattungssätze der High-Tech-Kampfrüstung „Infanterist der Zukunft“ (IdZ), sowie „Ergänzungsbeschaffungen für eine breite Munitionspalette, um die Bevorratung zu erhöhen“.
- 2) Die Maßnahmen zur Modernisierung bereits vorhandenen, aber technisch veralteten Materials betreffen die Ersetzung der Transporthubschrauber vom Typ CH 53, die Ablösung der Flottendienstboote, der Minenabwehreinheiten und der Betriebsstofftanker, den aus den 1970er Jahren stammenden Fuhrpark, den Ersatz der Funkgeräte und die Ersetzung von Brückenlege- und Pionierpanzern.
- 3) Hinzu kommen Maßnahmen „zur qualitativen Erweiterung des Fähigkeitsspektrums der Bundeswehr“ für die zukünftigen Auslandseinsätze. Dies umfasst die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne, eines neuen Taktischen Luftverteidigungssystem zum Abschuss feindlicher Raketen oder die laufende Beschaffung des Kampfhubschraubers UH Tiger.

Das alles ist nur umzusetzen, wenn der Verteidigungshaushalt spürbar erhöht wird. Das Ministerium fordert in einem Schreiben an die Abgeordneten des Verteidigungsausschusses: „Die Ausgaben für Vertei-

digung müssen über die nächsten Jahre schrittweise deutlich ansteigen und dann verstetigt werden.“⁸⁴ Ziel sei es, den Anteil der Rüstungsinvestitionen – also des Bereiches, der die Beschaffung und Modernisierung von Waffen und Rüstungsgütern betrifft – von etwa 14 auf 20 Prozent der Gesamtausgaben für Verteidigung zu steigern. Der Bedarf allein für diesen Ausgabenbereich betrage 130 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030.

Der Boden für eine gestiegene Akzeptanz der Aufrüstungsbestrebungen wurde durch eine zwei Jahre währende, mitunter übernervös geführte Debatte um die vermeintlich mangelhafte Ausrüstung der deutschen Streitkräfte bereitet. Im September 2014 erklärte der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat: „die Bundeswehr wird kaputt gespart“.⁸⁵ Im Februar 2015 wurde ein interner Bericht aus der Bundeswehr über Ausstattungsmängel an die Öffentlichkeit gespielt. Medien erweckten auf Grundlage dessen den Eindruck, die Bundeswehr zöge regelmäßig mit Besenstielen anstelle von Waffenrohren ins Manöver.⁸⁶ Der Journalist Christoph Prössl behauptete: „Seit 1990 sinkt der Verteidigungshaushalt kontinuierlich. Die Friedensdividende ist aufgebraucht, jetzt soll das Budget wieder steigen. Keine fehlenden Nachtsichtgeräte mehr oder Panzerbataillone ohne Panzer.“⁸⁷

Das ist Unsinn. Der deutsche Militärhaushalt ist über Jahre aufgestockt worden, von umgerechnet 24,4 Mrd. Euro (1999) auf 32,4 Mrd. Euro (2014). Dies ungeachtet der Tatsache, dass der Sparbeschluss von 2010 die Absenkung des Etats binnen vier Jahre auf 27,6 Milliarden vorsah. 2016 stieg der Verteidigungshaushalt auf 34,3 Milliarden Euro, 2017 wächst er um weitere 6,8 Prozent auf 36,6 Milliarden Euro. Gemäß Finanzplan wird sich der Aufwuchs fortsetzen, bis 2020 auf 39,1 Milliarden Euro. Hervorzuheben ist das überproportionale Wachstum der rüstungsinvestiven Ausgaben, die

von 2016 auf 2017 um 636 Millionen Euro anwachsen – ein Plus von zwölf Prozent.

Ministerin von der Leyen sprach im Zusammenhang mit dem Verteidigungshaushalt 2017 von einer „Trendwende“.⁸⁸ Tatsächlich ist lediglich der Aufwuchs beschleunigt worden. Doch aus einer anderen Perspektive ergeben die Äußerungen Sinn. Die deutschen Interessen sind grenzenlos, wie Ursula von der Leyen 2015 formulierte. Sie meint die Interessen des deutschen Kapitals, das wie kein zweites in Europa exportorientiert und auf den Weltmärkten präsent ist. Ihr geht es darum, die Kluft zwischen wirtschaftlicher Größe einerseits und der im Vergleich dazu militärischen Mittelmäßigkeit andererseits zu verringern. Denn wenn auch die Militärausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind, so ist doch der in Deutschland produzierte Reichtum ungleich stärker gewachsen. Das heißt in Zahlen: gemessen am Bruttosozialprodukt ist der Anteil der Militärausgaben über die letzten 25 Jahren von rund zwei auf gut 1,2 Prozent gefallen. Hier ist aus Sicht der Geostrategen Luft nach oben. Wenn das NATO-Ziel von zwei Prozent erreicht werden würde, dann bedeutet dies nach aktuellen Zahlen einen Anstieg des Verteidigungshaushaltes von unter 35 Milliarden Euro auf rund 60 Milliarden Euro.

Abseits des Scheinwerferlichts räumen verantwortliche Militärs ein, dass die Ausstattung der Bundeswehr nicht so schlecht ist, wie öffentlich herbeigeredet. So betonte Heeresinspekteur Vollmer im Februar 2016: Das Heer verfüge „über modernes Gerät, welches uns angesichts sehr unterschiedlicher Bedrohungslagen in den verschiedenen Einsatzgebieten flexibel, reaktionsfähig, vor allem aber durchsetzungsfähig macht. Wir verfügen gerade hier über eine weitgehend bedarfsgerechte Ausstattung.“⁸⁹ Im Sommer 2016, nachdem die „Trendwende“ durchgesetzt war, räumte Ministerin von

der Leyen nüchtern ein: „Die Bundeswehr gehört trotz allem zu den stärksten Armeen dieser Welt.“⁹⁰

Agenda Rüstung – Verschwendung mit System

Die sogenannte Pannenserie bei der Bundeswehr in den Jahren 2014 bis 2016 hat nicht gezeigt, dass die Bundeswehr „kaputt gespart“ wurde. Sondern, dass Steuermittel in gigantischem Ausmaß verschwendet wurden – und weiter werden. Zu Beginn ihrer Amtszeit ließ die Verteidigungsministerin von Wirtschaftsberatungsunternehmen eine „Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte“ erstellen.⁹¹ Geprüft wurden neun Vorhaben mit einem Volumen von zusammen 56 Milliarden Euro. Im Kern kam das Gutachten zu dem Urteil, dass beinahe alle Rüstungsbeschaffungen zu teuer geraten, zu spät und mit Mängeln ausgeliefert werden. Seitdem lieferte ein sogenanntes Rüstungsboard drei Berichte zu den 15 wichtigsten Großvorhaben, die den Befund im Detail bestätigen. Der erste Bericht des sogenannten Rüstungsboards kam im März 2015 zu dem Ergebnis, dass die 15 größten Beschaffungsprojekte 12,9 Milliarden mehr als ursprünglich veranschlagt kosteten. Seitdem steigt die Summe kontinuierlich.

Eines der strukturellen Grundprobleme liegt in dem Einfluss einiger weniger Rüstungslieferanten, die im Regelfall von Beginn an in Beschaffungsvorhaben integriert sind. Um ein neues Projekt politisch durchzusetzen, werden die erwarteten Kosten viel zu niedrig angesetzt. Ist das Projekt erst einmal im Gange, kommt es dann Schritt für Schritt zu Kostensteigerungen. Überdies hat das Ministerium in der Vergangenheit offenbar Verträge abgeschlossen, die sehr vorteilhaft für die Industrie waren und zum Beispiel die Frage der Instand-

haltung nicht berücksichtigt haben. In den seltensten Fällen sind Kompensationszahlungen bei Nichterfüllung der Auftragsbedingungen vorgesehen. Der sorglose Umgang mit Steuergeldern ist skandalös. Beim Militärtransporter A400M wurde die Direktvergabe des Rahmenvertrags nicht ausreichend begründet, beim Eurofighter gab es kein Vertragsüberwachungssystem. Offenbar werden systematisch industriefreundliche Verträge vergeben. Der Lobbyismus der wenigen Rüstungshersteller und ihr enger Draht zum Verteidigungsministerium zahlen sich für die Unternehmen aus.

Ein genauer Blick auf die Mängellisten zeigt, dass nicht alle Bereiche der Bundeswehr in gleichem Maße betroffen sind, sondern insbesondere Luftfahrzeuge, darunter die Hubschrauber von Marine und Heer, der Lufttransport und die Kampfflugzeuge der Luftwaffe. Daneben U-Boote und Transportpanzer. Das heißt, es geht um wartungsintensive Bereiche der Rüstungstechnik. Ministerin Ursula von der Leyen selbst erklärte: Weil Deutschland sich stark auf Auslandseinsätze konzentriert habe, seien für andere Aufgaben weniger Kapazitäten frei gewesen. So sei die Produktion von Ersatzteilen gedrosselt worden und auch Wartung und Inspektion verliefen schleppend. Die aktuellen Probleme sind mithin ein Ergebnis der Überdehnung der Bundeswehr. Seit 1999 wurde die Bundeswehr auf Biegen und Brechen in immer mehr Auslandseinsätze geschickt. Dies war eine bewusst vorgenommene, politische Prioritätensetzung. Wartung und Instandhaltung des Materials, sowie der gesamte Grundbetrieb wurden dem untergeordnet.

Im Übrigen nimmt das Ministerium die Kostenexplosionen auch deshalb in Kauf, um so die heimische Rüstungsindustrie verdeckt zu subventionieren. Da im internationalen Konkurrenzkampf die Existenz einer nationalen Rüstungsindustrie als ein strategischer

Trumpf angesehenen wird, werden deutsche Unternehmen bedient, als hätten sie ein Monopol. In dem Bericht des Verteidigungsministeriums zur aufgabenorientierten Ausstattung heißt es, der Erwerb neuer Fähigkeiten der Bundeswehr „dient der Zukunftsfähigkeit der deutschen Streitkräfte – und indirekt auch der deutschen wehrtechnischen Industrie, vor allem in den Bereichen der Schlüsseltechnologien.“⁹²

Dort, wo die Bundesregierung zum Zweck des Erhalts einer eigenständigen deutschen Rüstungsindustrie europäische Entwicklungen vorzieht, anstatt sich kostensparend auf dem Waffenmarkt auszustatten, kommen erhebliche Extrakosten auf die Steuerzahler zu. Allein die Beschaffung des Militärtransportflugzeuges A400M – ein strategisch bedeutsames Projekt angesichts der vielen Auslandseinsätze – schlägt mit Gesamtkosten von insgesamt 9,5 Milliarden Euro zu Buche (Stand 2016). Vergleichbare Summen wird die Ersetzung des amerikanischen Luftverteidigungssystems Patriot durch das ungleich teurere europäische System MEADS verschlingen, ebenso wie die Ersetzung israelischer Kampfdrohnen vom Typ Heron TP durch die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne unter deutscher Führung.

Einige Rüstungsvorhaben im Detail

■ Puma

Der Schützenpanzer Puma soll das veraltete Modell Marder ablösen. Durch die geplante Integration des Panzerabwehrraketensystems MELLS wird der Puma zur Bekämpfung von Kampfpanzern, Bunkern sowie Zielen hinter Deckungen befähigt. Er soll das dynamische Gefecht gemeinsam mit dem Kampfpanzer Leopard 2 führen können. Es handelt sich um ein 2002 begonnenes, rein national geführtes, auf

den Einsatz in entfernten Regionen ausgerichtetes Projekt. Besonderer Wert wurde auf die Fähigkeit zum Lufttransport im künftigen Transportflugzeug A400M gelegt. Der Stückpreis erhöhte sich von 6,5 Millionen Euro auf 9,9 Millionen Euro (2016). Damit ist der Puma einer der teuersten Schützenpanzer der Welt. So kam es dazu, dass ungeachtet der um 55 reduzierten Stückzahl die Gesamtkosten gegenüber der ursprünglichen Planung um 1,185 Milliarden angestiegen sind. Das entspricht einem Plus von 36 Prozent. Weitere zu erwartende Kostensteigerungen sind laut Rüstungsboard „nicht näher quantifizierbar“. Allein die beabsichtigte Integration von MELLIS könnte die Kosten um mehr als 50 Prozent erhöhen. Die endgültige Auslieferung der bei dem Panzerbauer KMW bestellten 350 Fahrzeuge verzögert sich nach jetzigem Stand um 54 Monate. Auch wenn daran der Hersteller Schuld ist, muss er nicht haften. Der Grund: Vertragsstrafen wurden im Beschaffungsvertrag nicht vereinbart, da sie „aufgrund der Monopolstellung des Auftragnehmers nicht durchsetzbar waren“, so das Verteidigungsministerium.

■ Boxer

Das Gepanzerte Transport-Kraftfahrzeug Boxer ist ein Allradfahrzeug, das Gruppen von bis zu acht Infanteristen im Einsatzgebiet transportieren kann. Das Verteidigungsministerium hat 272 Fahrzeuge über die europäische Rüstungsagentur OCCAR bestellt – ursprünglich veranschlagte Kosten: 962 Mio. Euro, tatsächliche Kosten (2016): 1,347 Milliarden Euro, Abweichung: 36 Prozent. Der Zukauf von 131 weiteren Fahrzeugen ab 2017 ist veranlasst.

■ Tiger

Der sogenannte Unterstützungshubschrauber Tiger ist in Wirklichkeit ein Kampfhubschrauber. Er ist unter der Kohl-Regierung zusammen mit Frankreich und

Spanien bei Airbus sowie einem Konsortium europäischer Triebwerkhersteller in Auftrag gegeben worden, um der US-amerikanischen Vorherrschaft im Bereich der Kampfhubschrauber etwas entgegenzusetzen. Der Tiger kann auch bei Schlechtwetter und in der Nacht eingesetzt werden. Durch die zwischenzeitliche Umsteuerung des Projekts vom reinen Panzerabwehr- zum mehrrollenfähigen Unterstützungshubschrauber kam es zu deutlichen Preissteigerungen. Der UH Tiger ist sowohl in Auslandseinsätzen, z.B. in Mali, als auch in einem möglichen Krieg in Osteuropa gegen russische Panzer einsetzbar. Immer wieder gab es Lieferschwierigkeiten. Der Erstflug fand 1991 statt, doch es sollte noch weitere zwölf Jahre bis zur Indienststellung dauern. Die Anzahl der bestellten Hubschrauber wurde von 80 auf 68 reduziert, dennoch liegen die 2016 geschätzten Projektausgaben um mehr als 980 Millionen Euro über den ursprünglich veranschlagten Kosten. Das entspricht einem Plus von 24 Prozent.

■ NH 90

Der NATO-Hubschrauber NH 90 ist ein Mehrzweckhubschrauber für Heer und Marine („Sea Lion“). Er hat vornehmlich Aufgaben für den taktischen Personen- und Materialtransport. Das Projekt geht auf eine 1991 geschlossene Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden zurück. 2010 erhielt die Bundeswehr die ersten Helikopter, die von einer Expertengruppe eingehend getestet wurden. Ihr Urteil war vernichtend. Sie kamen zu dem Schluss, dass, wann immer es möglich sei, alternative Luftfahrzeuge zum Transport von Infanteriekräften zu nutzen seien. Die Mängelliste ist lang und skurril. Zum Beispiel ermöglicht die geringe Bodenfreiheit Soldaten nur auf befestigtem Boden den Ausstieg. Außerdem ist die Heckrampe nicht für den Ausstieg ausgerüsteter Soldaten geeignet, da deren Konstruktion zu

schwach ist. Der Innenraum des NH90 ist derart eng bemessen, dass eine Infanteriegruppe mit Gepäck für 24 Stunden nur dann in den Hubschrauber passen würde, wenn sie ihre Waffen und das Gepäck ohne Sicherungen auf den Boden legen. Diese Beengtheit macht außerdem die Anbringung eines Bordgeschützes praktisch unmöglich, weshalb der Helikopter im Ernstfall mit anderen Mitteln verteidigt werden müsste. Zu guter Letzt können schwere Waffen aufgrund fehlender Gurte nicht transportiert werden. Im Dezember 1999 wurden für die Beschaffung von 134 Hubraubern knapp 2,4 Milliarden Euro veranschlagt. Obgleich die bestellte Stückzahl massiv reduziert wurde, sind die Kosten bis 2014 auf 4,4 Milliarden Euro angewachsen. Verzögerungen entstanden insbesondere durch widerstreitende Projektziele der beteiligten Staaten und langwierige Entscheidungsprozesse innerhalb der für die Projektorganisation gegründeten multinationalen Struktur NAHEMO. Das Rüstungsboard droht: Falls gemeinsame Lösungen bei bestimmten Projektbereichen nicht gefunden werden, müssten „zusätzliche nationale Entwicklungen und Beschaffungen initiiert werden“. Dies würde weitere Haushaltsmittel erfordern.

■ **Lufttransportflugzeug A400M**

Der Airbus A400M ist ein Transportflugzeug, das die C-160 Transall ablösen soll. Die Aufrüstung mit einem Großtransporter hat strategische Bedeutung für die Einsatzorientierung der Bundeswehr. Der A400M kann 32 Tonnen Nutzlast, darunter Hubschrauber oder Panzer transportieren. Er kommt auf eine Reichweite von maximal 6390 Kilometer. Der A400M soll im Tiefflug Lasten, oder alternativ bis zu 116 ausgerüstete Fallschirmjäger im Kampfgebiet absetzen können. Zugleich soll er eine Luftbetankungsfähigkeit erhalten. Das Projekt hat sich als überdimensioniert erwiesen. So ist der A400M auf feste Pisten angewiesen, die in

bestimmten Einsatzgebieten wie in Nord-Mali nicht vorhanden sind. Eine Maschine ist auf dem Jungferflug bei Sevilla abgestürzt. Überdies verzögert sich die Auslieferung fortwährend, da die unterschiedlichen Abnehmer unterschiedliche technische Anforderungen stellen. Ursprünglich war die Beschaffung von 60 Stück geplant. Aktuell sollen nur noch 53 bestellt werden, von denen 40 bei der Bundeswehr verbleiben sollen. Trotzdem lagen 2016 die geschätzten Gesamtkosten mit 9,5 Milliarden Euro bereits um 18 Prozent über den ursprünglichen Planungen. Seitdem haben sich die Aussichten auf eine rasche Auslieferung aufgrund erheblicher technischer Schwierigkeiten weiter verschlechtert. Seit 2016 denkt das Verteidigungsministerium über eine kurzfristige Beschaffung US-amerikanischer Lufttransporter vom Typ C130J Hercules des US-Herstellers Lockheed-Martin nach. Alternativ kommt der gemeinsame Betrieb dieser Maschinen mit Frankreich in Frage. Beides würde zusätzliche Kosten nach sich ziehen.

■ **Luftverteidigungssystem MEADS**

Bei der Einführung eines neuen Taktischen Luftverteidigungssystems Medium Extended Air Defense System (MEADS) geht es um eines der größten geplanten Rüstungsvorhaben des kommenden Jahrzehnts. Eine Milliarde Euro hat Deutschland bereits in die Entwicklung des hochmodernen Systems investiert. Das Rüstungsunternehmen MBDA verspricht, das Vorhaben bis 2020 abschließen zu können. Die Kosten dürften sich bis dahin auf rund vier Milliarden Euro erhöhen. Das Problem: Die anfangs an der Entwicklung beteiligten US-Amerikaner sind mittlerweile ausgestiegen und setzen auf eine Modernisierung der alten Patriot-Flugabwehrraketen. Deren Hersteller, die US-Firma Raytheon, versprach Deutschland, ihr System „in der Hälfte der Zeit und zu einem Drittel des Preises“ von MEADS zu liefern. Raytheon konnte auch

darauf verweisen, dass die meisten NATO-Staaten auf Patriot setzen und Deutschland mit MEADS ziemlich allein dastehen würde. Auch das Beratergutachten von 2014 warnte, es „besteht die Gefahr, jetzt eine Entscheidung auf unvollständiger Informationsbasis zu treffen und eine Lösung zu wählen, die mehr kostet, später als geplant einsatzfähig ist und/oder weniger leistet als erwartet“. Doch die im bayerischen Schrobenhausen angesiedelte Firma MBDA verfügt im Regierungsapparat und im Bundestag über starke industriepolitische Fürsprecher und konnte sich deshalb durchsetzen.

■ **Kampfflugzeug Eurofighter**

Die Anfänge des Kampfflugzeugs Eurofighter gehen bis in die frühen 1980er Jahre zurück. Es sollte ein eigenständiges europäisches Projekt sein, auf das sich die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Spaniens einigten. Als mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes sich die strategischen Voraussetzungen geändert hatten, konnte Airbus in Verhandlungen mit den Staaten die Fortsetzung des Projektes aushandeln. Handelte es sich ursprünglich um einen reinen Abfangjäger, der sowjetische Kampffjets aufhalten sollte, sollen heute auch Einsätze gegen Bodenziele zum Einsatzspektrum gehören. Die deutsche Regierung hat zwischenzeitlich die Abnahme-Menge von 250 auf 143 reduziert. Trotzdem stieg der deutsche Anteil an den Gesamtkosten des Projekts von umgerechnet 14 Milliarden auf 26 Milliarden Euro (2014) an. Hintergrund waren unter anderem zahlreiche technische Probleme, deren Behebungskosten auf den Steuerzahler abgewälzt wurden. So stieg der Stückpreis einer Maschine von rund 33 Millionen Euro (Preis von 1998) auf 138,5 Millionen Euro (2014) in die Höhe. Neben dem Eurofighter hält die Luftwaffe das Waffensystem Tornado vor. Da dessen Zyklus sich dem Ende nähert, wurden

in der Militärischen Luftfahrtstrategie von 2016 erste Überlegungen für ein Future Combat Air System angedeutet. Das ambitionierte Projekt soll nach dem Wunsch von Luftwaffeninspekteur Karl Müllner sowohl bemannte als auch unbemannte Systemkomponenten zusammenführen und dabei den Eurofighter synergetisch sinnvoll integrieren können.

■ **U-Boot für Kommandoeinsätze**

Vom U-Boot 212 A hat die Marine derzeit 5 Stück im Dienst (U31 bis U35). Ausgestattet mit einem auf einer Brennstoffzelle basierender Hybridantrieb ist es dem Boot möglich, über sehr lange Zeiträume untergetaucht zu bleiben. Konventionelle U-Boote müssen in regelmäßigen Zeitabschnitten auftauchen, um erneut Sauerstoff für den Betrieb ihrer Motoren aufzunehmen und die Kabinen zu belüften. Beim Typ 212 A können diese Intervalle auf Zeiträume jenseits von zwei Wochen verlängert werden, was bisher nur bei Atom-U-Booten möglich war, deren Betriebsenergie von einem Reaktor bereitgestellt wurde. Die Antriebsanlage und die Schraube sind zudem darauf ausgelegt, nur minimale Vibrationen und Geräusche zu erzeugen, was das Boot auch für modernere Ortungssysteme nahezu unsichtbar macht. Die im Vergleich zu den strategischen Atom-U-Booten kleine Bauweise ermöglicht zudem eine Annäherung an die Küste, was das Absetzen oder Aufnehmen von Kommandotrups erleichtert. Trotz des hohen Stückpreises von etwa 400 Millionen Euro hat das von einem deutschen Konsortium unter Führung der HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft) gebaute U-Boot gute Exportchancen. Technologien, die im Typ der 212 A-Klasse erstmals angewendet wurden, finden sich in den an Israel ausgelieferten Booten der Dolphin-Klasse wieder, ebenso wie in U-Booten der Klassen 214 und 216, die Singapur, die Türkei, Portugal, Griechenland und Südkorea erhalten haben.

Verflechtung von Rüstungsindustrie und Politik

Die Vertreter der Rüstungsindustrie geben sich in den Ministerien die Klinke in die Hand. Dies erklärt, warum im Verteidigungsministerium bei Beschaffungsmaßnahmen stets die Interessen der Industrie mitgedacht werden. Das hat die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE von 2014 verdeutlicht.⁹³ Danach trafen sich der Verteidigungsminister und seine Staatssekretäre im Jahr 2013 im Wochentakt mit verschiedenen Topmanagern der Rüstungsindustrie. Das sind Kontakte auf höchster Ebene. Auf Arbeitsebene waren die Kontakte so vielfältig und zahlreich, dass die Bundesregierung sie als nicht recherchierbar einstuft. Auffällig ist, wie eng der Kontakt des Wirtschaftsministeriums unter FDP-

Wirtschaftsminister Philipp Rösler zu den Rüstungsbetrieben Deutschlands war. Das wirft Fragen auf. So wurde die Beratung des Änderungsvertrags mit EADS über eine Stückzahlreduzierung des Militärtransportflugzeuges A400M im Verteidigungsausschuss vom 15. Dezember 2010 auf den 26. Januar 2011 verschoben. Am 19. Januar fand ein Gespräch zwischen Rösler und Manager Zoller von EADS statt. Am Ende stand ein Änderungsvertrag, der die Erhöhung des Stückpreises des A400M von 155 auf 175 Millionen Euro vorsieht. Offenbar nutzt die Industrie die Gespräche auf Leitungsebene, um vorteilhafte Konditionen gegenüber dem Staat durchzusetzen. Verteidigungsministerin von der Leyen betont, sie würde eine härtere

Verhandlungsposition gegenüber der Rüstungsindustrie einnehmen. Tatsächlich wurde 2015 mit dem „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ gemeinsam mit den Unternehmen und ihrem Dachverband eine politische Rüstungsstrategie formuliert.⁹⁴ Und noch eine ganze Branche profitiert bereits kräftig unter von der Leyen: die Unternehmensberater. So schrieb ihr Ministerium 2016 die Vergabe von Verträgen an externe Berater in Höhe von 300 Millionen Euro aus, um sie dem Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz an die Seite zu stellen – der wohl größte Beraterauftrag in der Geschichte der Bundesrepublik.

■ Fregatte F-125

Die Fregatte F-125 (Baden-Württemberg-Klasse) ist auf Einsätze über längere Zeiträume in entfernten Gewässern ausgerichtet. Die Schiffe kommen mit reduzierten Mannschaften aus, die man im Rotationsprinzip alle paar Monate komplett austauscht und damit kampffähig hält. Als Teil des Konzepts „Basis See“ sind die Schiffe integrierbar in Kampfeinsätze und Missionen, die an Land ausgeführt werden sollen. Von ihnen aus können Spezialtruppen abgesetzt oder auch ganze Einsätze koordiniert werden. Ausgestattet mit moderner Spionagetechnologie ist es von den Schiffen aus möglich, bis weit ins Land hinein Überwachungsaufgaben auszuüben. Sie sind mit modernsten Geschützen ausgerüstet, die zielgenaue Granaten auf eine Entfernung von bis zu 70 Kilometer an Land feuern können. Ergänzt werden sie durch Einsatzgruppenversorger, die das notwendige Material in ausreichender Menge und auf weite Distanzen vorhalten können. Von der Fregatte werden vier Exemplare beschafft, die mit drei Jahren Verspätung ausgeliefert werden. Allein das erste der vier Schiffe, die Baden-Württemberg, schlug mit 750 Millionen Euro zu Buche. Die Gesamtkosten liegen damit um 40 Prozent über den ursprünglich veranschlagten Ausgaben.⁹⁵

■ Das Mehrzweckkampfschiff MKS 180

Das Mehrzweckkampfschiff (MKS 180), das ab 2023 der Marine zur Verfügung stehen soll, befindet sich noch in der Planung. Das Verteidigungsministerium hat das umfangreiche und teure Projekt europaweit ausgeschrieben und die Anbieter aufgefordert, eigene Vorschläge für das technische Profil einzubringen. Es soll ein breites Spektrum möglicher Fähigkeiten vorhalten. Das Zauberwort hierfür heißt Modularisierung: Statt fest verbaut, sollen unterschiedliche Module zur Verfügung stehen, die je nach Einsatzprofil schnell und unkompliziert miteinander kombinierbar sind.

Module, die derzeit im Gespräch sind, umfassen U-Boot-Jagd, Unterwasserminen-Bekämpfung, Taucherdruckkammer und ein mögliches Modul, um Personen in Gewahrsam nehmen zu können.⁹⁶ Das MSK 180 soll Fähigkeiten abdecken, die sich über die Fregatten F-125 und die großen Einsatzgruppenversorger nicht abdecken lassen.⁹⁷ Die flexible Auslegung des MSK 180 ist Ausdruck einer gewissen strategischen Unsicherheit über die Zukunft der maritimen Kriegsführung. Welche Kosten dies nach sich ziehen wird, ist völlig offen.

Krieg per Fernbedienung: Kampfdrohnen

Wer im Fernsehen Berichte über Kriegsschauplätze verfolgt, wird vor allem mit der Zerstörungskraft von Waffen und ihrer Munition konfrontiert. Die Sprengkraft von Bomben, die Geschwindigkeit und Reichweite von Raketen, die Schussfrequenz von Maschinengewehren ziehen aufgrund ihrer Sichtbarkeit und fatalen Wirkung die Aufmerksamkeit auf sich. Doch diese Waffen, im Militärjargon als „Wirkmittel“ umschrieben, bilden nur einen Teil der Kriegsführung. Ihr zielgerichteter Einsatz ist ohne das Gewinnen von Informationen über den Feind nicht möglich. Der technologische Fortschritt, insbesondere die Entwicklung der Informationstechnologie, hat diesen Bereich – im Militärjargon „Aufklärung“ bezeichnet – immer wichtiger werden lassen.

In den 2000er Jahren setzten die US-Streitkräfte in Afghanistan zum ersten Mal in großem Stil sogenannte Unbemannte Fluggeräte (Unmanned Aerial Vehicle, kurz: UAV) ein. Mit ihnen wurde eine neue Phase der Kriegsführung eingeläutet. Sie können von den USA oder von Basen in Deutschland aus über Tausende Kilometer entfernt gesteuert werden. Sie existieren

als reine Aufklärungsdrohnen, die Bilder schießen, um eine Lagebild zu erstellen, oder können auch bewaffnet werden. Diese „Kampfdrohnen“ verbinden „Aufklärung“ und „Wirkung“. Es handelt sich um ein Spionageflugzeug, das in Echtzeit Bilder an den Piloten im Heimatland überträgt, und das im nächsten Moment als Abschussplattform für Lenkbomben dient. Sie können ohne Gefahr eigener Verluste von Angestellten im Schichtdienst gesteuert werden.

Keine Aufrüstungsmaßnahme macht die weltweite Entgrenzung des Kampfes um Interessen und Einfluss so deutlich wie die Kampfdrohnen. Ministerin von der Leyen bestreitet dies. 2014 verkündete sie die Absicht, die Bundeswehr mit bewaffneten UAV auszustatten. Sie begründete dies mit einer vermeintlichen „Schutzlücke“, die es zu schließen gelte. Sie stützte sich dabei auf Ausführungen in einer Öffentlichen Anhörung. Dort erläuterte der Befehlshaber beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr, Generalleutnant Hans-Werner Fritz: Kampfdrohnen würden Soldaten beistehen, wenn diese in einem Einsatz wie in Afghanistan unter Beschuss durch feindliche Kämpfer gerieten. Wenn eine Patrouille dringend Unterstützung aus der Luft bräuchte, sogenannten Close Air Support, dann sei eine Drohne schneller einsatzbereit als bemannte Fluggeräte.

Tatsächlich kommt das von Fritz entworfene Szenario kaum vor. Bevorzugtes Mittel im Close Air Support sind Hubschrauber und andere bemannte Fluggeräte, die schneller, wendiger und präziser sind als Kampfdrohnen. Das zeigen auch die wenigen Zahlen, die die Bundesregierung preisgibt. In einer Antwort auf eine Große Anfrage vom Mai 2013 konnte sie überhaupt nur zwei Fälle nennen, in denen US-Kampfdrohnen zur Unterstützung von deutschen Truppen in Afghanistan angefordert wurden.⁹⁸ Dies, obgleich sie zu dem

Zeitpunkt seit rund zehn Jahren im Einsatz waren und Hunderte Angriffe geflogen hatten.

Militärische Kampf- und Aufklärungsdrohnen spielen aus anderen Gründen eine immer wichtigere Rolle. Sie kommen in jenen Kriegen zum Einsatz, wie sie die US-Armee mit ihren Verbündeten in Afghanistan, Pakistan, Jemen oder Somalia führen – n Einsätzen, die die US-Regierung als „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet. In diesen asymmetrischen Konflikten steht der US-Armee keine reguläre Armee gegenüber, die über eine effektive Flugabwehr verfügen würde, sondern Aufständische oder Guerrillakämpfer, die mit leichten Waffen am Boden operieren.

So nutzt die US-Armee Drohnen, um Aufständische in entlegenen und ausgedehnten Bergregionen zu bekämpfen, in die sie mit gewöhnlicher Infanterie nicht in großer Zahl vorstoßen kann. Mit Kampfdrohnen greift sie sogar über Grenzen hinweg in Ländern an, in denen überhaupt keine US-Truppen präsent sind, wie Jemen oder Pakistan. Ihr eigentlicher militärischer Vorteil gegenüber bemannten Kampfflugzeugen liegt in der langen „Stehzeit“: Sie können stundenlang kreisen, um Lagedaten am Boden auszuwerten. Wird schließlich ein Ziel identifiziert, kann sofort gefeuert werden. Überdies kann die Technologie mit Daten abgeglichen werden, die auf Grundlage der Kontrolle der internationalen Telefon-, Internet- und Handynetze abgeschöpft werden. Deshalb sind Kampfdrohnen auch das Mittel der Wahl, um per Fernbedienung Menschen zu ermorden, die die Geheimdienste der Drohennationen auf Todeslisten gesetzt haben.

Es handelt sich um Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren – mithin um systematisch begangene Kriegsverbrechen. Um das zu beschönigen, sprechen die Militärs von „gezielten Tötungen“. Dies vermittelt den

Eindruck, dass die Waffen besonders präzise wären, und nur „Terroristen“ trafen. Das ist falsch. Zum einen kann die Identität der Ziele durch die Kameras der Drohnen nicht exakt ermittelt werden. Die Bilder lassen nicht einmal klar erkennen, ob eine Person eine Waffe oder ein Kamerastativ trägt. Zum anderen vergeht zwischen Mausclick und Einschlag aufgrund der langen Übertragungswege eine kleine Zeitspanne. Um dennoch schnell bewegliche Ziele vernichten zu können, werden Raketen mit starker Sprengkraft eingesetzt. US-Kampfdrohnen vom Typ MQ-1B Predator („Raubtier“) oder MQ-9 Reaper („Sensenmann“) verwenden lasergelenkte Luft-Boden-Panzerabwehrraketen vom Typ Hellfire, die mit entsprechender Sprengwirkung ursprünglich als Panzerabwehrraketen konzipiert wurden. Im Ergebnis kommt es bei Angriffen mit Kampfdrohnen zu überdurchschnittlich vielen zivilen Toten.

Die Unfähigkeit, die Identität einer anzugreifenden Person zweifelsfrei festzustellen, hat das US-Militär bewogen, sich beim US-Präsidenten Genehmigungen abzuholen. Im April 2012 erteilte Barack Obama z.B. explizit die Erlaubnis, sogenannte Signature Strikes auf Ziele im Jemen durchzuführen – Angriffe auf unbekannte Personen, auf bloßer Grundlage von aus Drohnen beobachteten Verhaltensmustern oder Aufenthaltsorten. Wie viele Menschen bei solchen Angriffen umgekommen sind, ist unbekannt. Die US-Regierung räumte einen Fall ein und zahlte eine Millionen Dollar Schadensersatz, nachdem am 12. Dezember 2013 ein einziger Drohnenangriff 12 jemenitische Zivilisten zerfetzte. Amnesty International machte einen Angriff aus dem Juli 2012 in Pakistan bekannt, bei dem eine US-Drohne 18 Arbeiter tötete und 22 andere verletzte.⁹⁹

Mit dem Schutz von Soldaten hat all das nichts zu tun. Stattdessen kreisen Kampfdrohnen hörbar, aber un-

sichtbar in großer Höhe über Regionen wie dem afghanischen Wardak oder dem pakistanischen Wasiristan, wo sie die Bevölkerung in ständige Angst versetzen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Berichte, dass dies einen unerträglichen psychischen Leidensdruck auf die Menschen am Boden erzeugt, auch wenn die „Piloten“ am anderen Ende der Welt nicht den Abschussknopf drücken.

Wohin führt der Einstieg in diese Technologie? Der Physiker Marcel Dickow argumentiert, dass am Ende der Entwicklung autonom agierende Killerdrohnen stehen könnten. Denn der Bediener einer Drohne sei „auf entscheidende Weise abhängig von der Kommunikation mit seinem ferngelenkten Luftfahrzeug. [...] Weil dieser Kommunikationsflaschenhals störfähig und verfälschbar ist und zudem Latenzzeiten von mehreren Sekunden aufweisen kann – insbesondere bei Teleoperation über Satellitenverbindungen – arbeiten bereits heute Entwickler der Industrie an autonomen Funktionen für den Flugbetrieb“.¹⁰⁰

Es liegt in der Logik des Rüstungswettlaufs, dass am Ende UAV nicht für asymmetrische Kriege, sondern für den Konflikt unter den großen Mächten gebaut werden. In solchen Konflikten entscheidet die Geschwindigkeit, die zwischen Identifizierung eines feindlichen Objektes und der Entscheidung zum Abschuss steht, über den Sieg im Luftkampf. So müssen die Militärplaner heute davon ausgehen, dass am Ende „Plattformen“, die selbstständig entscheiden, den Sieg bringen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits in den US-Drohnenkrieg verwickelt. So dient die US-Basis in Ramstein als Relaisstation bei der Übertragung von Steuerungssignalen zwischen den USA und Einsatzgebieten in Afghanistan, Pakistan oder Jemen. Um

dem Anspruch gerecht zu werden, selbst eine „aktive Rolle“ in der Welt zu spielen, soll die Bundeswehr nach dem Willen der Bundesregierung über eigene Kampfdrohnen verfügen. Sie kann dabei auf Erfahrungen mit israelischen Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron-1 zurückblicken, die die Bundeswehr in Afghanistan zusammen mit einer Tochtergesellschaft der Airbus-Gruppe betrieb. Grundlage ist ein Dienstleistungsvertrag über das „System zur Abbildenden Aufklärung in der Tiefe des Einsatzgebietes“ (SAATEG). Die technisch-logistische Betreuung übernahm Airbus, die Verantwortung für den operativen Flugbetrieb und die Auswertung der Luftbilder lag bei der Bundeswehr. Laut Thomas Reinartz, Airbus-Vertriebsleiter für Unbemannte Flugsysteme, wurden in Afghanistan mehr als 2.300 Missionen mit der Heron-1 geflogen.¹⁰¹

Um in die Kampfdrohrentechnik einzusteigen, soll die Bundeswehr möglichst rasch als „Überbrückungslösung“ für den Zeitraum bis 2025 fünf bewaffnungsfähige Drohnen des Typs „Heron TP“ erhalten – eine Maschine, die auf Grundlage der Heron-1 entwickelt werden soll.¹⁰² Die Geräte werden nicht gekauft, sondern nur geleast. Im Haushalt sind hierfür bislang Mittel in Höhe von 580 Millionen Euro vorgesehen.

Die Auswahlentscheidung entspricht nicht den Wünschen der Luftwaffe, da die US-amerikanische Kampfdrohne vom Typ Predator der israelischen Heron-TP technisch überlegen ist. Das Fachblatt Newsletter Verteidigung behauptet: „Dieses geplante europäische UAV-System wird nicht vor dem Jahre 2025 zur Verfügung stehen und pro Stück ohne Waffensysteme 130 Mio. Euro kosten. Bisher gibt es außer Deutschland keine sicheren europäischen Partner für dieses Projekt, da die meisten Partnernationen sich mittlerweile für eine billigere und voll bewaffnungsfähige amerikanische Predator-Variante entschieden haben.“¹⁰³

Die Motive des Verteidigungsministeriums hinter der Auswahlentscheidung sind unklar. Zum einen wird die enge bilaterale militärische Kooperation mit Israel vertieft. Zum anderen profitiert erneut die Rüstungssparte des europäischen Airbus-Konzerns. Zum Gesamtvorhaben gehört neben dem Fluggerät des israelischen Herstellers auch die Anschaffung von festen und mobilen Bodenstationen zur Steuerung der Drohnen, sowie zur Übertragung und Auswertung der Daten. Außerdem werden breitbandige Satellitenverbindungen und – je nach Entfernung zum Einsatzort – Relaisatelliten benötigt. Die Drohnen sollen in Israel stationiert werden, als „Heimatverband“ unterstehen sie jedoch dem Taktischen Luftwaffengeschwader 51 im schleswig-holsteinischen Jagel. In Israel werden auch große Teile der praktischen Ausbildung der Piloten übernommen. Näheres soll eine deutsch-israelische Regierungsvereinbarung regeln.

Bei der Anmietung der Heron-TP handelt es sich um eine „Überbrückungslösung“ – bis der Bundeswehr ein ganz neues, noch zu entwickelndes europäisches Modell zur Verfügung steht. Am 18. Mai 2015 haben die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens eine gemeinsame Absichtserklärung zur Entwicklung einer europäischen Drohne bis 2025 auf Ministerebene unterzeichnet. Deutschland nimmt in dem Vorhaben die Funktion der Rahmennation ein. Das lässt sich die Bundesregierung einiges kosten. Zur Finanzierung der im November 2015 in Auftrag gegebenen Definitionsstudie trägt Deutschland 31 Prozent, Frankreich, Italien sowie das hinzugekommene Spanien je 23 Prozent. Dieses Aufteilungsmodell soll so fortgesetzt werden.

Die 60 Millionen Euro teure Studie soll die operationellen Forderungen der Nationen unter Kosten- und Risikogesichtspunkten untersuchen und ein System-

design entwerfen, das die Grundlage für eine mögliche Entwicklungs- und Beschaffungsentscheidung bildet. Beauftragt wurden die Vertragspartner Airbus Defence & Space, Dassault Aviation und Finmeccanica. Das Verteidigungsministerium erklärte: „Aufgrund der deutschen amtsseitigen Führungsrolle wird eine Führungsrolle der Firma Airbus Defence & Space seitens Ministeriums unterstützt.“¹⁰⁴

Die Kosten, die dieses Projekt nach sich ziehen wird, sind unabsehbar. Anstatt die Weichen für das nächste Milliardengrab zu stellen, brauchen wir ein Verbot dieser Waffen. Angezeigt wäre ein Beschaffungs-Moratorium europäischer Regierungen, das Normen setzt und einen Einstieg in die vorbeugende Rüstungskontrolle ermöglicht. Anstatt sich am Rüstungswettlauf um immer tödlichere und schnellere Kampfdrohnen zu beteiligen, forderte DIE LINKE die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene für eine Konvention zur umfassenden Ächtung solcher Waffensysteme einzusetzen und als ersten Schritt in diese Richtung wirksame Rüstungskontrollvereinbarungen auf dem Gebiet der Drohnentechnologie und der entsprechenden Technologietransfers zu befördern.¹⁰⁵

Die Cyberoffensive der Bundeswehr

Im Weißbuch 2016 wird ausführlich das Thema Cyberwar behandelt. Es handelt sich um die nachträgliche Rechtfertigung dessen, was zuvor in die Wege geleitet wurde. Im April 2016 gab Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Aufstellung des neuen Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum (CIR) bekannt. Dabei handelt es sich um nichts weniger als den Aufbau einer ganzen Teilstreitkraft, neben den bestehenden Teilstreitkräften Heer, Marine, Luftwaffe und der Streitkräftebasis.

Bis dahin arbeiteten nicht mehr als etwa 60 Personen in der Gruppe „Computer Netzwerke Operationen“ beim Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr zur Entwicklung von Fähigkeiten zu offensiven Operationen im internationalen Datenraum. Im CERTBw (Computer-Emergency-Response-Team der Bundeswehr) waren 40 Soldaten und zivile IT-Experten damit beschäftigt, die Abwehr von Viren und anderen Attacken auf die IT-Struktur der Bundeswehr zu gewährleisten. Das neue Kommando soll die bisher zersplitterte Cyberabwehr der Bundeswehr zusammenfassen und zusätzlich Spezialisten in erheblichem Umfang rekrutieren. Im Rahmen des Projektes Digitale Kräfte wurden 2016 allein 3,5 Millionen Euro für eine entsprechende Werbekampagne aufgewendet.

Von der Leyen will die Bundeswehr auf diesem Gebiet zu einer global führenden Streitmacht machen. Der umfassende Anspruch spiegelt sich im Weißbuch 2016 wider. Wo soll der Organisationsbereich CIR wirken? Laut Weißbuch überall: „Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum damit zu einem internationalen und strategischen Handlungsraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist.“ Wer ist der Gegner? Laut Weißbuch potenziell jede Person: „Auch terroristische Gruppierungen, kriminelle Organisationen und verierte Einzelpersonen können potenziell mit geringem Aufwand erheblichen Schaden anrichten.“ Geht es um Verteidigung oder um Angriff? Laut Weißbuch um beides: „Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten.“ Handelt es sich um Einsätze im Ausland oder im Inland? Das Weißbuch stellt fest: „Innere und äußere Sicherheit fallen in wenigen Bereichen so eng zusammen wie im Cyberraum.“¹⁰⁶

Was hier formuliert wird, ist nichts anderes als das, was der russischen Seite vorgeworfen wird: Die

Eurohawk: Ein Fass ohne Boden

Ein weiteres Drohnenprojekt ist die Entwicklung des Eurohawk. Dabei handelt es sich nicht um ein bewaffnungsfähiges, in mittlerer Höhe fliegendes, mittelgroßes Gerät wie die Heron oder Predator. Der Eurohawk ist ein ultrahochfliegendes unbemanntes Spionagefluggerät, fast so groß wie ein Passagierflugzeug. Es sollte so angelegt werden, dass damit zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr gleichzeitig abgedeckt werden können. Mit einer Reichweite von über 20.000 Kilometern und einer Stehzeit von etwa 40 Stunden kann dieses System den gesamten afrikanischen und asiatischen Kontinent bis an den Pazifik sowie große Teile Lateinamerikas erreichen. Mit einer Diensthöhe von 20.000

Metern ist es für die Flugabwehr der meisten Staaten nicht erreichbar. Das Verteidigungsministerium hatte bereits rund 600 Millionen Euro in die Entwicklung des Systems gesteckt, als von der Leyens Vorgänger Thomas de Maizière die „Reißleine“ zog und das Projekt einstellte. Es hatte sich herausgestellt, dass der Eurohawk nie fliegen wird, da keine Aussicht auf die Zulassung für den deutschen Luftraum besteht. Zu groß ist die Kollisionsgefahr mit gewöhnlichen Flugzeugen. Doch unter Verteidigungsministerin von der Leyen wurde das Projekt wieder aufgenommen. Begründung: Das Fluggerät mag ein Flop sein, aber die eingebaute Elektronik ist es nicht. Die sogenannten ISIS-Sensoren sollten

weiterentwickelt werden. Dafür wurden knapp 300 Millionen Euro zusätzlich bewilligt. 2016 kam heraus, dass auch ISIS weniger ausgereift ist, als ursprünglich dargestellt. Es muss ein alternatives Fluggerät her, damit ISIS ausprobiert werden kann. Die Wahl fiel auf die US-amerikanische Triton, eine dem Eurohawk bauähnliche Drohne. Ein Vorvertrag mit dem US-Hersteller Northrop Grumman über die Beschaffung von drei Geräten wurde abgeschlossen. Kostenpunkt: etwa 600 Millionen Euro. Grob überschlagen liegen die Gesamtkosten für das Projekt Eurohawk und dessen Nachfolger Mitte 2016 damit bei 1,5 Milliarden Euro. Fortsetzung folgt ...

systematische Verwischung der Grenzen zwischen Militärischem und Zivilem. Bislang gab es bei der Bundeswehr, wie in allen anderen Armeen, eine Arbeitsteilung zwischen Soldaten und zivilen Angestellten. Der Drohnenkrieg, den die USA in den 2000er Jahren entwickelten, brachte einen neuen Soldatentypus hervor: den lohnabhängig beschäftigten Killer, der aus einem Gebäude in den USA oder Deutschland per Fernbedienung, auch ohne besondere körperliche Kraftanstrengung, nach acht Stunden Dienst in den Feierabend geht.

Im CIR sollen keine Kommandos für den Abschuss von Hellfire-Raketen gegeben werden. Aber es kommt zu einer ähnlichen Vermischung zwischen zivilen und militärischen Karrieren. Auf die Frage „Ist der Cyber-Soldat ein neuer Typus Soldat?“ antwortet Generalmajor Ludwig Leinhos, im CIR werde es auch jene geben, „die im Cyber- und Informationsraum wirken können. Sie haben die Fähigkeiten, andere Systeme aufzuklären oder auch in diesen zu wirken. Das bedeutet in der Konsequenz wir haben eine Mischung aus klassischen Soldaten mit klassischen Werdegängen, aber auch Soldaten oder Arbeitnehmer, die mehr in spezialisierten Fachsträngen laufen.“¹⁰⁷

In anderen Systemen „wirken“ heißt übersetzt: sie angreifen. Damit bettet sich das CIR der Bundeswehr in eine Strategie der NATO ein. In der öffentlichen Darstellung sind es indessen immer die Gegner im Osten, die offensiv agieren. Nach einem Treffen der Verteidigungsminister des Nordatlantischen Bündnisses im Juni 2016 erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass Angriffe über Datennetze künftig wie solche durch Land-, See- oder Luftstreitkräfte behandelt würden. Dies könne auch bedeuten, dass Cyber-Angriffe den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auslösen könnten.

Einhegung über Europa?

Von der Leyen betont häufig, die Bundeswehr würde aus Prinzip nur im Bündnis mit anderen agieren. Das hört sich nach Team Work und Fair Play an. Der Hintergrund ist banaler. Deutschland ist weit davon entfernt, eine Großmacht zu sein wie die USA. Kampfoperationen wie in Afghanistan sind ohne US-Streitkräfte bislang noch undenkbar. Selbst an das militärische Potenzial von Mächten wie Russland oder China kommt die Bundeswehr nicht heran. Um globale „Glaubwürdigkeit“ zu gewinnen, ist die Bundesregierung deshalb konsequent auf das Wirken im Bündnis mit anderen angewiesen. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wird dies treffend so ausgedrückt: Deutschland ist eine „Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen“, die sich allerdings „nicht allein behaupten kann“. Daher sei die „Bündnisbindung an die Nuklear- und Seemächte in der Nordatlantischen Allianz“ ein „vitales Sicherheitsinteresse“.¹⁰⁸

Die NATO bleibt das bedeutsamste Bündnis. Deutschland und Frankreich sind zu schwach, um etwa im Konflikt mit Russland eine eigenständige Rolle zu spielen. Doch die Abhängigkeit von den USA wird in Paris und Berlin auch als ein Problem angesehen. So hatten die Konflikte auf dem Balkan der 1990er Jahre deutlich gemacht, dass beide Länder selbst bei dem Versuch, in Südosteuropa Einfluss auszuüben, an Grenzen stoßen. Der damalige französische Verteidigungsminister Alain Richard beklagte 1999, „die europäischen Staaten hätten den Militäreinsatz im Kosovo-Konflikt nicht ohne die Amerikaner organisieren können. ‚Uns fehlten die Kommandostrukturen‘, sagte der Minister.“¹⁰⁹ Richard forderte deshalb die Schaffung eines europäischen Führungsstabes und einen Fahrplan auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte im März 2015 in einem

Interview mit der Welt am Sonntag sogar den Aufbau einer „Euro-Armee“ ins Spiel gebracht. Eine solche Armee könne dem russischen Präsidenten Putin zeigen, so Junker, dass man es ernst mit der Verteidigung der Werte in der Europäischen Union meine.

Tatsächlich gibt es für den Aufbau einer solchen Armee, oder auch nur für einen europäischen Stab, keine konkreten Planungen. Die Nationalstaaten in Europa verfolgen nach wie vor rivalisierende wirtschaftliche Interessen. Für militärische Angelegenheiten, dem Kernbereich der nationalen „Souveränität“, existiert nicht einmal ein gemeinsamer EU-Kommissar. Im Rahmen der „gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) treffen sich die Verteidigungsminister der EU alle drei Monate. Dort treffen sie Verabredungen, die unter anderem zu gemeinsamen militärischen Ausbildungsprogrammen für Drittstaaten geführt haben, unter anderem den European Training Missions, zum Beispiel in Mali oder in Somalia. Andere Einsätze europäischer Mächte laufen an dieser Struktur vorbei und finden im Rahmen der NATO oder in „Koalitionen von Willigen“ statt. Die Westeuropäische Union ist als einzige Struktur, die einer potenziellen Euro-Armee einen Rahmen hätte geben können, aufgelöst worden. Die Einrichtung erfüllte keinen realen Zweck mehr.

In verteidigungspolitischen Debatten kam angesichts der vorgegebenen Obergrenzen bei der Ausstattung der Bundeswehr mit militärischem Großgerät zwischen 2011 und 2016 das Schlagwort „Pooling and Sharing“ in Mode. Damit war die Idee gemeint, dass mehrere europäische Staaten bestehende militärische Fähigkeiten zusammenlegen und so ökonomisch profitieren. Was sich plausibel anhört, hat aufgrund der innereuropäischen Interessengegensätze nie funktioniert. Kein Staat ist bereit, sein Rüstungspotenzial in einen gemeinsamen Pool hinzuwerfen, wo es unter fremde Kontrolle gerät. Wirklich

Substanz haben nur einige klar umgrenzte Projekte auf bilateraler Basis, die zwischen einzelnen europäischen Staaten vereinbart wurden und so zu einer verstärkten militärischen Integration führen. Vorzeigebeispiel: Die niederländische Armee hat eine Brigade unter das deutsche Kommando der Division Schnelle Kräfte gestellt. Im Gegenzug hat das Verteidigungsministerium Teile der Deutschen Marine unter niederländisches Kommando gestellt, zur gemeinsamen Nutzung des riesigen Mehrzweckversorgungsschiffs Karel Doorman. Auch die Zusammenarbeit mit Polen wurde vorangetrieben, etwa im Zusammenhang mit dem Aufbau des Multinationalen Korps in Stettin.

Tatsächlich sind bilaterale Kooperationen wie diese keine Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Armee, sondern die Anlehnung kleiner Staaten an eine europäische Mittelmacht im gegenseitigen Interesse. Alles findet im Rahmen der NATO statt. Europäische Krisenreaktionskräfte (EU-Battlegroups) sind seit 2007 einsatzbereit, bleiben mit einer Gesamtstärke zwischen 1.500 und 2.500 Soldaten allerdings überschaubar. Sie kamen bislang nicht in Einsatz.

Die Herrschenden in Deutschland und Frankreich träumen seit langem von einem Europa unter ihrer Führung als Gegenmacht gegenüber Russland, das sich zugleich unabhängig von den USA aufstellt. In der europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 heißt es in diesem Sinne: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“

Die Zusammenarbeit mit Frankreich erstreckt sich auf verschiedene Felder. Zum einen ist Paris aus Kostengründen bereit, deutsche Truppen in Missionen auf dem afrikanischen Kontinent einzubinden, wo Berlin bislang über wenig Erfahrungen und verhältnismäßig wenig Einfluss verfügt. Bedeutsamer noch ist die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich. So entschied von der Leyen sich mit über 200 Millionen Euro an einem französischen Militärsatellitenprogramm zu beteiligen. Überlegt wird, eine modernisierte Version des Kampfpanzers Leopard-2 zusammen mit französischen Partnern zu entwickeln. Der deutsche Panzerbauer KMW fusionierte jüngst mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter. Den Zuschlag für den Bau einer eigenen europäischen Kampfdrohne erhält ein deutsch-französisch-italienisches Konsortium.

All das stellt keinen Fortschritt dar. Europa bzw. einzelne europäische Staaten und Rüstungsfirmen aus Nachbarländern werden für die Bundesregierung an dem Punkt interessant, wo die eigenen Ressourcen nicht ausreichen. Kleinere europäische Staaten sollen sich nach dem Wunsch der Bundesregierung an Deutschland anlehnen, das die Rolle einer „Rahmation“ einnehmen kann. Ursula von der Leyen nennt das „Führen aus der Mitte“. Das soll den Eindruck vermitteln: Deutschlands Ambitionen würden in Europa eingeehgt. In Wirklichkeit geht es darum, die eigene Macht über das Zusammenwirken mit anderen zu hebeln und so zu verstärken.

Rüstungsexporte und die „Merkel-Doktrin“

Deutschland ist einer der größten Rüstungsexporteur weltweit. Nur die USA und Russland haben über die vergangenen Jahre mehr Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter in die Welt verkauft als die

Bundesrepublik. Dies ist ein Problem für die SPD, deren Anhänger mehrheitlich eine restriktive Waffenexportpolitik befürworten. 2013 wurde der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zum Bundeswirtschaftsminister ernannt und ist seitdem verantwortlich für die Genehmigung von Waffen- und Rüstungsexporten. Er bemühte sich den Eindruck zu erwecken, unter seiner Führung würden die Exporte gedrosselt. Ein Blick auf die Fakten zeigt jedoch das Gegenteil. Im Jahr 2015 hat das Wirtschaftsministerium Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 12,82 Milliarden Euro erteilt.¹¹⁰ Niemals zuvor lag der Wert höher. Im ersten Halbjahr 2016 wurden Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,03 Milliarden Euro erteilt, was nochmal einer deutlichen Steigerung gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 entspricht.¹¹¹

Hinter den nackten Zahlen verbirgt sich dabei eine Reihe von Exportgeschäften, die nicht mehr mit einer vorgeblich restriktiven Genehmigungspraxis vereinbar sind. So durften Saudi-Arabien, Katar und Ägypten seit März 2015 Rüstungsgüter aus der Bundesrepublik beziehen, obwohl die drei Länder von diesem Zeitpunkt an militärisch in den jemenitischen Bürgerkrieg eingegriffen hatten. Die Bundesregierung genehmigte seit Beginn dieser militärischen Intervention unter anderem den Export von Bauteilen der Militärflugzeuge der Typen Tornado und Eurofighter nach Saudi-Arabien, dessen Luftwaffe über Monate Ziele im Jemen bombardiert hat. Kampfpanzer und Haubitzen wurden an Katar geliefert, ein U-Boot und sonstige Marine-technik ging an Ägypten.

Die Bundesregierung ist jedoch nicht nur Genehmigungsstelle, sondern befördert den Rüstungsexport auch aktiv. Sie sichert Rüstungsexporte mit Hilfe von Hermes-Bürgschaften ab, verkauft eigene Rüstungsgüter aus den Überschussbeständen der Bundeswehr,

führt Waffen der Bundeswehr im Zusammenschluss mit der Rüstungsindustrie ausländischen Interessen vor und bildet im Rahmen kommerzieller Exportgeschäfte Angehörige anderer Streitkräfte an den Waffen aus, die die deutsche Industrie liefert. Für den Kauf bei der deutschen Rüstungsindustrie werben in den Entsendeländern die Militärattachés an den deutschen Botschaften. Auf Auslandsreisen von Ministern der Bundesregierung werden Rüstungslobbyisten mitgenommen.

Bemerkenswert ist, dass es nur wenige andere Politikfelder gibt, in denen die Bundesregierung derart gegen den erklärten Willen einer Mehrheit regiert. Nach einer Emnid-Umfrage aus dem Januar 2016 sprechen sich 83 Prozent der Bevölkerung gegen den Verkauf von Rüstungsgütern in andere Länder aus. Dies ist nochmals eine Steigerung der Ablehnung gegenüber der Vergleichsumfrage aus dem Jahr 2011. Vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings und zahlreicher Berichte über den Einsatz deutscher Waffen gegen die Protestierenden in den arabischen Ländern sprachen sich damals 78 Prozent gegen Rüstungsexporte aus.¹¹²

Geostrategisch haben die Exporte eine Bedeutung über das unmittelbare Geschäft hinaus. Die deutsche Rüstungswirtschaft ist weitgehend privatwirtschaftlich aufgestellt. Die Aufträge der Bundeswehr reichen im globalen Konkurrenzkampf mit Staatsunternehmen anderer Länder oder den viel größeren US-Rüstungsschmieden nicht aus. Die Exporte sichern die Existenz der Firmen und damit eine national eigenständige Operationsbasis, die innerhalb der herrschenden Kreise als Voraussetzung für nationalstaatliche Handlungsfähigkeit im Kriegsfall gesehen wird. Arbeitsplätze werden in diesem Zusammenhang ebenfalls als Argument angeführt. Das dient aber lediglich dazu, in der Öffentlichkeit Unterstützung zu mobilisieren. Tat-

sächlich ist der Sektor gesamtgesellschaftlich viel zu klein, als dass dies eine tatsächliche Motivation darstellen würde. Rüstungsproduktion macht ungefähr 1,1 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts, also der Werte, die pro Jahr neu geschaffen werden, aus. Auch der Exportwert der Rüstungsgüter ins Verhältnis zum Gesamtexport der deutschen Wirtschaft gesetzt liegt bei nur etwa einem Prozent. Mit den Arbeitsplätzen ist es ebenfalls nicht so weit her. Der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) spricht von 98.000 Rüstungsarbeitsplätzen, nach anderen Schätzungen sind es nur 80.000. Aber auch die höhere Zahl bedeutet nur einen Anteil von 0,24 Prozent aller Erwerbstätigen. Mit anderen Worten: Die Rüstungswirtschaft ist eine marginale Größe in Deutschland. Wenn der politische Wille da wäre, könnten staatliche Gelder bereitgestellt werden, um die bestehenden Produktionskapazitäten deutscher Rüstungsunternehmen für die Herstellung zivil nutzbarer Produkte umzustellen. Und die (zivile) Exportindustrie klagt vermehrt über einen Mangel an qualifizierten Ingenieuren und Facharbeitern.

Außenpolitisch ist die Bundesregierung vor allem an einem interessiert: Ein stabiles Umfeld für die eigenen Geschäfte. Und das wird eher von Diktaturen als von frei gewählten Regierungen garantiert. CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in diesem Geist im Jahr 2011: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien.“¹¹³ Im Hintergrund steht die Idee, statt Kampfeinheiten der Bundeswehr in verschiedene Weltteile vermehrt Waffen und Ausbilder zu schicken. Das wurde dann als „Merkel-Doktrin“ bezeichnet. Der damalige CDU-Verteidigungsminister Thomas de Maizière verteidigte den Export von Kampf-

panzern im selben Jahr mit den Worten, Saudi-Arabien sei ein Verbündeter des Westens und „einer der wichtigsten Stabilitätsanker in der Region“. ¹⁴ Einige Monate zuvor hatten saudische Panzer die Demokratiebewegung im benachbarten Bahrain niedergewalzt.

Saudi-Arabien ist reich und kann für deutsche Panzer aus eigenen Mitteln bezahlen. Um finanziell schwächer aufgestellte Staaten zu unterstützen, hob die Bundesregierung eine sogenannte „Ertüchtigungsinitiative“ aus der Taufe. Sie hat die Idee zum Inhalt, andere – als mögliche „Stabilitätsanker“ identifizierte – Regimes mit Ausrüstung und militärischer Ausbildung zu unterstützen. Auf Ebene der Europäischen Union hatte Deutschland bereits 2013 ein vergleichbares Konzept mit der Bezeichnung „Enable and Enhance Initiative“ (E2I) eingebracht. Doch diese Initiative kam nur schleppend voran. Der Streit dreht sich um die Frage, aus welchen Budgets und nach welchen Regeln militärische Ausrüstung in Drittstaaten gelangen sollen. 2016 wurde daraufhin in Deutschland ein eigener neuer Haushaltstitel im Umfang von rund 100 Millionen Euro geschaffen, der die „Ertüchtigungsinitiative“ finanziell unterfüttern soll und vom Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium gemeinsam verwaltet wird. Die Mittel aus diesem Titel können ohne Beschränkung durch andere Maßnahmen geografisch und zeitlich flexibel eingesetzt werden, sowohl in bilateralen wie multilateralen Kontexten. Im ersten Jahr wurden die Mittel mit Schwerpunkt in Tunesien, Irak, Mali, Jordanien und Nigeria eingesetzt.

Die Bundeswehr in Deutschland



Die Bundeswehr in Deutschland

Mehr und mehr Einsatz im Inneren – von der Amtshilfe zu „gemeinsamen Übungen“

Die Bundeswehr im Inneren einsetzen zu können, ist seit vielen Jahren erklärtes Ziel konservativer Sicherheitspolitiker. Mit der Präsentation des neuen Weißbuches zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr hat das CDU-geführte Verteidigungsministerium einen weiteren Schritt unternommen, um solche Einsätze zu „normalisieren“. Koalitionsinterne Meinungsverschiedenheiten mögen der Grund dafür sein, dass keine Verfassungsänderung mehr angestrebt wird, um den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu legalisieren. Stattdessen setzt Ministerin von der Leyen heute verstärkt auf eine Ausweitung der bestehenden Möglichkeiten, und die liegen im Bereich des Katastrophenschutzes, zum Beispiel im Falle katastrophentypischer terroristischer Anschläge.

Das Bundesverfassungsgericht hat Einsätzen der

Bundeswehr im Inland enge Grenzen gesetzt und gestattet sie nur anlässlich schwerer Unglücksfälle auf Grundlage von Artikel 35 Absatz 2 oder 3, bei „Ereignissen von katastrophischen Dimensionen“ (2 PBvU 1/11, Entscheidung vom 3. Juli 2012). Das Gericht betonte dabei, es stelle „nicht jede Gefahrensituation, die ein Land mittels seiner Polizei nicht zu beherrschen imstande ist, allein schon aus diesem Grund einen besonders schweren Unglücksfall im Sinne des Art. 35 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 GG dar, der den Streitkräfteeinsatz erlaubt“. Den Begriff der Katastrophe hat das Bundesverfassungsgericht dabei nicht eindeutig definiert, es hat allerdings wiederholt den Ausnahmecharakter eines Bundeswehreinsatzes aufgrund solcher „ungewöhnlicher Ausnahmesituationen“ betont.

Auffällig oft werden im Weißbuch „äußere und innere Sicherheit“ in einem Atemzug genannt, beide seien „nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen“. An anderer Stelle ist von einem „zunehmenden Ineinandergreifen von innerer und äußerer Sicherheit“ die Rede, was die „gemeinsame Ausbildung und Übung von staatlichen und zivilen Akteuren für das Handeln im gesamten Krisenzyklus“ erfordere. Das Weißbuch beschwört „ungewöhnliche Ausnahmesituationen“, zu deren Bewältigung „Bundes- und Landesbehörden“ zusammenarbeiten müssten.

CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sah kaum zwei Wochen nach Vorstellung des Weißbuches eine Gelegenheit, die Bundeswehr zur Terrorbekämpfung im Inland einzusetzen. Als am 22. Juli 2016 ein 18-Jähriger in einem Münchener Einkaufszentrum Amok lief, ließ sie Soldaten des Feldjägerregiments 3 mit Standort in der Fürst-Wrede-Kaserne in München in Bereitschaft versetzen. Völlig unklar ist, welche Aufgaben die Feldjäger übernommen hätten. Die

Polizei forderte jedoch keine Amtshilfe an, weil sie die Lage offenbar nicht als eine terroristische Gefahr katastrophalen Ausmaßes einschätzte und sich auch ohne Unterstützung des Militärs in der Lage sah, ihren Einsatz durchzuführen. Zudem wäre ein solcher Einsatz nicht von der oben erwähnten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gedeckt gewesen. Denn die bezieht sich auf Fälle, bei denen die Katastrophe in Gang ist oder zumindest „unmittelbar“ bevorsteht, d. h. wenn der katastrophale Schaden ohne das Einschreiten des Militärs „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Kürze eintreten wird.“ Der Schutz von Gebäuden oder U-Bahn-Stationen zu einem Zeitpunkt, an dem ein Bombenschlag bereits geschehen ist und keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, dass ein weiterer Anschlag mit katastrophischen Dimensionen bevorsteht, wäre daher auf jeden Fall rechtswidrig gewesen – dass die Verteidigungsministerin die Feldjäger trotzdem in Bereitschaft versetzte, zeigt ihren Willen, unter Umständen auch rechtswidrig loszuschlagen.

Dessen ungeachtet veranstaltete auch die bayerische Landesregierung in den Tagen nach dem Amoklauf von München eine Klausurtagung, auf der der Innenminister des Freistaats „nur ein Rezept zur Bewältigung von Amok und Terror“ anpries: „Den Einsatz der Bundeswehr im Inland.“¹¹⁵ Und am 31. Juli titelte die BILD-Zeitung: „Bundeswehr-Einsätze im Inland? Von der Leyen: ‚Ja, wir bereiten uns darauf vor‘“. Im Spätsommer 2016, so von der Leyen gegenüber der Zeitung, werde sie „mit der Innenministerkonferenz entscheiden, welche Einsatzszenarien wir üben müssen.“ Ihr Programm hatte von der Leyen schon zwei Tage nach dem Amoklauf von München der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung dargelegt: „Gelernt ist, dass die Bundeswehr zivilen Behörden Amtshilfe leistet, etwa bei der Oderflut oder in der Flüchtlingskrise.

Noch nie geübt wurde hingegen, dass die Truppe auch bei terroristischen Großlagen die Polizei unterstützt. Die Anschlagserie von Paris hat allen die Augen geöffnet. In eng begrenzten Fällen, etwa bei parallelen schweren Anschlägen an mehreren Orten, lässt auch unser Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu.“¹¹⁶ Planungen für gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei sollen laut Spiegel Online bereits laufen.

Darüber hinaus wurden unauffällig seit 2007 Strukturen für den Inlandseinsatz aufgebaut, zum Beispiel unter dem Label „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ): Seither stehen in allen Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten Kommandos aus Reservisten bereit, die bei Bedarf aktiviert werden sollen, um bei Katastrophen zu helfen. 2013 wurden außerdem die sogenannte Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte, ebenfalls aus Reservisten bestehend, aufgestellt. Geübt wird für jede denkbare Art des Inlandseinsatzes – von scheinbar harmlosen Hilfeinsätzen bis hin zur Niederschlagung innerer Unruhen. Der Bundeswehr, die im Inneren eigentlich nur in absoluten Ausnahmesituationen eingesetzt werden sollte, wird somit systematisch eine wichtige Rolle bei der Inneren Sicherheit verschafft.

Weiterhin fehlt ein Gesetz, das den Einsatz der Bundeswehr in Deutschland bei Anschlägen am Boden regelt. Bisher gibt es nur das Luftsicherheitsgesetz für den Einsatz der Luftwaffe im Inland. Die Regierung glaubt inzwischen, auf ein derartiges Gesetz verzichten zu können, indem sie einfach die geltenden Verfassungsregeln weiter interpretiert. Im Einzelfall kommt es dabei zu Diskussionen mit der SPD. Grundsätzlich abgelehnt wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren nur von LINKE und Bündnis 90/Die Grünen.¹¹⁷

Die Bundeswehr als Krisenhelfer?

Die Bundeswehr wurde im Inland mehr und mehr als Krisenhelfer ins Spiel gebracht, auch um auf diese Weise um Zustimmung zu ihrer Existenz zu werben und ihr Legitimität zu verschaffen. Zum Teil besser ausgerüstet als das Technische Hilfswerk (THW), hat sie vor allem größere Schadensereignisse wie z.B. das Elbehochwasser medial genutzt, um ihren Nutzen herauszustellen. Um ihre Rolle bei derartigen Einsätzen zu optimieren, arbeitet die Bundeswehr verstärkt mit zivilen staatlichen Einrichtungen zusammen. Der Oberbegriff, mit dem die Bundeswehr diese Stellen bezeichnet, ist dabei kennzeichnend: „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (BOS).

Als sensible Ziele in Deutschland, deren Beschädigung zu Katastrophenfällen führen könnte, hat man die so genannte „kritische Infrastruktur“ identifiziert, also solche Infrastrukturen, die als Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft und Verteidigung gelten können. Gemeint sind damit Kraftwerke, bestimmte Straßen oder Stromtrassen, Bahnhöfe und Gleisstrecken etc. Seit ihrer organisatorischen Reform dient innerhalb der Bundeswehr das „Kommando territoriale Aufgaben“ als Schnittstelle zwischen zivilen und militärischen Belangen. Das Kommando organisiert die Feldjäger, die ABC-Abwehr, die Propaganda der Bundeswehr, betreibt die Truppenübungsplätze und führt den Befehl über die Reservisten. Die zivilmilitärische Zusammenarbeit baut dabei auf ehemaligen Bundeswehrsoldaten auf, die an verschiedenen zivilen Stellen die Zusammenarbeit zwischen den regionalen zivilen Bemühungen und den militärischen Stellen koordinieren. Die militärische Seite stellt dabei wenn nötig Personal und Material zur Verfügung, das die Kräfte des THW oder der Gemeinden unterstützt. Dazu sind in den letzten Jahren die Reservisten in Re-

gionale Sicherungs-Unterstützungskompanien (RSU) zusammengefasst worden. Die RSU umfassen derzeit ca. 10.000 Reservisten, die regelmäßig geschult und trainiert werden, um im Bedarfsfall auch die Sicherung der kritischen Infrastruktur übernehmen zu können. Das Aufgabenspektrum ist nicht nur angewachsen, sondern es wurde auch dahingehend geändert, dass nicht der Kriegsfall zum Einsatz der Reservisten führt, sondern sie als ständige Hilfstruppe herangezogen werden können. Die in den Landeskommandos eingesetzten Reservisten verteilen sich auf alle Ebenen der zivilen staatlichen Verwaltung und sichern so auch den Informationsfluss aus den regionalen zivilen Verwaltungen in die Spitze der militärischen Hierarchie.

Flüchtlingshilfe

Ein aktueller Fall, in dem die Bundeswehr sich öffentlichkeitswirksam als Helfer in der Not präsentiert, ist die Versorgung der nach Deutschland gekommenen Kriegsflüchtlinge. Nachdem die Mittel und Möglichkeiten der Kommunen seit Jahren ihrer chronischen Unterfinanzierung zum Opfer gefallen sind, haben viele Gemeinden die Hilfe der Bundeswehr dankbar annehmen müssen. Ministerin von der Leyen hat die Möglichkeit, auf diesem Wege praktisch kostenlos Werbung für die Bundeswehr zu machen und die Soldatinnen und Soldaten in einen weiteren Einsatz zu bringen, gern wahrgenommen.

Bis zu 9.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte waren zu Spitzenzeiten pro Tag im November vergangenen Jahres im Einsatz. Mit Stand Ende Juli 2016 unterstützten nach Ministeriumsangaben noch rund 830 militärische und zivile Beschäftigte die Flüchtlingshilfe. Wann definitiv Schluss ist, darauf will sich Generalmajor Klaus von Heimen-

dahl, Leiter des Koordinierungsstabes Flüchtlingshilfe im Verteidigungsministerium, nicht festlegen.

Wie willkommen der Bundeswehreinsatz manchen Städten und Gemeinden auch gewesen sein mag, wären sie als zivile Stellen eigentlich besser geeignet und für die Betreuung der Geflüchteten zuständig. Würden 130 Milliarden Euro, die das Verteidigungsministerium bis 2030 zusätzlich zur Aufrüstung erhalten soll, in die Stärkung der kommunalen Infrastruktur, in das Technische Hilfswerk, den Katastrophenschutz oder den Aufbau eines staatlichen Gesundheitswesens fließen, dann bräuchte die Bundeswehr nicht mehr einzuspringen, um bei der Bewältigung von Krisen im Inland zu helfen.

Stattdessen nutzt neben von der Leyen auch der Sprecher für Auswärtiges und Verteidigung der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Florian Hahn, das Flüchtlingsthema, um für eine größere Rolle der Bundeswehr zu werben. „Für Deutschland“, so Hahn, „hat mit der Flüchtlingswelle ein neues geopsychologisches Zeitalter begonnen. Innere und äußere Sicherheit sind für die Bürgerinnen und Bürger heute sichtbarer als sonst miteinander verbunden.“

Hahn erinnert daran, dass Bundespräsident Joachim Gauck sich noch mit Vorwürfen der Kriegshetze auseinandersetzen musste, als er sich bei der Münchner Sicherheitskonferenz für mehr internationale Kampfeinsätze der Bundeswehr aussprach. Doch „kaum zwei Jahre später“, so Hahn, „mischen sich Diskussionen über notwendige außenpolitische Maßnahmen und deutsches Engagement zwischen Gespräche über Fußball und Rentenpolitik. Dieses Momentum müssen wir nutzen [...]. Wir [müssen] das Weißbuch als eine Möglichkeit nutzen, um die deutsche Gesellschaft auf die Notwendigkeit einer aktiven Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente einzustellen.“ Hahn spricht aus, wo-

rum es beim Weißbuch vorrangig geht: Um eine militaristische PR-Offensive zur Rechtfertigung immer neuer, offensiver Auslandseinsätze. Und damit verbunden die Forderung nach einer deutlichen Aufrüstung der Bundeswehr.

Militärisches durchdringt einen weiteren zivilen Raum: die Forschung.

Deutsche öffentliche Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten seit Jahren vom Bundesverteidigungsministerium, aber auch von ausländischen Auftraggebern wie der US-Regierung, Aufträge für militärische Forschungsprojekte. Die deutsche Rüstungsindustrie begrüßt dies ausdrücklich und fordert eine Aufstockung dieser Mittel.¹¹⁸

Wie in anderen Bereichen schafft auch im Hochschulbereich die unzureichende staatliche Finanzierung der Aufgaben die innere Bereitschaft, mehr und mehr Drittmittel anzunehmen. So werden die Marktorientierung des Wissenschaftsbetriebs und sein Umbau zur „unternehmerischen Hochschule“ vorangetrieben. Wirtschaft, Politik und Forschung rücken näher zusammen und schaffen damit auch Platz für die Bundeswehr und die Rüstungsbranche im staatlichen Universitätsbetrieb. Gefordert wurde dies unter anderem auch vom Celler Dialog, der vom damaligen Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank Klaus-Peter Müller, und dem ehemaligen Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover, Generalmajor Wolf Langheld, organisiert wurde. Im Abschlussdokument des Celler Dialogs von 2008 heißt es, die Beteiligten wollen „aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen

dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“ Eine solche Stiftungsprofessur für Governance und internationale Sicherheit finanzieren das Bundesministerium für Verteidigung und das Auswärtige Amt seit dem Wintersemester 2014/2015 an der Universität Bonn. Benannt ist sie nach dem wegen Kriegsverbrechen verurteilten ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger.

Diese gemeinsame Forschungsarbeit oder Auftragsforschung beschränkt sich nicht auf wehrtechnische Forschung, sondern reicht bis zu wehrmedizinischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen. Im sozialwissenschaftlichen Bereich zum Beispiel wird die Bundeswehr direkt in den von der Universität Hamburg und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) betriebenen Master of Peace and Security Studies eingebunden: ein Offizier der Bundeswehr ist an dem IFSH als Lehrkraft tätig. Ein weiteres Beispiel der sozialwissenschaftlichen Zusammenarbeit der Bundeswehr mit einer staatlichen Hochschule ist der Masterstudiengang War and Peace Studies an der Universität Potsdam, der ab dem Wintersemester 2016/2017 eng mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr kooperiert. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verteidigung werden an staatlichen Universitäten auch Politikempfehlungen erarbeitet. So erstellte das Institut für Sicherheitspolitik der Christian Albrecht Universität Kiel in der Studie „Counterinsurgency – Erfahrungen, Strategien und Aussichten unter besonderer Berücksichtigung des ressortübergreifenden Ansatzes“ eine zivil-militärische Aufstandsbewältigungsstrategie (Counterinsurgency) für den Einsatz in Afghanistan, in der zur Zerschlagung von Widerstand u.a. die „Ausschaltung von bedeutenden Führern“ nahegelegt wird.

Das Verteidigungsministerium erteilte im Zeitraum von 2010 bis 2014 mehr als 700 öffentliche Forschungsaufträge mit einem Volumen von über 390 Millionen Euro. Das Auftragsvolumen hat sich innerhalb der zehn Jahre zuvor mehr als verdoppelt. Von diesen 700 Aufträgen gingen 120 Aufträge im Wert von 28 Millionen Euro an insgesamt 41 deutsche Hochschulen, um u.a. Drohnen-Schwärme besser steuern zu können oder intelligente Munition und Handfeuerwaffen zu entwickeln.

588 Aufträge in Höhe von über 360 Millionen Euro gingen an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, besonders an die öffentlich-private Fraunhofer-Gesellschaft, die in vielen Forschungsbereichen eine enge wissenschaftliche und personelle Anbindung an die Bundeswehr hat.

Inwiefern Wirtschaft, Bundeswehr und Forschung sich langfristig verzahnen können, zeigt das Beispiel des Ludwig Bölkow Campus Ottobrunn (LBC). Der Freistaat Bayern errichtete den LBC gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und Konsortialpartnern unweit von München. Zu den Konsortialpartnern zählen die Technische Universität München, die Hochschule für Angewandte Wissenschaften München, Airbus, Siemens und die IABG (Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH), welche sich im „Geschäftsbereich Verteidigung & Sicherheit [...]“ seit seiner Gründung in besonderer Weise den Streitkräften und ihren Beschaffungsvorhaben verpflichtet“ fühlen. Ein weiterer Konsortialpartner ist der Think-Tank Bauhaus Luftfahrt, der 2005 von den drei Luft- und Raumfahrtunternehmen EADS (heute Airbus Group), Liebherr-Aerospace und MTU Aero Engines sowie dem Bayerischen Wirtschaftsministerium geschaffen wurde, um die Luftfahrtforschung voranzutreiben. Den Vorstand stellt seit 2010 der ehemalige

Offizier Prof. Dr. Mirko Hornung, der zugleich an der Technischen Universität München lehrt und seit 2003 Gastvorlesungen an der Universität der Bundeswehr München hält. Bei dem Rüstungsunternehmen EADS Defence & Security war Hornung u.a. für die Konzeption und Entwicklung militärischer Luftfahrtsysteme verantwortlich.

Das Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalyse INT in Euskirchen bei Bonn ist eines der Institute, die im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums neue Technologien, die sich noch in der Erforschung und Entwicklung befinden, auf ihre mögliche Nutzung durch das Militär hin untersuchen.

Die Bundeswehr ist an der technischen Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme interessiert und verbessert bzw. lässt die Komponenten ihres Arsenal laufend verbessern. So flossen bisher 80 Millionen Euro in die Entwicklung von Laserwaffen. Sowohl Rheinmetall Defense als auch MBDA im bayerischen Schrobenhausen haben inzwischen Prototypen für Laserkanonen entwickelt. Kosteneffizient und hochpräzise, so das Argument des Verteidigungsministeriums, sei die Waffe und von daher einer Prüfung wert. Mithilfe hochgebündelter Laser lassen sich auf größere Distanzen auch kleine, sich bewegende Objekte treffen.

Militarisierte Landschaft

Die Bundeswehr verfügt über etwa 264 Militärstandorte in der Bundesrepublik, wobei die tatsächliche Zahl an militärischen Einrichtungen weitaus höher liegt, da nicht alle militärische Einrichtungen als Militärstandorte definiert werden. Das heißt, innerhalb eines Radius von nur wenigen Kilometern ist von jeder Gemeinde

aus eine Militärinstallation zu finden. Diese Liegenschaften haben jeweils ökologische, ökonomische, kulturelle, politische und psychosoziale Auswirkungen auf ihr Umfeld. Die zivilen Infrastrukturen verschiedenster Art überlappen sich mit der militärischen. Bei genauer Betrachtung fallen an Waldwegen oder auch auf Autobahnen die rot-weißen bzw. auch orange-weißen Pfosten auf, die den Verlauf der 5.500 km langen Nato-Pipeline kennzeichnen, welche seit dem Kalten Krieg die Treibstoffversorgung für NATO-Mitgliedstaaten garantieren soll. Mittlerweile werden über dieses Central European Pipeline System, welches nur eines von vielen Versorgungssystemen der NATO darstellt, nicht nur die Militärflughäfen und Seehäfen versorgt, sondern auch die zivilen Flughäfen in Amsterdam, Brüssel, Frankfurt am Main und Paris. Bleibt man auf den Autobahnen, kann man verschiedene zum Teil unscheinbare Antennen sehen, an denen zivile wie auch militärische Richtfunkmodule angebracht sind, wie zum Beispiel an dem mit Stacheldrahtaufsatz eingezäunten und mit Bewegungsmeldern ausgestatteten Turm RFB-2 unweit des brandenburgischen Ortes Biebersdorf auf dem Marienberg. Zum einen sind Richtfunkantennen der Bundespolizei, des Zolls und der Bundeswehr angebracht, aber auch Antennen von D2-Vodafone, O2 und GSM-Sektorantennen sind an dem gleichen Turm installiert. Ebenfalls sind Richtfunk- und Funkantennen des TETRAPOL, d.h. des digitalen Funknetzes der Behörden und Organisationen Sicherheitsaufgaben (BOS) befestigt.

Umwelt- und gesundheitsschädliche Bundeswehraktivitäten

Im Rahmen der Ausbildung nutzt die Bundeswehr Kriegsflugzeuge, Hubschrauber und Militärfahrzeuge mit einem sehr hohen CO₂-Verbrauch. Allein eine Flug-

stunde des Jagdflugzeugs „Eurofighter“ produziert mit elf Tonnen Kohlendioxid so viel, wie in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung in einem Jahr ausgestoßen wird. Die Bundeswehr hat im Zuge ihrer Energieeffizienzkampagne den Strom- und Wärmeverbrauch ihrer Liegenschaften reduziert. Andererseits erschwert sie rund um viele ihrer 264 Standorte die Errichtung von Windenergieanlagen mit der Begründung, diese würden die Radaranlagen der militärischen Flugsicherung und der Landesverteidigung stören. Neben der Luftverschmutzung verursachen besonders die Tiefflugübungen eine erhebliche Lärmbelästigung. Der ohrenbetäubende Lärm der Luftwaffe, aber auch Explosionen und Schießübungen versetzen Anwohner wie die Tierwelt in Stress.

Der Boden und darüber oft das Grundwasser unter militärischen Standorten und Truppenübungsplätzen sind zahlreichen Belastungen ausgesetzt. Ebenso stellen die Tanklager der Bundeswehr ein beständiges Risiko von Bodenverschmutzung dar. Auch die Nutzung von Schießgeräten und Raketen verschmutzt den Boden auf Truppenübungsgeländen immer wieder durch Chemikalien, vergessene Munition und Patronenhülsen. Diese umweltverschmutzenden Manöverabfälle können gefährlich sein, wie ein Fall aus dem Jahr 2005 zeigt, als ein sechsjähriger Junge in unmittelbarer Nähe der niedersächsischen Stadt Elze einen in Styropor umhüllten Simulator-Bodensprengsatz der Bundeswehr aufblas und dabei drei Finger verlor. Die genutzten Übungsgranaten und -munition werden immer wieder aus Bundeswehrbeständen entwendet und in zivilen Räumen wiedergefunden.

Abgesehen von Luft- und Bodenverschmutzung setzen Bundeswehraktivitäten auch den Meeren zu. Der Einsatz von Kriegsschiffen verursacht viel Abwasser und gefährdet die Meeresumwelt. Weitere

Schädigungen der Meeresumwelt werden durch den von Marinehavarien bedingten Austritt von Öl und anderen chemischen Stoffen hervorgerufen. In der Zeit von 2009 bis 2014 kam es zu 27 solcher Unfälle in der Nord- und Ostsee. Während NATO-Übungen erzeugen hocheffektive Aktivsonare (Low-Frequency-Sonare) zur Aufspürung von U-Booten einen Unterwasserlärm, der tödliche Auswirkungen auf Meeressäuger wie Wale und Robben haben kann. Zwischen 2009 und 2014 führte die Bundesmarine 277 Detonationen in der Ostsee durch. Detonationen schädigen das Hörorgan von Meeressäugern und verursachen durch die Schockwelle der Explosion noch in mehreren hundert Metern Abstand fatale Lungenrisse sowie Blutungen im Ohr oder im Gehirn. Obwohl die Bundeswehr an der Entwicklung eines so genannten Blasenschleiers mitgewirkt hat, der Meeressäuger u.a. zum Schutz vor Detonationen oder Bauarbeiten an Offshore-Parks vertreiben soll, setzte die Bundesmarine ihn bisher nicht ein und die Bundesregierung sieht auch nicht vor, dies verbindlich zu machen, obwohl nach Militärübungen immer wieder Wale und Delfine stranden.

Betroffen sind die Ökosysteme der Nord- und Ostsee außerdem von den Altlasten der beiden Weltkriege. Es wird davon ausgegangen, dass sich dort noch ca. 1,6 Millionen Tonnen an Munition, Minen, Granaten und Bomben befinden, die während der zwei Weltkriege verlegt oder nach Ende des Krieges versenkt wurden. Diese Kriegsüberbleibsel stellen durch die voranschreitende Korrosion, die droht gefährliche Giftstoffe freizusetzen, bis heute eine latente Gefahr dar. Oft wird diese gefährliche Altlast an die Strände der Nord- und Ostsee gespült. Allein im Jahr 2014 ereigneten sich vier Unfälle beim Auffinden weißen Phosphors, der Bernstein ähneln kann. In allen vier Fällen wurde er deshalb in die Jacken- oder Hosentasche gesteckt.

Doch sobald er trocknet und eine Temperatur von 20°C erreicht, entzündet er sich und brennt bei einer Temperaturentwicklung von 1300°C, wodurch lebensgefährliche Verbrennungen entstehen können. In einem Fall traf es ein achtjähriges Mädchen am Pläner See, das sich in Folge dessen einer Eigenhauttransplantation unterziehen musste. Im Jahr 2014 gingen 117 Fundmeldungen bei der Zentralen Meldestelle für Munition im Meer der Küstenbundesländer ein, die insgesamt 5.390 Kampfmittel oder kampfmittelverdächtige Objekte meldeten.

Abgesehen von diesen systematischen ökologischen Schäden, gehen mit Militäraktivitäten auch immer Unfallrisiken einher, die umwelt- und gesundheits-schädigende Auswirkungen haben können. Die Übungsflüge der Luftwaffe finden auf Grund der hohen Besiedlungsdichte Deutschlands zwangsläufig auch über zivilen Wohngebieten statt. Da es regelmäßig zu Zwischenfällen kommt, stellen Militärübungen im Luftraum auch immer ein Risiko dar. So verlor im Juli 2015 ein Luftwaffen-Eurofighter bei einer Betankung in 3000 Metern Höhe einen Betankungskorb über dem Stadtgebiet Idar-Oberstein, welcher in ein Wohngebiet stürzte. Noch kritischer sind Abstürze, die sich in der Nähe des Militärstandorts Büchel ereignen, wo bis zu 20 Atomwaffen des Typs B61 des US-Militärs mit einer 26-fachen Sprengkraft der Hiroshima Bombe in Sondermunitionsbunkern gelagert sind. Zu Übungszwecken werden die Atomwaffen an die Oberfläche geholt. Seit 1990 stürzten 16 Tornados im Umkreis von zehn Flugminuten von und über Büchel selbst ab. Auch mit Panzern kommt es immer wieder zu Unfällen, so wie in Stetten am kalten Markt, wo im August 2015 ein Radpanzer einen VW-Passat bei einer Probefahrt überrollte. Bei einem Unfall 2001 rammte ein Panzer einen Regionalexpress in Niedersachsen und verletzte dadurch 22

Fahrgäste sowie den Lokführer. Durch einen technischen Defekt an einer Antriebskette kam ein Panzer im Februar 2015 in Paderborn ins Schlingern und fuhr in einen privaten Vorgarten.

Kampf um die Köpfe



Kampf um
die Köpfe

Öffentlichkeitsarbeit und Rekrutierungskampagnen

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Auslandseinsätze, hat die Bundesregierung am 15. Dezember 2010 beschlossen, die Wehrpflicht auszusetzen. Das Gesetz ist am 1. Juli 2011 in Kraft getreten. An die Stelle des Grundwehrdienstes ist ein neuer Freiwilliger Wehrdienst von bis zu 23 Monaten getreten – für junge Männer und Frauen.

Die Aussetzung der Wehrpflicht ist nur ein Nebeneffekt einer immer kriegsführungsfähigeren Bundeswehr. Die Bundeswehr wird, wie zuvor bereits ausführlicher dargestellt, qualitativ aufgerüstet und quantitativ abgerüstet.

Die Bundeswehr hat momentan 176.015 Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst. Das ist die geringste Truppenstärke seit den 1960er Jahren. Die Sollstärke

der Bundeswehr liegt bei 185.000. Der Freiwillige Wehrdienst ist nicht so attraktiv, wie es sich die Bundeswehr wünscht. 2015 ist die Zahl um zehn Prozent gesunken. In jedem Quartal brachen darüber hinaus zwischen einem Viertel und einem Drittel der Freiwilligen ihren Dienst ab.

Im Weißbuch heißt es: „Es zeigt sich, dass die Bundeswehr den Anforderungen nicht mehr mit einer starren personellen Obergrenze gerecht werden kann. Wenn Einsatzbereitschaft und Verantwortung ernst genommen werden, muss die Bundeswehr in der Lage sein, Landes- und Bündnisverteidigung sowie Einsätze zum internationalen Krisenmanagement personell schnell, robust und durchhaltefähig erfüllen zu können.“¹¹⁹

Obwohl sie nicht einmal die bisherige Sollstärke der Bundeswehr erreicht, spricht die Bundesregierung davon, dass es keine ‚starrten personellen Obergrenzen‘ mehr geben soll. Daraus ergibt sich ein enormer Druck, die Rekrutierungsanstrengungen zu verstärken.

Von der Leyens Attraktivitäts-Agenda

Im Juni 2014 verkündete Ursula von der Leyen eine Attraktivitätsoffensive mit 29 Einzelmaßnahmen. Erklärtes Ziel ist es, die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands zu machen. Begleitet wird das durch eine Mediale Kampagne „Bundeswehr in Führung – Aktiv.Attraktiv.Anders.“

Im Februar 2015 wurde das so genannte „Attraktivitätssteigerungsgesetz“ beschlossen. Dabei geht es um Arbeitsbedingungen, Vergütung und soziale Absicherung von Soldatinnen und Soldaten. Einige Aspekte, die eine Angleichung an allgemeine Standards bzw. überfällige soziale Verbesserungen für Soldatinnen

Familienfreundliche Bundeswehr?

Familienfreundlichkeit ist ein Stichwort mit dem die Bundeswehr gerne wirbt. Sie erwirbt Belegrechte bei Kindertagesstätten (Kitas) aus Bundesmitteln. Diese Belegrechte kauft sie von Kommunen oder Kirchengemeinden insbesondere dort, wo es zu wenig Kitaplätze gibt. Belegrechte führen dazu, dass ein für alle benötigtes und aus Steuergeldern bezahltes Gut nicht mehr gleichermaßen verfügbar ist.

DIE LINKE meint, dass die Bundesregierung, sich endlich dafür einsetzen soll, dass die Kommunen mehr Geld bekommen. Eine Unterstützung

des Ausbaus einer umfassenden Kinderbetreuung nutzt nicht nur den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch allen anderen Berufstätigen, die auf eine zuverlässige und flexible Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Die Bundesregierung will den Eindruck erwecken, die Bundeswehr würde auch auf die Familien und den Einzelnen Rücksicht nehmen. Dies gilt allerdings nur so lange, wie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst nicht im Widerspruch zur Verwendung im Ausland steht. Teilzeitmöglichkeiten sollen dabei

nur bestehen, wenn ein Kind oder ein pflegebedürftiger Angehöriger tatsächlich zu Hause betreut wird – und dies auch nur nach einer Dienstzeit von wenigstens vier Jahren und auch nur, soweit dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Mithin gelten sie auch nicht für Soldaten im Auslandseinsatz. Tatsächlich lehnt es das Ministerium bis heute ab, alleinerziehende Väter und Mütter von Kindern unter drei Jahren von diesen Einsätzen auszunehmen.

und Soldaten betreffen, sind durchaus zu begrüßen. Ebenfalls, dass die regelmäßige Arbeitszeit der Soldaten im Grundbetrieb auf wöchentlich 41 Stunden reduziert wird, auch wenn das nicht für alle Bereiche der Bundeswehr gilt. Insgesamt drückt sich in diesem Gesetz indes die Einsatzorientierung aus. So gibt es Lockprämien und Zulagen für Sondereinsatzsoldaten wie Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Höhe von 900 Euro monatlich.

PR-Offensive

Im Jahr 2015 startete das Verteidigungsministerium die nächste Anwerbungskampagne unter dem Motto „Mach‘, was wirklich zählt“. Dieses Motto löste „Wir. Dienen.Deutschland“ ab, dessen Botschaft offenbar zu wenig Ausstrahlungskraft auf junge Menschen ausübte. Im Vordergrund sollen laut Imagebroschüre nun die „Vielfalt der attraktiven beruflichen Möglichkeiten und Perspektiven in ihrem Aufgabenbereich“ stehen.

Die Kampagne wirbt mit Slogans wie „Krisenherde löschst du nicht mit Abwarten und Tee trinken“ oder „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst.“ Sie appelliert damit an das Verantwortungsgefühl junger Menschen und gibt vor, tolerant zu sein.

Die Kosten der Werbekampagne, die die Bundeswehr mit Hilfe von „30.000 Plakaten, fünf Millionen Postkarten sowie Riesenpostern in elf ausgewählten Städten Deutschlands“ und einer Kampagnenwebsite als attraktive und sinnstiftende Arbeitgeberin darstellen soll, belaufen sich auf 10,6 Millionen Euro.

Im März 2016 startete darüber hinaus die Kampagne „Projekt Digitale Kräfte“. Der Beschluss des Vertei-

Gesamtposten für Nachwuchswerbung im Militärhaushalt



Quelle: Drucksache: 18/8505

digungsministeriums, die offensiven und defensiven Cyberfähigkeiten der Bundeswehr auszubauen, hakt nämlich bislang am Fachkräftemangel in der Truppe. Im Laufe des Jahres 2016 sollen zur Unterstützung der „digitalen Truppe“ 700 zivile Stellen von IT-Administratoren und 800 von IT-Soldaten besetzt werden. An rund 60 Kampagnentagen von März bis Mai 2016 warb die Bundeswehr mit drei Werbeslogans auf elf Großplakaten im CeBIT-Umfeld, schaltete Anzeigen in 25 Printtiteln und nutzte insgesamt 18.000 Plakatflächen. Für Onlinewerbung war das Projekt Digitale Kräfte u.a. mit Videos zu unterschiedlichen Berufsbildern in dem 1,1 Milliarden schweren IT-Bereich der Streitkräfte sowohl auf Facebook als auch auf Youtube aktiv.

Die Kosten für die Werbemaßnahmen haben sich seit der Aussetzung der Wehrpflicht mehr als verdoppelt. Noch deutlicher sichtbar wird die Steigerung, wenn man sich zum Vergleich die Ausgaben für Anzeigen aus dem Jahr 2008, d.h. in der heißen Phase des Afghanistankrieges, anschaut. Die Steigerung der Kosten für Anzeigen betrug fast 530 Prozent.

Kosten für Anzeigen (Print, Online-Videos, Radio, TV, Außen- werbung, Internet, Kino, Postkarten)

2008	3,78 Mio
2014	21,1 Mio
2015	23,8 Mio

Quelle: Drucksache: 18/8505

Jugendoffiziere und Karriereberater an Schulen

Bereits seit 1958 Jahren betreiben Jugendoffiziere der Bundeswehr offiziell Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bezüglich des Auftrags und der Aufgaben der Bundeswehr. Jugendoffiziere sind als Referenten für Sicherheitspolitik ein Bestandteil ihrer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie halten Vorträge, beteiligen sich an (Podiums-)Diskussionen, leiten Seminare und führen das politische Rollenspiel Politik und Internationale Sicherheit (POL&IS) durch. Sie organisieren ferner Truppenbesuche und beteiligen sich an öffentlichen Großveranstaltungen.

In dem Jahresbericht der Jugendoffiziere 2015 heißt es: „Der Wandel der Bundeswehr von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligenarmee und die Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte unter Aufgabe vieler Standorte haben dazu geführt, dass der Bezug der Gesellschaft zu ihren Streitkräften spürbar geringer geworden ist. Die Jugendoffiziere erfüllen mit

ihrer Aufgabe somit eine wichtige Brückenfunktion zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.“¹²⁰

Jugendoffiziere sind keine Karriereberater, aber sie weisen den Weg zu ihnen. Karriereberater arbeiten in den ca. 110 Karriereberatungsbüros der Bundeswehr. Auch sie haben Zugang zu Schulen.

Im Jahr 2015 haben Jugendoffiziere 110.000 Schülerinnen und Schüler im Unterricht erreicht – und zudem 11.289 Lehrerinnen und Lehrer. Karriereberater haben, ebenfalls im Unterricht bzw. bei Ausstellungen wie zum Beispiel Job-Tagen auf Schulgeländen, 342.000 Schülerinnen und Schüler erreicht und weitere 20.000 bei Truppenbesuchen.

Betrachtet man Jugendoffiziere und Karriereberater zusammen, kommt man auf knapp unter eine halbe Million erreichter Jugendlicher, von denen die Mehrzahl (wg. Unterrichtspflicht, Schulgelände) mehr oder weniger keine Wahl hatte, ob sie in Kontakt mit der Bundeswehr treten wollte oder nicht.

Die Bildungsgewerkschaft GEW, Friedensorganisationen und DIE LINKE sprechen sich gegen das Auftreten der Bundeswehr an den Schulen aus. Sicherheitspolitische Themen sollen von ausgebildeten Lehrkräften und nicht von Öffentlichkeitsarbeitern der Bundeswehr unterrichtet werden. Sie fordern außerdem zivile berufliche Perspektiven für jungen Menschen.

POL&IS

Auch das politische Rollenspiel POL&IS (Politik und Internationale Sicherheit) ist für das deutsche Militär ein Instrument, um mit Schülern und Studierenden in Kontakt zu treten und gemeinsam Sicherheitspolitik

zu diskutieren: „Als Minister eines Staates stehen die Teilnehmer für die Sicherheit und den Wohlstand ihrer Bevölkerung ein und gehen innenpolitische und außenpolitische Probleme an: Krisen und Konflikte, Internationaler Terrorismus, Weltweite Organisierte Kriminalität, Piraterie, Schuldenkrise, Auswirkungen des Klimawandels“. Die Ziele des Spiels – die Sicherheit und Wohlstandssicherung der Bevölkerung – werden auch als Aufgaben der Bundeswehr verstanden und verankern somit subtil den kontroversen vom BMVg geführten „erweiterten Sicherheitsbegriff“, der auch den Einsatz von militärischen Mitteln vorsehen kann.

Der Friedensaktivist Markus Pflüger, hatte die Gelegenheit, an dem Simulationsspiel teilzunehmen. Er fasst zusammen: „Das Spiel ist hochkomplex und in seiner Weltsicht trotzdem verkürzt. Polis ist nicht grundsätzlich anders als andere Strategiespiele, der Werbeeffect für die Notwendigkeit von Waffen läuft eher subtil und indirekt. Für Schüler schwer zu durchschauen. [...] Tatsächliche politische Machtverhältnisse und Lobbygruppen – beispielsweise Korruption oder von Konzernen und Eigeninteressen gesteuerte Politik – werden in Polis weder thematisiert noch in Frage gestellt. Der Einfluss der Konzerne auf Politik, Waffenhandel, Landnahme oder Meinungsbildung wird einfach ausgeblendet. Die Funktion des Militärs wird so nebenbei als selbstverständlich dargestellt – der militärische Einsatz für wirtschaftliche Interessen damit normalisiert. Eine geschickte Militarisierung des Zivilen.“¹²¹

Kooperation der Bundeswehr mit den Ländern

Es gibt in acht Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen)

Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr, die den Jugendoffizieren den Weg in die Schulen erleichtert. Mit Hilfe der Kooperationsvereinbarungen haben Jugendoffiziere in den letzten Jahren auch ihr Engagement bei der Fort- und Weiterbildung von jungen Referendarinnen und Referendaren, sowie Lehrerinnen und Lehrern erhöht. Während es zum Beispiel im Jahre 2003 gerade mal eine einzige Veranstaltung zur Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren mit insgesamt 50 Teilnehmenden gab, besuchten im Jahre 2015 2875 Referendarinnen und Referendare Veranstaltungen der Bundeswehr.¹²²

Die Kooperationsübereinkommen sowie das Engagement der Jugendoffiziere in den Schulen insgesamt verstößt nach Auffassung der LINKEN gegen den Beutelsbacher Konsens zur Richtlinienbestimmung der politischen Bildung. Er bestimmte bekanntlich drei Prinzipien: 1.) Überwältigungsverbot; 2.) Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen; 3.) Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren.¹²³

Der konservative Politikdidaktiker Dr. Siegfried Schiele, über 28 Jahre lang Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und 1976 Mitinitiator des Beutelsbacher Konsens, kritisiert die Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Schulministerien sowie den Einsätzen der Jugendoffiziere an Schulen: „Das ist prinzipiell kritisch zu betrachten. Es muss sichergestellt sein, dass die politische Bildung nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses vermittelt wird. Dies scheint bei solchen Abkommen nur eingeschränkt der Fall zu sein. Es ist ungewiss, ob die Bundeswehr auch andere Sichtweisen als die der Bundesregierung und des

Verteidigungsministeriums – also beispielsweise die der Friedensbewegung – wiedergibt. Ich halte solche Abkommen für fragwürdig.“¹²⁴

Versuche, Übereinkommen zu modifizieren und bei jedem militärischen Auftreten in Schulen einen bundeswehrkritischen Gegenpol bereitzustellen, lösen das Problem der ungleichen Ausgangsbedingungen nicht. So ist die Friedensbewegung nicht mit den vergleichbaren finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet, wie die Bundeswehr. Während Jugendoffiziere für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten Aktivisten in der Friedensbewegung in der Regel ehrenamtlich und genießen keine professionelle rhetorische Ausbildung.

Kinder im Visier

2015 haben Soldatinnen und Soldaten tausende Kitakinder besucht oder an ihren Bundeswehrstandorten empfangen. Dutzende Standorte hielten enge Kontakte zu Kitas und pflegten Patenschaften. Soldaten zeigen den Kita-Kinder ihre Kasernen, gehen mit ihnen auf Schatzsuche, fahren mit ihnen Schlauchboot oder backen in der Kita Waffeln.

Seit 2010 hat die Bundeswehr Spenden im Wert von über 150.000 Euro an über 85 Einrichtungen überreicht. Das Verteidigungsministerium betont, dass es keine Aktivitäten im Rahmen der Attraktivitätssoffensive an Kitas gebe. Die Standorte würden die Maßnahmen autonom organisieren. Es sei Ausdruck der Tatsache, dass die Standorte fest in der Gemeinde verwurzelt seien.

In einer nordrhein-westfälischen Stadt bastelten und malten Erstklässlerinnen und Erstklässler darüber

hinaus im Jahr 2012 Schutzengel für die Soldaten in Afghanistan. Nicht nur die Bundeswehr, auch die Bundesregierung begrüßte, dass die Kinder durch dieses von der zuständigen Lehrkraft initiierte Projekt „auch eine positive Beziehung zu den Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr entwickeln“. Die Luftwaffe bot an, die Schutzengel nach Afghanistan zu transportieren und lud die Kinder samt ihren Eltern dazu ein, an einer der öffentlichen Veranstaltungen in dem nahegelegenen Luftwaffenstützpunkt teilzunehmen.

An etwas ältere, jedoch immer noch überwiegend minderjährige Schülerinnen und Schüler richten sich zudem verschiedene Freizeitangebote, die von Sportereignissen hin zu Adventure-Camps, Wettbewerben für Musikgruppen und seit 2015 auch zu LAN/IT-Camps reichen. Hierbei zeigt sich die Bundeswehr großzügig, übernimmt Fahrtkosten und Verpflegung und bietet den Jugendlichen somit kostenlos einen All-Inclusive-Kurzurlaub an. Dabei präsentiert sie sich nicht nur den Teilnehmenden als „coole“ Truppe mit hervorragenden Freizeitangeboten, sondern erreicht über die zielgruppenspezifische Werbung für diese Events in Medien wie der Jugendzeitschrift „Bravo“ ein großes Publikum.

DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp aller Bundeswehraktionen in Kitas, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen.

Messen und Großveranstaltungen

Bei Besuchen an Schulen ist die Bundeswehr auf die Kooperation der Schulleitungen angewiesen und oft regt sich unter den Schülern, Eltern oder im Lehrkörper Protest gegen diese Zusammenarbeit. Deutlich leichter hat es die Bundeswehr demgegenüber auf



**MINDERJÄHRIGE
WERDEN BEI UNS AUCH
REKRUTIERT**

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

Rekrutierung Minderjähriger

Erst 2014 kritisierte der UN-Fachausschuss für die Rechte des Kindes die Bundesregierung für die Werbemaßnahmen der Bundeswehr, die an Schulen und im Sport gezielt Minderjährige und Jugendliche adressiert. Zudem erhält die Bundeswehr jährlich die Daten Jugendlicher mit deut-

licher Staatsangehörigkeit, die im Jahr darauf volljährig werden, sollten sie dagegen keinen Einwand erheben. Laut Angaben des Bundestags hat sich die Zahl der minderjährigen Bundeswehrsoldaten seit dem Jahr 2011 mehr als verdoppelt. 2015 waren mit 1.515 der insgesamt 21.092 Rekruten

etwa 7,2 Prozent zu Beginn ihrer Dienstzeit minderjährig. Für 484 dieser jungen Rekruten schien das Militär allerdings doch kein attraktives Arbeitsumfeld zu sein. Sie beendeten ihren Militärdienst noch während oder kurz nach der Probezeit.

Karriere- und Ausbildungsmessen, auf denen sie mittlerweile fast immer präsent ist. 2014 hat sie auch an sieben Fach- und Verbrauchermessen sowie am „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ teilgenommen, wofür allein 429.000 Euro aus dem Budget für Öffentlichkeits- und Informationsarbeit verausgabt wurden.

Insgesamt hat das eigens hierfür eingerichtete Zentrale Messe- und Eventmarketing der Streitkräfte im selben Jahr die Beteiligung an 71 Veranstaltungen für rund 1,7 Mio. Euro organisiert. Die Karrierecenter der Bundeswehr haben im selben Zeitraum für 1,8 Mio. Euro bei 1.700 Messen Präsenz gezeigt. 2015 nahm die Bundeswehr an 2000 Messen, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen teil. Kosten: 3,6 Millionen Euro.¹²⁵

Bundeswehr im Jobcenter

Anfang 2010 schlossen die Bundesagentur für Arbeit und die Bundeswehr ein erstes Kooperationsabkommen mit dem explizit formulierten Ziel, „den Streitkräften zeit- und bedarfsgerecht geeignetes Personal zuzuführen“. In der Folge wuchs die Zahl der Veranstaltungen der Bundeswehr in Jobcentern, Berufsinformationszentren und Arbeitsagenturen deutlich an. 2014 etwa wurden bei 1.000 solchen Vorträgen durch Karriereberater 20.000 Menschen über Berufsperspektiven bei der Bundeswehr informiert. Außerdem wurde auf Führungsebene ein „Runder Tisch“ etabliert, in dessen Rahmen sich die Abteilung Personal und die Bundesagentur über Verlauf und Ergebnisse der Zusammenarbeit regelmäßig austauschen. Auf lokaler und regionaler Ebene wurden weitere Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Arbeitsagenturen geschlossen und „regional wirkende Netzwerke“ etabliert.

An rund 170 von bundesweit etwa 750 Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren wurden den Karriereberatern der Bundeswehr Büros zugewiesen, in denen sie nach Vereinbarung oder zu regelmäßigen Sprechzeiten (zwischen alle zwei Jahre und täglich) Interessenten werben können. Das Ziel hierbei ist, wie es die Bundesregierung formuliert, „die Steigerung der Kundenfreundlichkeit und der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr im Sinne kurzer Anfahrtswege für die Interessentinnen und Interessenten sowie die deutschlandweite Präsenz der Bundeswehr“.

Militarisierung des Alltags

Die zunehmende militärische Aktivität der Bundesregierung bleibt nicht folgenlos für die Gesellschaft. Der wachsende Einsatz und die steigenden Kosten der Bundeswehr erfordern die Herstellung einer gleichsam erhöhten Kriegsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft, um die militärische Entwicklung auch wissenschaftlich, politisch und strukturell zu tragen. Die Bundeswehr nimmt zunehmend mehr Raum in der Öffentlichkeit ein und strebt bewusst eine stärkere Einbindung in die Gesellschaft an. Teil der Rekrutierungsstrategie ist die Selbstdarstellung als attraktive Arbeitgeberin, die Familienfreundlichkeit, Studiums- und Ausbildungsförderung sowie das Versprechen einer frühen Rente. Die Darstellung möglicher Risiken von Kampfeinsätzen wird erfolgreich ausblendet.

Sport

Aufgrund einer mangelnden zivilen Förderstruktur des Spitzensports durch das Innenministerium ist es kaum möglich, sich außerhalb des Sponsorings durch die

Tag der Bundeswehr

Im Jahr 2015 führte das Verteidigungsministerium den „Tag der Bundeswehr“ in Deutschland ein. Dessen Zweck besteht darin, jährlich einen Anlass zu bieten, um die Bundeswehr als attraktive Arbeitgeberin darzustellen, die zivil-militärische Zusammenarbeit hervorzuheben und ihren sicherheitspolitischen Diskurs der Bundeswehr in die Gesellschaft zu tragen.

Die Bundestagsabgeordneten waren beim Tag der Bundeswehr 2016 als Ehrengäste eingeladen. Die Fraktion DIE LINKE hat einen Offenen Brief^{f126} geschrieben, in dem sie erklär-

te, warum sie diese Einladung nicht annimmt. Der Tag der Bundeswehr sei nicht eine „bunte Mischung aus Zuschauen und Zuhören, aus Anfassen und Mitmachen – und natürlich aus Diskutieren,“ wie von der Leyen schreibt. Er sei ein militaristisches Spektakel, das die in der Bevölkerung zu Recht verwurzelten Hemmschwellen gegenüber dem Dienst an und mit der Waffe abbauen soll. Es sei eine Werbeshow, um junge Menschen für künftige Kriegseinsätze im Ausland zu gewinnen.

Tatsächlich kam es am Tag der Bundeswehr zu einem Skandal. Im

baden-württembergischen Stetten am kalten Markt wurden Kindern nicht geladene Waffen ausgehändigt. Auf die Anfrage der LINKEN, ob sie zukünftig Kinder an Waffen lassen wird, antwortete die Bundesregierung: „Auch zukünftig wird die Bundeswehr bei geeigneten öffentlichen Veranstaltungen allen Besucherinnen und Besuchern ohne Altersbeschränkung den beaufsichtigten Zugang zu Schiffen, Flugzeugen, Panzern und sonstigen nicht handelsüblichen Fahrzeugen der Bundeswehr ermöglichen.“¹²⁷

Polizei, Zoll oder Bundeswehr als Spitzensportler zu finanzieren. Der 13. Sportbericht der Bundesregierung unterstreicht deshalb: „Einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des Spitzensports leistet der Bund durch die Förderung des Sports in seinem eigenen Dienstbereich, insbesondere bei Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll“. Gegenüber der Bundeswehr mit 744 Spitzensportlern nehmen sich jedoch die Beiträge der Bundeszollverwaltung (60) und der Bundespolizei (161) eher bescheiden aus. Jährlich zahlt das BMVg rund 30 Millionen Euro für die Personalkosten und das Training der Sportsoldaten in 15 so genannten Sportfördergruppen. Dieses Fördersystem wurde mit einem Bundestagsbeschluss vom 8. Mai 1968 ins Leben gerufen und schließt seit 1992 auch die Förderung von Frauen ein.

Sportsoldaten müssen nur eine auf acht Wochen verkürzte Grundausbildung leisten und verbringen dann 30 Prozent ihres mindestens zweijährigen Wehrdienstes mit militärischen Diensten, wie z.B. Schießübungen, die restlichen 70 Prozent können sie in ihr Training investieren. Sie sollen als „sportliche Botschafter der Bundeswehr“ wirken und beitragen, dass „die Bundesrepublik Deutschland eine führende Stellung im Weltsport beibehalten kann“.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) selbst erkennt die Bundeswehr als wichtigen Akteur im „nationalen Spitzensportkonzept“ an. Abgesehen von der Repräsentation nach außen sind erfolgreiche Bundeswehrsoldaten in den Olympischen Spielen auch wichtig zur Förderung der Akzeptanz der Bundeswehr nach innen. Die Sportsoldaten müssen bei öffentlichen Anlässen das Eiserne Kreuz als Bundeswehremblem auf ihren Trikots tragen und somit gäben, wie der ehemalige Präsident des DOSB Thomas Bach es formulierte, „die Erfolge der Soldatinnen und Soldaten der

Bundeswehr ein attraktives Gesicht. Sie tragen das Bild einer demokratischen, sympathischen und der Verständigung verpflichteten Bundeswehr in alle Welt.“ Sie seien vorbildliche Sympathieträger mit „gesundem Patriotismus“, die Erfolge durch militärische Tugenden wie „Leistung, Disziplin und Organisationsfähigkeit“ erzielen.

Seit dem Jahr 2010 steigt die Präsenz der Bundeswehr im Amateur- und Profisport. In Stadien ist Werbung zu sehen, Rekrutierungstrucks bzw. Infomobile sind auf Sportevents vertreten und kleine, finanzschwache Vereine haben mittlerweile die Bundeswehr als Kooperationspartner. Im Jahr 2010 investierte die Bundeswehr rund 19.000 Euro in die Sportkooperationen, 2014 lag der Betrag schon bei 500.000 Euro. Partnerschaften pflegte die Bundeswehr mit bekannten größeren und kleinen Vereinen, u.a. als Premiumpartner, Supplier oder Sponsor. Gefördert wurden Fußball, Handball, Volleyball, Kanu-Rennfahren, Boxen, Leichtathletik, Eishockey, Ringen und Schwimmen.

Abgesehen von der Kooperationsarbeit mit Vereinen, veranstaltet die Bundeswehr jährlich mehrere Jugendsportevents, bei denen Minderjährige im Alter von 16 bis 17 Jahren die Bundeswehr „spielerisch“ kennenlernen können. Im Jahr 2014 wurden 490.000 Euro der Nachwuchswerbung im Rahmen des für Jugendliche ausgerichteten Sportevents „Bw-Olympix“ in der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf verausgabt, an dem etwa 800 Minderjährige drei Tage lang Beachvolleyball, Minisoccer, Streetball und Beachhandball spielen konnten.

Doch die Bundeswehr ist auch auf großen Sportereignissen ziviler Natur präsent. Vergangenes Jahr war sie mit Infotrucks, Flyern, Bandwerbung, Infoständen oder auch durch Trikotwerbung auf mehr als 73 Veran-

staltungen wie dem Mühlhäuser Röblinglauf e.V. oder auch dem Kite-Windsurfcup 2014 vertreten und erreichte alleine beim Motorrad Grand Prix Deutschland mit Bandenwerbung etwa 211.600 Menschen.

Rolle von öffentlichen Verabschiedungen, Gelöbnisse etc.

Mit öffentlichen Gelöbnissen und der Verabschiedung von Rekruten, die in den Auslandseinsatz gehen, versucht die Bundeswehr, Familien einzubinden. Zugleich geht es darum, die Bundeswehr in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken und antimilitaristischen Reflexen durch regelmäßige militaristische Darbietungen entgegenzuwirken. Ehemals in die Kaserne gedrängte Rituale wie Gelöbnisse oder Zapfenstriche werden mittlerweile feierlich in der Öffentlichkeit abgehalten, neue Ehrenmäler und Denkmäler eingeweiht, Verdienstorden für die Soldaten im Kampfeinsatz eingeführt. Ziel ist ein Gewöhnungseffekt für das Militärische im Alltag und ein Rückhalt für die Bundeswehr an der „Heimatfront“.

Gründe für die Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr

■ Ablehnung von Krieg

Die Gründe für die Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr sind vielfältig.

Der zentrale Grund ist die weiterhin in der Bevölkerung verankerte Ablehnung von Kriegen. Auf dem Höhepunkt der Debatte um „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 befragte Infratest Dimap im Rahmen des Deutschlandtrends Bürgerinnen und Bürger danach, mit welchen Mittel Deutschland auf die Krisen in der Welt reagieren sollte. Nur 22 Prozent sprachen sich für militärisches Eingreifen aus. Weitgehend einig sind sich die Deutschen, dass ein stärkeres Engagement vor allem aus humanitärer Hilfe (85 Prozent) und Diplomatie/Verhandlungen (84 Prozent) bestehen soll.

Ein Drittel der Befragten schließt in einer repräsentativen Studie des Meinungsforschungsinstitutes Ipsos

Mit welchen Mitteln sollte sich Deutschland in internationalen Krisen in der Welt engagieren?

humanitärer Hilfe vor Ort	85 Prozent Zustimmung
Diplomatie und Verhandlungen	84 Prozent
finanzielle Unterstützung	33 Prozent
militärisches Eingreifen	22 Prozent

aus folgenden Gründen eine Laufbahn bei der Bundeswehr kategorisch aus: „sinnlose Auslandseinsätze“, „möglicher Tod“, „zu anstrengend“, „Krieg und Gewalt bringen nichts“, „Soldaten haben keinen Rückhalt“, „Muss unter Umständen auf andere Menschen schießen“.

■ **Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt! Bundeswehr kein attraktiver Arbeitgeber**

„Der Mensch steht im Mittelpunkt“ – mit diesem Credo hat Ursula von der Leyen 2013 ihr Amt als Verteidigungsministerin angetreten. Aber diese Parole führt in die Irre. Nicht der Mensch, sondern der Einsatz steht im Mittelpunkt allen Bemühens der Bundeswehr. Das wirkt sich auf unterschiedliche Bereiche aus.

Die zunehmenden Auslandseinsätze haben dazu geführt, dass der Arbeitsdruck in der Truppe enorm gestiegen ist. Diese Situation hat sich verschärft, weil Verteidigungsministerin von der Leyen die Europäische Arbeitszeitrichtlinie umgesetzt hat, nach der die maximale Arbeitszeit auf 41 Stunden die Woche festgelegt ist.

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten führt regelmäßig die tagtäglichen Probleme der Soldatinnen und Soldaten auf. Im Jahresbericht 2015 ist die Zahl der Eingaben von Soldatinnen und Soldaten unvermindert auf hohem Niveau. Kein Bereich ist derart häufig Gegenstand von Beschwerden, wie der Bereich „Menschenführung und soldatische Ordnung“.

Der Bericht gibt selbst einige Beispiele dafür, wie Untergebene in vulgärer Form von ihren Dienstvorgesetzten beschimpft werden oder ihnen mit Gewalt bis hin zur Exekution gedroht wurde. Es ist gut, dass der Bericht so etwas offenlegt. Aber zur Wahrheit gehört auch: Solche Rohheiten sind keine Einzelfälle in der Bundeswehr. Ein Reporter des Stern ging im Frühjahr

2016 undercover als Freiwilliger zur Bundeswehr. Er berichtete von sinnentleerten Diensten und überbelegten Stuben sowie von rohen Vorgesetzten, etwa einem Feldwebel, der die Afghanen rassistisch als „Terroristen“ und – Zitat – „völlig bekiffte Ziegenficker“ beschimpfte.¹²⁸

Auch das ist ein Ergebnis des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Während dieser vor allen Dingen eine korrupte Regierung und unzählige Tote hinterlassen hat, bringt er nach Deutschland Soldatinnen und Soldaten zurück, die zum Teil durch Gewalterfahrungen gebrochen wurden, die demoralisiert oder zynisch geworden sind.

■ **PTBS**

Die steigende Zahl von Auslandseinsätzen führt zu einem Anstieg der Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) und anderer gesundheitlicher Einschränkungen. Wenn Soldatinnen und Soldaten traumatisiert aus dem Einsatz kommen, erfahren sie nicht automatisch die optimale Behandlung. Das Verteidigungsministerium vertritt den Standpunkt, dass eine Schädigung erst in einem zähen Verfahren zur Anerkennung von Wehrdienstbeschädigungen festgestellt werden soll. Für Soldaten mit PTBS ist das entwürdigend. Der Wehrbeauftragte forderte in dem Bericht für 2014 „Wem der Dienstherr – also die Bundeswehr – vor einem Auslandseinsatz die Auslandsverwendungsfähigkeit bescheinigt hat, der ist im Beschädigtenverfahren versorgungsrechtlich so zu behandeln, als sei er gesund in den Einsatz gegangen.“

Erst 2010 wurde die Ansprechstelle für Hinterbliebene (AfH) gegründet und 2015 wurde die Versorgung von im Krieg Geschädigten, für die zuvor etwa 30 Behörden und Ämter zuständig waren, in der neuen Zentrale für die Versehrten- und Hinterbliebenenversorgung in Düsseldorf gebündelt. Diese betreute im Jahr 2015

bereits 26.000 Wehrdienstbeschädigte, die seit der Gründung der Bundeswehr zu Schaden kamen und überprüfte mehr als 10.000 Antragsstellungen. Allein im Jahr 2015 wurden 235 Fällen mit posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) diagnostiziert, wobei die Dunkelziffer sehr viel höher liegt.

Die Erfahrung der britischen Soldaten aus dem Falklandkrieg zeigt, dass diese Probleme oft erst im Laufe der Zeit sichtbar werden. Während unmittelbar nach dem Kampfgeschehen 1982 kaum psychische Reaktionen auf den Krieg beobachtet wurden, stellt sich das Bild 30 Jahre nach dem Falklandkrieg wesentlich vielschichtiger dar: „Es wird deutlich, dass aktuell von einer PTBS-Rate von neun Prozent auszugehen ist.“ So ist es einem Bericht des Verteidigungsausschusses des House of Commons zu entnehmen. Obwohl die exakten Zahlen traumatisierter Falkland-Veteranen nicht bekannt sind, ist die Annahme realistisch, dass von den etwa 30.000 im Falklandkrieg eingesetzten Soldaten bis zu 2.700 an PTBS leiden. Auffällig ist auch, dass sich bisher über 300 Falklandveteranen das Leben genommen haben – eine Zahl, die die 255 damals gefallenen britischen Soldaten deutlich übertrifft.“¹²⁹

Diese Belastungsstörung, die u.a. durch selbst ausgeübte oder erfahrene – zum Teil tödliche – Gewalt, gesehene Leid und menschliche Verluste ausgelöst werden kann, hat oftmals Panikattacken, Schlafstörungen, Schreckhaftigkeit, Depressionen und Aggressionen zur Folge. Die Betroffenen haben große Schwierigkeiten, in das zivile Alltagsleben zurückzufinden. Durch die Posttraumatische Belastungsstörung tragen die Bundeswehrangehörigen die psychischen Nachwehen der Kriegsgewalt in ihre Familien und Partnerschaften weiter.

Um die Einsatzfähigkeit der Truppe zu stärken und um PTBS vorzubeugen, werden auch die zivilen Gesundheitsstrukturen in Deutschland eingebunden. Doch statt Menschen nicht mehr traumatischen Bedingungen wie Kampfhandlungen oder dem Druck zur Tötung auszusetzen, zielt die Bundeswehr auf die Stärkung der psychischen Belastbarkeit. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) organisiert Fortbildungen mit der Bundeswehr. Die Ärzteorganisation IPPNW kritisierte diese Kooperation in einem offenen Brief scharf: „Es ist eine äußerst problematische Botschaft, wenn mit der Institution, die ursächlich mit der Entstehung der Posttraumatischen Belastungsstörung verbunden ist, ein Vertrag über die zu erwartenden notwendigen Heilmaßnahmen abgeschlossen wird. Damit werden diese seelischen Verletzungen als Folgen eines legitimen staatlichen Handelns akzeptiert.“¹³⁰

Im September 2013 unterzeichnete die Kammer eine Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium, die die Behandlungen von Bundeswehrangehörigen in Privatpraxen ermöglicht. Daraus entsprang eine bevorzugte Behandlung von Soldaten, die „den allgemeinen heilberuflichen – auch von der Politik anerkannten – Prinzipien gleichen Zugangs zu bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung für alle, die ihrer bedürfen“, widerspricht. In einem Brief von Psychotherapeuten, an die Bundespsychotherapeutenkammer heißt es: „Wir fordern gleichen Zugang für alle psychotraumatisierten Menschen zu Hilfsangeboten. Und wir fordern die einzig wirksame Prophylaxe für PTBS bei Soldaten: Zivile Konfliktbearbeitung statt militärischer Intervention“.

Aktiv gegen den Krieg



Aktiv gegen den Krieg

Es gibt eine reiche Tradition des antimilitaristischen Widerstandes. Innerhalb der Arbeiterbewegung vor 1914 gab es einen breiten Konsens gegen den Krieg. Nach der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 arbeiteten Sozialistinnen und Sozialisten wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter erschwerten Bedingungen.

Die Grausamkeit des Krieges befeuerte die wohl erfolgreichste antimilitaristische Massenbewegung. Es war eine Welle von Arbeiter- und Soldatenaufständen in Europa 1917/18, die schließlich ein vorzeitiges Ende des Weltkriegs erzwang.

Der deutsche Faschismus machte offenen antimilitaristischen Widerstand in Deutschland unmöglich. In den meisten von Nazi-Deutschland besetzten Ländern formierte sich jedoch im Laufe des Kriegs ein Widerstand des Partisanenkriegs und des verdeckten Kampfes.

Nach 1945 war „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ fester Grundsatz in West und Ost. Er widerspiegelte sich im Grundgesetz, das 1949 noch keine Armee vorsah. Erst 1956 wurde das Grundgesetz so geändert, dass die Bundeswehr aufgestellt und die Wehrpflicht eingeführt wurde.

Es war nur konsequent, dass sich gegen die Remilitarisierung ein breiter außerparlamentarischer Protest erhob, der neben den Gewerkschaften und Frauengruppen damals auch Parteien wie die KPD und SPD umfasste.

Der Widerstand gegen einen neuen Militarismus setzte sich bereits Ende der 1950er Jahre fort in der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer, der Kampagne „Kampf dem Atomtod“, der Ostermarschbewegung gegen Atomwaffen, in den Kämpfen gegen den Vietnamkrieg der USA.

In den 1980er Jahren demonstrierten Hunderttausende gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluss von 1979. Dieser sah eine Aufrüstung mit zusätzlichen atomar bestückten Mittelstreckenraketen in Westdeutschland bei einem gleichzeitigen Angebot von Abrüstungsgesprächen vor. Eine Mehrheit der Bevölkerung erkannte, dass sie damit im Spiel der Mächte als Ziel eines atomaren Erstschlages einkalkuliert wurde. Höhepunkt war eine Demonstration am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten mit 300.000 Teilnehmern.

In den 1980er Jahren erklärten sich Städte und Gemeinden für „atomwaffenfrei“. In der DDR entstand die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“. Generale, Offiziere und Soldaten der Bundeswehr engagierten sich, wie zum Beispiel im „Darmstädter Signal“, für Abrüstung und für demokratische Rechte von Angehörigen der Bundeswehr. Friedensforscher, Politik-

wissenschaftler und oft auch Militärs in beiden deutschen Staaten erkannten, dass ein mit Atomwaffen geführter Krieg nicht mehr führbar und nicht gewinnbar ist. Clausewitz' Satz vom Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ hatte seinen Sinn verloren. Es gab keine Politik, die mit solchen Mitteln realisierbar war. Es konnte nur noch eine gleiche, gemeinsame Sicherheit der Staaten geben.

Auch nach 1989 blieb die Friedensbewegung mit den Protesten gegen den Jugoslawienkrieg, gegen den US-Überfall auf den Irak, gegen den Afghanistankrieg, gegen die NATO-Politik und gegen die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland ein wichtiger politischer Faktor.

Eine massenhafte Mobilisierungsfähigkeit erreichte die Friedensbewegung gegen den Golfkrieg 1991, und vor allem im Vorfeld des Golfkrieges 2003. Diese Bewegung war Teil einer beeindruckenden globalen Protestwelle. Am 15. Februar 2003 demonstrierten weltweit Millionen in der größten je dagewesenen einzelnen Protestaktion. In Berlin waren es über 500.000. Monatelang arbeiteten Antikriegs-Aktivistinnen auf lokaler Ebene, in Schulen und Universitäten dafür, den Krieg zu verhindern. Am Tag X gingen in Berlin 70.000 Menschen, darunter viele Schülerinnen und Schüler, auf die Straße.

Dem Ausmaß der Massenmobilisierungen in Deutschland entsprach die öffentliche Festlegung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer auf eine Nichtbeteiligung an diesem Krieg im Wahlkampf 2002. Schröder sagte im August 2002: „Wir stehen für Kriegsabenteuer im Irak nicht zur Verfügung.“ Damit setzte er sich von dem damaligen Unionskandidaten Edmund Stoiber ab und drehte eine schon verloren geglaubte Bundestagswahl für die SPD.

Damit gewannen zugleich die Mobilisierungen gegen den Krieg an Fahrt.

Dies zeigt zum einen, dass in Deutschland Kriege weiterhin so unpopulär sind, dass sich damit Wahlen gewinnen lassen. Zum anderen macht es deutlich, dass die Frage, wie sich SPD und Grüne zu den Kriegen stellen, Einfluss darauf hat, inwiefern deren Basis und politisches Umfeld mobilisiert werden können.

Die Politik von Rot-Grün war allerdings widersprüchlich: Die Bundesregierung schloss nicht den Luftraum. So wurde die Bundesrepublik zur Drehscheibe für die US-Luftwaffe auf dem Weg nach Bagdad. Auch wurde Deutschland zum wichtigen Lazarettstandort und für andere relevante Aktivitäten im Rückraum des Krieges. Zugleich beteiligte sich die Bundeswehr verstärkt am Afghanistankrieg, was US-Kräfte für die Irak-Mission freimachte.

Zudem gibt es durch diverse Einsätze, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, eine gewisse „Normalisierung“ des alltäglichen Kriegsgeschäftes. Bedeutsamer ist allerdings, dass Rot-Grün alle anderen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr unterstützt hat. Immer stärker verfängt die Argumentation von der „Humanitären Intervention“ und der „Schutzverantwortung“.

Das wirkt sich unmittelbar auf die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung aus. Die herrschenden Rechtfertigungen der Militäreinsätze als Interventionen im Dienste der jeweils betroffenen Bevölkerungen prägen das politische Klima im Land und wirken auf die Auseinandersetzung in Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen negativ zurück.

Es gibt nach wie vor eine breite Ablehnung gegen den Krieg in der Gesellschaft. Eine Aufgabe dieses

Buches ist es, diese Ablehnung argumentativ zu unterfüttern.

Alltäglicher Widerstand

■ Lasst Euch nicht verheizen

Die Bundeswehr trägt die Widersprüche der Klassengesellschaft in der wir leben in sich. So sehr Soldatinnen und Soldaten sich in ihrer großen Mehrheit mit der Bundeswehr identifizieren und an Befehl und Gehorsam gebunden sind, kann die Realität Widerspruch und Widerstand hervorrufen.

Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien sind diejenigen, die – nach den Menschen in den Einsatzgebieten – die Realität des Krieges am eigenen Leib spüren. Sie erfahren den Widerspruch zwischen dem eigenen Anspruch, etwas Sinnvolles zu tun, und der Unmöglichkeit, mit Krieg Frieden oder Demokratie und Menschenrechte zu bringen.

Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz werden instrumentalisiert. Sie dienen nicht Deutschland – sondern den Scheckbüchern und Macht-Ambitionen weniger. Das »neue« Image des Militärs in Öffentlichkeit, Medien und Schulen, und insbesondere die Werbung für die Auslandseinsätze, dient diesen Zielen. Dies erkennen immer mehr Soldatinnen und Soldaten und ehemalige Dienstleistende. In den USA und anderen westlichen Ländern haben sich kritische Veteranenverbände gebildet, die diese Instrumentalisierung anprangern. In Deutschland sind es einige mutige junge Soldatinnen und Soldaten, die an die Öffentlichkeit gehen und von ihren Kriegserfahrungen berichten.¹³¹

2010 wurde von der Fuldaer DGB-Vorsitzenden Karin Masche eine Erklärung als Reaktion auf den Tod

eines jungen Soldaten aus Fulda veröffentlicht. In ihr heißt es: »Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konflikts [in Afghanistan], sie ist längst Teil des Problems. [...] Deshalb fordern wir: den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan [...] und zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige«.¹³²

■ Alltäglicher Widerstand

An vielen Aktivitäten sind die klassischen Organisationen der Friedensbewegung beteiligt, die sich in den 1970er und 1980er Jahren gebildet haben. Und auch wenn seit 2003 keine massenhafte Mobilisierung mehr gelungen ist, so finden regelmäßig Ostermärsche und Kundgebungen zum Antikriegstag/Weltfriedenstag am 1. September statt. In den letzten Jahren, haben sich vielfältige lokale Aktionsnetze gebildet. Die-In bei einem Messebesuch der Bundeswehr, eine Blockade der Tore des Atomwaffenstützpunktes in Büchel/Rheinland-Pfalz oder die kontinuierliche Arbeit mit Medien, um wie bei der „Aktion Aufschrei“ mit einem langen Atem ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem Rüstungsexporte mit überwältigender Mehrheit abgelehnt werden. Wir stellen einige von ihnen exemplarisch vor.¹³³

■ Bundeswehr raus aus den Schulen

Ein wichtiger Aktionsschwerpunkt sind die Schulen. „Schulfrei für die Bundeswehr“, „Lernen für den Frieden“ oder „Kein Werben fürs Sterben“ sind daher Kampagnen oder lokale Aktionen, die sich gegen die Rekrutierung von jungen Menschen und die Werbung von Minderjährigen stellen.¹³⁴ Damit soll auch der Forderung des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte der Kinder weiter Nachdruck verliehen werden, der Deutschland für seine gezielte Werbung von Minderjährigen für den Dienst an der Waffe gerügt hat. Die Kampagne „unter18nie“, die neben der DFG-

VK auch vom Deutschen Bündnis Kindersoldaten, terre des hommes, der Kindernothilfe, der Aktion Weißes Friedensband und der Bildungsgewerkschaft GEW¹³⁵ getragen wird, baut hier weiteren Druck zum Verbot dieser Rekrutierungspraxis auf.

Gleichzeitig gibt es Proteste vor und in Schulen und Messen gegen die Rekrutierungsbemühungen der dorthin eingeladenen Jugendoffiziere und Karriereberater, und das Bestreben, Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Protest setzt hier sowohl bei den Schülern im Sinne der Schaffung einer kritischen Gegenmeinung an als auch bei Eltern wie Lehrkräften, die sich weigern, ihre Kinder den Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Rahmen des Unterrichts oder der Schule auszusetzen.

Der Zugriff auf die Schule durch die Jugendoffiziere beginnt mitunter bereits in der Referendarausbildung und der ersten Kontaktaufnahme zu angehenden Lehrern. Lehrkräfte sind hier aufgefordert, sich an ihrer Schule per Beschluss der Schul- oder Gesamtlehrerkonferenz für eine „militärfreie Schule“ auszusprechen, um so ein Lernen ohne Uniform zu ermöglichen.

■ Für zivile Hochschulen

An Hochschulen hat sich gegen Rüstungsforschung und die Zusammenarbeit mit dem Militär das Instrument der so genannten Zivilklausel etabliert. Dies ist in der Regel eine Selbstverpflichtung der Hochschulen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen und jegliche Kooperation mit dem Militär oder Rüstungsfirmen zu unterlassen. Mehr als 60 Hochschulen haben sich bereits eine solche Selbstverpflichtung gegeben, auch wenn dies nur ein erster Schritt ist, da immer wieder auch um die Durchsetzung dieser gerungen werden muss.¹³⁶

■ Vor Ort aktiv: Rüstungsatlanten

Neben den Menschen für die Uniformen braucht das Militär zur Kriegsführung Kasernen, Logistik und Infrastruktur, denn Kriege beginnen nicht erst, wenn die ersten Schüsse fallen, sondern dann, wenn dieser eingeübt wird. Um hier Protest gegen militärische Strukturen (oder Rüstungsfirmen) zu organisieren, hat sich das Instrument des so genannten Rüstungsatlas bewährt. Darin werden anhand von Karten Standorte des Krieges markiert und in ihren Kriegskontext gesetzt. Vor Ort ist es nun möglich, mit Hilfe dieser Übersichten herauszufinden, welche Strukturen in der unmittelbaren Umgebung für welche Kriegstätigkeit verantwortlich sind. Die Rüstungsatlanten laden auch selbst dazu ein, sich aktiv mit den militärischen Landschaften vor der eigenen Haustür auseinanderzusetzen. Beispiele für diese Atlanten sind der Rüstungsatlas Baden-Württemberg¹³⁷, der Rüstungsatlas Thüringen¹³⁸ oder die Broschüre zum antimilitaristischen Stadtrundgang in Kiel.¹³⁹ Letzterer ist sogar verbunden mit einer antimilitaristischen Hafenerundfahrt, ein kreativer Weg, die eigene Stadt unter einem neuen Blickwinkel kennenzulernen und sich mit ihr auseinanderzusetzen.

■ Blockaden und Camps

Eine ganz andere Form, sich mit den Standorten für Krieg und Militär auseinanderzusetzen, ist die Blockade. Hier hat die Gruppe „Lebenslaute“ ein besonders öffentlichkeitswirksames Konzept entwickelt, um auf Standorte von Krieg aufmerksam zu machen. Bis zu 100 klassische Musiker in Konzertgewand und mit Orchesterinstrumenten blockieren mit einem Konzert eine Kriegseinrichtung. Ausgezeichnet mit dem Aachener Friedenspreis 2014 stören die Musiker den täglichen Kriegsalltag seit nun mehr 30 Jahren: 2010 beim Truppenübungsplatz Altmark (Gefechtsübungszentrum, GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide; 2011 am Mili-

tärflughafendrehkreuz Leipzig/Halle; 2012 vor den Toren des Waffenherstellers Heckler & Koch; 2013 am Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel, auf dem ca. 20 Atombomben stationiert sind. Nachdem 2014 vor dem Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt und 2015 beim Braunkohlerevier Rheinland aufgespielt wurde, lautet das Motto 2016 „Schlussakkord dem Drohnenmord“ und findet in Stuttgart vor dem US-Afrikakommando statt.¹⁴⁰

Regelmäßig finden Proteste gegen das GÜZ Colbitz-Letzlinger Heide statt, bei denen 2010 bereits die „Lebenslaute“ musizierte. Besonders jüngere Menschen nutzen ein Camp als Aktionskonzept, von dem aus viele verschiedene Aktionsformen ausprobiert und praktiziert werden. Im GÜZ wurde die Trainingsstadt „Schnöggersburg“ gebaut, die eine der wichtigsten Übungseinrichtungen für die Soldaten ist, bevor sie in den Auslandseinsatz gehen. Auch andere Armeen mieten sich ein, um sich auf den Krieg – etwa in der einzigen U-Bahn Sachsen-Anhalts – ganz konkret vorzubereiten. Schnöggersburg wird dabei nicht durch die Bundeswehr, sondern durch den Rüstungskonzern Rheinmetall betrieben.¹⁴¹

■ Stoppt den Waffenhandel

Viel Widerstand hat sich am Thema Rüstungsexporte entfaltet. Prominent sticht hierbei die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ heraus. Seit 2011 arbeiten derzeit 16 Trägerorganisationen mit über 100 unterstützenden Gruppen aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum in der Kampagne zusammen. Durch zahlreiche pressewirksame Termine ist das Thema Waffenhandel medial präsent wie nie zuvor. Besonders Rüstungsgeschäfte mit Staaten wie Saudi-Arabien rufen eine breite Mobilisierung hervor, die es ermöglicht, den generellen Export von Waffen und deren Produktion zu problematisieren. Den Opfern

und den Tätern ein Gesicht zu geben, ist dem bekanntesten Aktivisten der Aktion Aufschrei, Jürgen Grässlin, ein besonderes Anliegen. Dieser deckte zusammen mit dem Filmregisseur Daniel Harrich und einem Team mit dem Buch „Netzwerk des Todes“ illegale Waffengeschäfte nach Mexiko auf, die wahrscheinlich von deutschen Behörden gedeckt wurden. Jürgen Grässlin hat bereits mehrere Strafverfahren gegen deutsche Waffenfirmen angestrebt, meist wurden sie über viele Jahre verschleppt. Als die Enthüllungen des Buches veröffentlicht wurden, leitete jedoch die Staatsanwaltschaft München gegen die Autoren und Grimmepreisträger umgehend Ermittlungen wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen gemäß § 353d Strafgesetzbuch ein. Ein weiterer Fall, um kritische Berichterstattung zu einem heiklen Thema juristisch zu behindern und die Pressefreiheit gefährlich einschränken zu wollen.

Ebenfalls zum Thema Waffenexporte ist der Bewegungsarbeiter der Bewegungsstiftung Rex Osa aktiv. Seit über zehn Jahren setzt er sich mit dem Thema Repression, institutioneller Rassismus und Fluchtgründe auseinander u.a. bei „The Voice“ und in dem bundesweiten Netzwerk „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“. Er gründete die Initiative „Flüchtlinge für Flüchtlinge“ und thematisierte, dass über die karitative Hilfe für Geflüchtete in Deutschland hinaus, es vor allem solidarisch sei, sich mit den Gründen von Flucht auseinanderzusetzen und diese zu bekämpfen. Ausdrücklich politisch müsse deshalb das Thema Flucht und Waffenexporte angegangen werden. Im Jahr 2015 organisierte Rex Osa dafür Aktionstage in der Rüstungsregion Bodensee, um gerade auch mit den vielen ehrenamtlichen Helfern ins Gespräch zu kommen, dass diese sich dafür einsetzen, dass aus ihrer Region keine Waffen mehr exportiert werden.

Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern weltweit

Solidarität ist auch mit Kriegsdienstverweigerern weltweit gefragt. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist das Thema in Deutschland aus dem Fokus der Öffentlichkeit gerückt, weil eine direkte Betroffenheit fehlt. Zahlreiche Stellen für die Beratung von Kriegsdienstverweigerern wurden daraufhin abgeschafft. Eine der wenigen Organisationen, die sich dennoch weiterhin für das Thema stark machen, ist Connection e.V. in Offenbach. Der Verein tritt für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit ein und leistet Solidaritäts- und Aufklärungsarbeit mit inhaftierten Kriegsdienstverweigerern weltweit. Weiter fordert Connection, dass Kriegsdienstverweigerung in Kriegsgebieten als Asylgrund in Deutschland anerkannt wird und fördert die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Opposition gegen Aufrüstung, Rüstungsexporte und Krieg

Die zahlreichen Auslandseinsätze und die Aufrüstung der Bundeswehr machen Deutschland nicht sicherer. Sie sind vielmehr Teil eines internationalen Wettlaufs um militärische Stärke und internationalen Einfluss zwischen den rivalisierenden kapitalistischen Mächten. In diesem wahnwitzigen Wettlauf gilt es, sich gegen die Bundeswehreinmächtigkeiten und die Aufrüstungspläne der Bundesregierung zu stellen. Bündnispartner sind weltweit jene, die in ihren Ländern gegen Militarismus, Aufrüstung und Unterdrückung kämpfen. Dafür braucht es eine Erneuerung einer internationalen Friedensbewegung.

Auf parteipolitischen Terrain sieht sich vor allem die Partei DIE LINKE in den vielfältigen Traditionen der Friedensbewegung und als Teil dieser Bewegung. Zugleich

sieht sie sich in der Tradition der antimilitaristischen Arbeiterbewegung verpflichtet, sich um die sozialen, gesundheitlichen und demokratischen Belange der Soldatinnen und Soldaten zu kümmern.

Im Unterschied zu den anderen Parteien hält die LINKE eine Welt für möglich, in der Konflikte friedlich und mit zivilen Mitteln ausgetragen werden. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Ursachen gewaltträchtiger Konflikte endlich energisch angegangen werden: Frieden verlangt nach einer Welt, in der es gerecht zugeht, Allen der Zugang zu Nahrung, Wasser, Arbeit, Bildung und Gesundheit ermöglicht wird und Alle über grundlegende Menschenrechte verfügen. In einer solchen Welt bedarf es keiner Armeen und keiner Waffen mehr. Eine Welt und eine Bundesrepublik Deutschland ohne Armee ist daher unser langfristiges Ziel. Mit konkreten Abrüstungsschritten kann und muss hier und heute begonnen werden.

Die größten Herausforderungen für den Frieden und die weltweite Sicherheit sind gegenwärtig und zukünftig nicht-militärischer Natur, wie fehlende Verteilungsgerechtigkeit, Hunger und Armut, die Folgen des Klimawandels und die wachsende internationale Konkurrenz, unter anderem um die zuneigehenden knappen Ressourcen. Auch den immer wieder beschworenen sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen, den Terror-Netzwerken, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und den regionalen Auswirkungen sogenannter „gescheiterter Staaten“, kann mit militärischen Mitteln nicht nachhaltig begegnet werden. Diesen Problemen ist mit zivilen Instrumenten – Diplomatie, Stärkung des Völkerrechts, globale Zusammenarbeit und Initiativen zur Umsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, allgemeine Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten – zu begegnen.



DIE LINKE als internationalistische Friedenspartei

„Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab. Neben der Kritik an Gewaltakten und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen. Gemein-

sam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Wege zu struktureller Gewaltprävention und für einen zivilen Konfliktaustrag. Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit von Gewalt, weil er soziale wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen als Voraussetzung für dauerhafte friedliche Entwicklungen erachtet. DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier

Prinzipien: Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union. Reform und Stärkung der UNO.“

„Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ Aus dem Erfurter Programm der Partei DIE LINKE

Es geht darum, die Ursachen von Kriegen zu bekämpfen und Konflikte zivil zu bearbeiten. Die ersten Ansprechpartner sind dabei Expertinnen und Experten aus Entwicklungszusammenarbeit, ziviler Konfliktbearbeitung, Globalisierungskritikerinnen und -kritiker sowie Partnerinnen und Partner in den Einsatzländern. Darüber hinaus wird es darum gehen, die Auseinandersetzung um eine künftige Friedens- und Sicherheitspolitik auch mit den Angehörigen der Streitkräfte zu führen.

Mit diesem Schwarzbuch laden wir ein zur Diskussion:

- Zentrale Forderung friedenspolitischer Kräfte wie auch der Partei DIE LINKE ist die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Das betrifft die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen von NATO und EU und in „ad-hoc-Kooperationen“ wie sie im Weißbuch vermehrt angekündigt werden. Darüber hinaus wird von der LINKEN perspektivisch die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands gefordert, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.
- Durch den Verzicht auf eine Beteiligung an solchen „Out-of-area“-Einsätzen kann eine Vielzahl von Beschaffungsprogrammen beendet werden.
- Der Verzicht auf die Beteiligung an Auslandseinsätzen ermöglicht den Wegfall der entsprechenden Führungsfähigkeiten, wie des Einsatzführungskommandos. Kapazitäten für mobile, verlegbare Hauptquartiere im Rahmen der NATO und EU werden nicht mehr benötigt. Ein herausgehobener militärischer Großverband, wie das Kommando Spezialkräfte (KSK), wäre obsolet, wenn es keine verdeckten Operationen im Ausland gibt. Schließung des Gefechtsübungszentrum GÜZ in der Altmark, in dem die Auslandseinsätze der Bundeswehr vorbereitet werden.
- Die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wurde in den vergangenen Jahren reduziert, gleichzeitig die Zahl der Auslandseinsätze angehoben. Anstatt eine mögliche Anhebung und Flexibilisierung der Personalobergrenze anzusteuern, sind die Aufgaben der Bundeswehr zu reduzieren, zuvorderst die Auslandseinsätze.
- Die Wehrpflicht wurde 2010 ausgesetzt. Allerdings wurde sie noch nicht abgeschafft. Die Wehrpflicht stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte junger Menschen dar. Der Zwangsdienst muss sofort beendet, das Wehrpflichtgesetz aufgehoben werden.
- Die Bundeswehr wird als Parlamentsarmee bezeichnet. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass laut Parlamentsbeteiligungsgesetz über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte der Bundestag zu entscheiden hat. Wir sind gegen die Aufweichung des Parlamentsvorbehalts und für die Stärkung der parlamentarischen Informations- und Kontrollrechte.
- Bürgerinnen- und Bürgerrechte innerhalb der Bundeswehr muss stärker zur Geltung verholfen werden. Im Alltag der Bundeswehr gilt es, die Soldatenrechte zu stärken und den Soldatinnen und Soldaten mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für alle Soldatinnen und Soldaten darf nicht angetastet werden.
- Das „Outsourcing“ und die Privatisierung von Teilen der Bundeswehr und ihrer Verwaltung ist abzulehnen.
- Forderungen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Innern, etwa zur Unterstützung der Polizei, sind abzulehnen. Dies würde die Terrorgefahr nicht mindern, sondern liefe auf eine Militarisierung des öffentlichen

Raums hinaus. Zivile Aufgaben sollen grundsätzlich von zivilen Einrichtungen durchgeführt werden. Dafür müssen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die fortgesetzte Kürzungspolitik der letzten Jahre hat zu einer massiven Überbelastung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst geführt. Dies muss rückgängig gemacht und die Stellen im öffentlichen Dienst aufgestockt werden. Es kann nicht angehen, dass Soldatinnen und Soldaten den Personal-mangel in Bürgerämtern, Behörden oder Notaufnahmestellen kompensieren müssen.

■ Der weiteren Vermischung von Zivilem und Militärischem durch die Ausweitung der Amtshilfe ist ein Riegel vorzuschieben. Dem zivilen Sektor müssen an dieser Stelle die nötigen Kapazitäten und Ressourcen für die Umsetzung der Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden. Die Hilfsorganisationen, die in der Regel vor Ort besser informiert sind und Zugang zu den benötigten Fachkräften haben, sind besser in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden und mit finanziellen Möglichkeiten auszustatten. Insbesondere im Bereich der Katastrophenhilfe ist das Primat ziviler Entscheidungskompetenz unantastbar.

■ Auch für den internationalen Bereich gilt, dass Katastrophenschutz, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zivil geleistet werden müssen. Eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ist abzulehnen. Zivile Hilfe sollte nicht für militärische Zwecke instrumentalisiert werden oder auch nur in den Verdacht geraten, hierfür genutzt zu werden. Zivile Kapazitäten – auch im Bereich der Transportlogistik und Kommunikationsinfrastruktur – sind so auszubauen, dass zukünftig kein Bedarf mehr für eine Unterstützung der Bundeswehr besteht. Das bedeutet auch, dass für mögliche Unterstützungsleistungen der Bundeswehr bei nationalen und internationalen Katastrophen sowie

für humanitäre Hilfe keine gesonderten Kapazitäten unterhalten werden müssen.

■ Die Bundesregierung bekennt sich im Weißbuch erneut zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Demnach sollen alle NATO-Staaten zwei Prozent ihres BIP in den Verteidigungsbereich investieren. Das hätte fast eine Verdopplung des jetzigen Rüstungsetats zur Folge. Aber bereits derzeit bedeutet der Verteidigungshaushalt eine enorme Belastung des Staatshaushaltes. Allein der Verzicht auf Auslandseinsätze und Beschaffungsprogramme für Auslandseinsätze, wie z.B. A 400M, Eurofighter oder Fregatte 125 erweitert den Handlungsspielraum für die Finanzierung neuer Ansätze einer friedensorientierten Außen- und Sicherheitspolitik und soziale Investitionen hierzulande. Unter dem Strich würde damit auch die Sicherheit in Deutschland erhöht werden.

■ Durch eine deutliche und stetige Reduzierung der Militärausgaben und das Verbot von Rüstungsexporten kann Deutschland in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Abrüstung und zur Unterbindung der Rüstungsexporte leisten. Dies wäre ein Beitrag zum nötigen Umdenken insbesondere innerhalb der NATO-Staaten, die immer noch für ca. 70 Prozent der Militärausgaben in der Welt verantwortlich sind.

■ US-Militäreinrichtungen in Deutschland wie z.B. den Stützpunkt Ramstein oder das Africom in Stuttgart sind perspektivisch zu schließen. Mit der Auflösung des Tornado-Geschwaders in Büchel wird die technische nukleare Teilhabe Deutschlands beendet und ein klares Signal gegen die Atomwaffenpolitik der NATO gesetzt. Die Atomwaffen der USA sollen von deutschem Boden abgezogen werden.

■ Die Mittel für wehrtechnische Forschung und Entwicklung sind zu kürzen; an den Universitäten soll

Rüstungsforschung keinen Platz haben. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass aus EU-Mitteln keine Rüstungsforschung finanziert wird.

■ Die drastische Minderung der Ausgaben für das Militär setzt umfangreiche Mittel frei, die für sozialstaatliche und entwicklungspolitische Belange dringend benötigt werden. Allerdings sollte auch klar sein, dass Abrüstung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Programme zur Konversion und damit zivilen Nachnutzung von Militärstandorten als auch Programme zur Wiedereingliederung von Bundeswehrgestellten ins zivile Berufsleben müssen daher im Mittelpunkt stehen. Um ehemalige Militärstandorte zivil weiter nutzen zu können, muss mit der zügigen Beseitigung militärischer Altlasten begonnen werden. Im Verteidigungshaushalt müssen dafür angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden.

■ Zur Bekämpfung von Konfliktursachen ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung unabdingbar, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle schafft und globale und soziale, ökologische und demokratische Rechte durchsetzt.

Wir knüpfen an Rosa Luxemburgs Worte aus dem Jahre 1911 an, „dass der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, dass also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.“ Es gilt, neuerlichen Kriegen, ihrer Führung und Vorbereitung sowie der Aufrüstung den Weg zu verstellen, stattfindende Kriege zu beenden und für internationale und zunehmend innerhalb der Staaten stattfindende Konflikte politische, friedliche Lösungen zu schaffen.

Alliance Ground Surveillance (AGS)

Das AGS ist ein NATO-Überwachungs- und Aufklärungssystem, das aus fünf mit Radar und Sensoren ausgerüsteten Drohnen des Typs RQ-4B Global Hawk, einer Hauptbodenstation und verschiedenen mobilen Steuerungsstationen besteht. Es ist auf der NATO-Militärbasis Sigonella auf Sizilien stationiert. Es wird voraussichtlich Ende 2017 aktiviert und dann u.a. zur Migrationskontrolle eingesetzt.

Aktionsplan Zivile Krisenprävention

Das Strategiepapier Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wurde 2004 von der Bundesregierung verabschiedet. Darin sollten ressortübergreifend zivile Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktprävention und -lösung aufgezeigt werden, doch verankerte der Aktionsplan auch den Aufbau militärischer Strukturen in krisengeschütterter Länder.

Asymmetrische Kriegsführung

Die asymmetrische Kriegsführung erfolgt zwischen einem regulären, staatlichen Militärapparat und einer nicht-staatlichen Gruppe, welche oftmals entweder als Widerstandsbewegung oder als terroristische Organisation bezeichnet wird. Eine weitere Definition hebt die wehrtechnische, organisatorische, taktische und personelle Ungleichheit von Kriegsparteien hervor, die allerdings in vielen Kriegen und Konflikten zu verzeichnen ist.

Autonome Waffensysteme

Waffensysteme, die durch künstliche Intelligenz unabhängig von menschlichen Befehlen eigenständig Zielidentifikationen und Zielauslösungen durchführen, werden autonome Waffensysteme genannt. An solchen Systemen, die die Kriegsführung revolutionieren werden, forschen unter anderem die NATO und die Fraunhofer Gesellschaft.

AWACS

Das Airborne Early Warning and Control System (AWACS) ist ein auf der luftgestützten Luftraumaufklärung und -überwachung basiertes Frühwarnsystem der NATO. Der Haupteinsatzflugplatz der 17 AWACS-Flugzeuge, die über eine Reichweite von bis zu 400 km verfügen, liegt in Geilenkirchen bei Aachen. Bisher wurden sie u.a. in den Golfkriegen, der Ukraine Krise, zur Überwachung der Ostgrenze zu Russland und bei Großereignissen wie Papstbesuchen oder der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland eingesetzt.

Berufsarmee

Im Gegensatz zu einer Wehrpflichtigenarmee besteht eine Berufsarmee aus Zeit- und BerufssoldatInnen. In Deutschland ist die Wehrpflicht seit 2011 ausgesetzt. Abgesehen von Estland, Griechenland, Norwegen und der Türkei haben mittlerweile alle NATO-Mitgliedstaaten ihre Armeen zu Freiwilligen- und Berufsarmeen transformiert.

CIMIC

siehe Zivil-militärische Zusammenarbeit

Cyber-Krieg / -Sicherheit

Cyber-Krieg und -Sicherheit bauen auf den offensiven und defensiven elektronischen Fähigkeiten des Militärs auf. Zentral ist dabei, die eigene IT-Struktur und elektronisch gesteuerten Waffensysteme vor Angriffen zu schützen und offensive Fähigkeiten aufzubauen, die u.a. darauf abzielen, aus Spionage- oder Sabotageabsichten in fremde Computersysteme einzudringen, zu Propagandazwecken Websiteinhalte zu ändern oder auch durch Manipulation von Hardware und das materielle Zerstören von fremden IT-Bestandteilen wie Antennen und Kabeln die elektronische Kommunikation und Operationsfähigkeit von Gegnern zu stören.

Dispositiv

Umschreibt alle Ressourcen die für einen Kontext zur Verfügung stehen und eingesetzt werden können – im Kontext der Streitkräfte (Steitkräftedispositiv) hierbei geht es in erster Linie um Waffen und personelle Ressourcen, aber auch um die Fähigkeit zur strategischen Aufklärung und Führung bzw. Kommandoinfrastruktur.

Drohnen

Drohnen, auch unbemannte Luftfahrzeuge (UAV), werden vom Militär zur Aufklärung, Überwachung oder für Tötungen verwendet. Ohne menschliche Besatzung dienen sie in ihrer militärischen Verwendung zur Kontrolle und ggf. Sanktion von Menschen. Siehe HALE-Drohne und MALE-Drohne.

Dual-Use

Der Begriff Dual-Use kennzeichnet den doppelten sowohl zivilen als auch militärischen Verwendungszweck von Gütern, Computerprogrammen und Technologien. Angewendet wird er in der Exportkontrolle, der Rüs-

tungsindustrie und in der Kategorisierung von Forschung. Heutzutage wird die Entwicklung der meisten Rüstungsgüter und -technologien mit zivilen Zwecken verknüpft, wodurch eine Trennung ziviler von militärischer Forschung erschwert wird.

Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)

Der EAD ist eine Organisation der Europäischen Union. In ihm wird seit 2010 versucht, sowohl Aufgaben eines europäischen Außen- als auch eines Verteidigungsministeriums zu bündeln, verbunden mit Maßnahmen der humanitären Hilfe bis hin zu geheimdienstlichen Aufgabstellungen. Der EAD untersteht dem Hohen Vertreter/ der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit Federica Mogherini) und wird besetzt mit Diplomaten der Mitgliedstaaten.

Ertüchtigung

Militärische Ertüchtigung wird als eine Politik verstanden, in der u.a. auch durch Deutschland in anderen Staaten wie Mali oder bei nichtstaatlichen Akteuren wie den Peschmerga im Nordirak militärische Strukturen aufgebaut und mit Rüstungsmaterial ausgestattet werden. Auf EU-Ebene wird auch von „train and equip“, „E21“ oder „Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung“ gesprochen. Für die deutsche Politik wurde dies auch mit dem Ausdruck „Merkel-Doktrin“ versehen.

Erweiterte Sicherheit

siehe Vernetzte Sicherheit

EU-Battlegroup

Die EU unterhält halbjährlich rotierend seit 2007 zwei sogenannte „Battlegroups“ – ein Kampfverband mit 1.500 SoldatInnen. Bisher wurden diese nicht eingesetzt, werden aber als Vorstufe einer innereuropäischen Militärzusammenarbeit begriffen und ausgebaut.

Failed / Fragile States (gescheiterte / fragile Staaten)

Im Zuge von Interventionsdebatten entwickeltes Begriffspaar, das von der Politik angeführt wird, wenn es gilt, anderen Staaten einen Teil ihrer Souveränität streitig zu machen und paternalistische „Eingriffe“ (von Beratung über Sanktionierung bis hin zu Intervention) zu rechtfertigen. Dabei wird ein gradueller Unterschied zwischen einem „fragilen“ also „nicht-stabilen“ und „failed“ also „versagendem“ Staat gemacht. Fragile Staaten zeichnen sich durch ökonomische, soziale, politische oder auch militärische Unsicherheitsfaktoren aus, die sie leicht in Konflikte abgleiten lässt und zu deren Lösung ihnen die Ressourcen fehlen. Failed States sind demgegenüber Staaten, die in der Lösung ihrer Konflikte versagt haben und ggf. nur noch Partikularinteressen bedienen können, oder gar zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen. Im Rahmen von staatlich geführten Sicherheitsdebatten wird dabei die Ursache der Fragilität ausgeblendet und einseitig auf die militärische Lösung der Befriedung (Intervention) oder gar auf die Ausstattung eines der beteiligten Akteure mit den militärischen oder sicherheitspolitischen Ressourcen, eine Befriedung zu erreichen (Ertüchtigung) gesetzt.

Freiwilligenarmee

siehe Berufsarmee

HALE-Drohne

HALE-Drohnen (High Altitude Long Endurance) beschreibt einen Typ unbemannter Flugobjekte. HALE-Drohnen fliegen in Höhen über 15 km und sind für die weiträumige Erstellung militärischer Lagebilder zuständig. Die von der Bundeswehr bisher nur zu Testzwecken angeschaffte Global-Hawk ist eine HALE-Drohne, ebenso die Drohnen, die für die NATO im Rahmen von AGS zum Einsatz kommen.

Humanitäre Intervention

Eine „humanitäre Intervention“ beschreibt den Einmarsch von Militär in ein anderes Hoheitsterritorium unter dem Vorwand vermeintlich humanitärer Beweggründe. Damit sollte das völkerrechtliche Gebot des Schutzes der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten unter Verweis auf einen über-rechtlichen Notzustand ausgehebelt werden. Diese Argumentationsfigur wurde nach dem Kalten Krieg vermehrt in Ansatz gebracht, wird aber wieder seltener gebraucht, weil der Terminus aufgrund der katastrophalen Praxis dieser Kriegseinsätze – etwa im Krieg gegen Jugoslawien oder gegen Libyen – politisch verbraucht und praktisch untragbar geworden ist.

Hybride Kriegsführung

Hybrid, also in der Bedeutung von „vermischt“, beschreibt eine in den westlichen Militärstrategien propagierte neue Form der Kriegsführung durch die Anderen (insbesondere Russland). Dabei würden unkonventionelle und konventionelle, irreguläre und reguläre Streitkräfte gemischt eingesetzt und auch terroristische und kriminelle Netzwerke eingebunden. (Fehl-)Informationskampagnen und der Krieg im Cyberspace mit Schwerpunkt auf den sozialen Medien seien Elemente dieser Kriegsführung. Mit dieser Begriffsbesetzung sollen zahlreiche Lebensbereiche umfassend unter eine militärische Logik der Abwehr und Widerstandskraft (Resilienz) gesetzt und dadurch militarisiert werden.

Innere Führung

Unter dem Konzept der Inneren Führung wird das durch die Bundeswehr propagierte Leitbild der SoldatInnen als „Staatsbürger in Uniform“ verstanden, die Bindung militärischen Handelns an Völkerrecht, Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit. Es wurde in den 1950er Jahren entwickelt und soll es den SoldatInnen ermöglichen, entgegen dem Kadavergehorsam der früheren deutschen

Armeen und insbesondere des Zweiten Weltkrieges zwischen den soldatischen Anforderungen und einer bewusst gelebten Individualität der SoldatInnen Übereinstimmung herzustellen sowie zu einer funktionierenden Befehlskette zu verhelfen. Mit der Transformation der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ geraten diese Grundsätze jedoch unter Druck. Der frühere Inspekteur des Heeres, Generalleutnant a.D. Hans-Otto Budde, betonte bereits 2004: „Der Staatsbürger in Uniform hat ausgedient [...]. Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“

Konversion

Unter Konversion wird die Umwandlung von militärischen Liegenschaften in zivil genutzte Bereiche oder die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte verstanden.

Kommando Spezialkräfte (KSK)

Das KSK wurde 1996 als Spezialeinheit der Bundeswehr aufgestellt um, in Anlehnung an die GSG9 der Bundespolizei, Geiselnbefreiungen und Terrorabwehr leisten zu können. Im Geheimen operierend haben die rund 1100 vor allem in Calw stationierten SoldatInnen heute die Aufgabe, Kommandooperationen in gefährlichen Umgebungen durchzuführen. Das Parlament wird über die Einsätze der Elitetruppe nur unzureichend bis gar nicht informiert, was eine parlamentarische Kontrolle weitestgehend ausschließt.

MALE

MALE ist eine Abkürzung für Medium Altitude Long Endurance (Mittlere Flughöhe und lange Flugdauer) und beschreibt einen Typ unbemannter Flugobjekte (Drohnen). MALE-Drohnen werden von der Bundeswehr bislang ausschließlich in unbewaffneter Form eingesetzt und dienen der Erkundung für militärische Lagebilder.

Maritime Sicherheit

Maritime Sicherheit umschreibt alle Aspekte der Sicherheit zur See, angefangen von der (Arbeits-)Sicherheit auf den Schiffen, Verkehrssicherheit im zivilen und militärischen Schiffsverkehr bis hin zu Umweltschutz auf den Weltmeeren. In Deutschland sind einzelne Aufgaben jeweils unterschiedlichen Stellen zugeordnet – so ist in Deutschland die Polizei zuständig für die Verfolgung krimineller zur See (PiratInnen), nicht die Marine. Maritime Sicherheit als Begriff löst diese Zuordnungen teilweise auf und überträgt damit das Konzept des „Vernetzten Ansatzes“ (siehe dort) auf das Meer – er dient damit dazu, den Eingriff des Militärs in eigentlich zivile Bereiche zu legitimieren.

Militarismus

Militarismus bezeichnet ein politisches System, das von Militär und Kriegspolitik dominiert wird, die Unterordnung aller Lebensaspekte unter eine militärische Logik. Es äußert sich in strikt hierarchischen und auf Befehl und Gehorsam basierenden Ordnungsmodellen und einem Kult des Militärischen in der politischen Kultur. Der deutsche Militarismus war einer der Hintergründe für die Auslösung der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts durch Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich seit den 1950er Jahren als nicht-militaristisch angesehen (siehe Innere Führung). Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation erleben Elemente von Militarismus in Deutschland auf oft subtile Weise eine Renaissance, militärische Wertvorstellungen halten zunehmend Einzug in die Politikgestaltung. Mit der Dominanz militärischer „Lösungen“ bei der Behandlung von Krisen und Konflikten in der Welt und der Transformation der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ verstärken sich diese Tendenzen.

NATO

Die North Atlantic Treaty Organization ist als militärisches Verteidigungs- und Beistandsbündnis 1949

gegründet worden und umfasst heute 28 Staaten auf der nördlichen Halbkugel der Erde. Als westlicher Militärblock war sie Teil des „Ost-West-Konflikts“ mit dem Gegenspieler des „Warschauer-Paktes“. Danach hätte sie sich eigentlich erübrigt, wurde aber zu einer westlichen Interventions- und Einflussorganisation umgebaut. Seit 1990 ist sie als militärisches Bündnis auch außerhalb der Grenzen seiner Mitgliedsstaaten tätig und in eine Vielzahl von Kriegen und Krisen verwickelt. Die NATO unterhält gemeinsame Einrichtungen und Kommandostellen.

Neuausrichtung

Die Neuausrichtung der Bundeswehr umschreibt den Prozess der Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer „Armee im Einsatz“. Teilweise als „Transformation“ beschrieben galt es nach dem Jahr 2000, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen und in Material und Ausbildung an neue Einsatzszenarien anzupassen.

OSZE

Die 1995 gegründete Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit ist ein politisches Bündnis, das der Völkerverständigung in Europa dient. Sie ist aus der 1975 geschaffenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hervorgegangen. Die OSZE arbeitet als gemeinsame Organisation der Staaten in Europa an der Abrüstung und der Verhinderung von Krieg.

Parlamentsbeteiligungsgesetz

Das 2005 erlassene Gesetz bestimmt, dass jeder bewaffnete Einsatz des deutschen Militärs durch das Parlament genehmigt werden muss, welches Dauer und Umfang der Einsätze bestimmt. Will die Regierung, dass deutsche Truppen im Ausland eingesetzt werden, so muss es hierzu einen Antrag in den Bundestag einbringen und ihm regelmäßig über die Entwicklung berichten. Mit den Argumenten, hierzu sei unter bestimmten Be-

dingungen der zeitliche Vorlauf zu knapp oder „Bündnisverpflichtungen“ (z.B. gegenüber anderen NATO-Staaten) würden einem Widerspruch des Parlaments entgegenstehen, versuchten bisher verschiedenste Bundesregierungen das Gesetz zu umgehen oder es aufzuweichen.

Parlamentsarmee

Der Begriff beschreibt die deutsche Bundeswehr als eine von den Einsatzbefehlen des Parlaments abhängige Armee seit seiner Einrichtung 1955. Spätestens seit der Aufstellung des Kommando Spezialkräfte (KSK) 1996 ist diese Annahme jedoch unter Druck – die Einsätze dieses Truppenteils, der für Kommandooperationen eingesetzt wird, werden nicht vom Bundestag genehmigt, sondern dieser wird nur im Nachhinein über den Einsatz informiert.

PTBS – Posttraumatische Belastungsstörung

Posttraumatische Belastungsstörung beschreibt eine psychische Erkrankung, die durch ein oder mehrere schwerbelastende Ereignisse ausgelöst wird, wie z.B. selbst ausgeübte, erlebte oder beobachtete Gewalt. Mit den zunehmenden Kampfeinsätzen der Bundeswehr steigen auch die PTBS-Fällen unter den SoldatInnen. Durch die einhergehenden Symptome wie Panikattacken, Schlafstörungen, Depression und Aggression, haben die Betroffenen große Schwierigkeiten, in das zivile Alltagsleben zurück zu finden.

Resilienz

Dieser Begriff stammt ursprünglich aus der Psychologie und bezeichnet als psychische Widerstandsfähigkeit die Fähigkeit von Menschen, Krisen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu bewältigen. Von der Politik wird der Terminus zunehmend bemüht, um die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft zu beschreiben. Je ausgeprägter die Resilienz, desto eher könne eine Gesellschaft eine wie auch immer geartete

Krise überstehen; dabei ist nicht nur die Frage materieller Ressourcen angesprochen, sondern ebenfalls die soziale, politische und ökonomische Stabilität einer Gesellschaft. Oft sind gesellschaftliche Ersatzhandlungen angezielt: statt den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß zu senken, sollen Pflanzen und Nutztiere gezüchtet werden, die die Erderwärmung aushalten; wenn durch den Klimawandel Unwetter zunehmen, müssen eben andere Häuser gebaut werden. Im Kontext von Sicherheit wird z.B. im Weißbuch 2016 auf Resilienz rekuriert, wenn es gilt, Elemente der verstärkten Überwachung, Kontrolle und Militarisierung zu rechtfertigen, denen eine stabilisierende Wirkung zugesprochen wird.

Vereinte Nationen

Die in den Vereinten Nationen organisierten Staaten der Welt haben sich auf die Sicherung des Friedens und die Einhaltung der in der UN-Charta festgelegten Regeln zur Beilegung von Streitigkeiten untereinander verpflichtet. Diese sieht u.a. das Recht auf Selbstverteidigung vor, aber auch den Verzicht auf militärische Gewalt als „Lösung“ von Krisen oder Spannungen mit anderen Staaten. Die Vereinten Nationen haben eine Reihe von Organisationen gegründet die das Zusammenleben der Völker verbessern sollen. Der UN-Sicherheitsrat, als Ausschuss der Vereinten Nationen, diskutiert bei Krisen oder militärischen Auseinandersetzungen die Reaktion der internationalen Gemeinschaft und beschließt ggf. ein militärisches Eingreifen.

Vernetzte Sicherheit / vernetzter Ansatz

Der Versuch, mithilfe der engen Koordination von politischen, polizeilichen, militärischen und entwicklungspolitischen Instrumenten einen effektiven und positiven Einfluss auf Krisen und Konflikte auszuüben, wird mit Vernetzter Sicherheit umschrieben. Ursprünglich vor allem im Hinblick auf Krisen und Konflikte in entfernten Ländern oder Regionen entwickelt, arbeiten heute im

vernetzten Ansatz zivile und militärische Stellen auch in Deutschland eng zusammen. Ausdruck der Kooperation sind die Einrichtung gemeinsamer Lagezentren, in denen die Informationen der beteiligten Akteure gemeinsam ausgewertet werden, wobei verfassungsmäßig bewusst vorgenommene Abgrenzungen der Akteure (vor allem Militär – Polizei) sich zusehends verwischen.

Verteidigungspolitische Richtlinien

Die VPR sind ein Dokument des Verteidigungsministeriums, in dem es die in den Weißbüchern zur Verteidigungspolitik getroffenen Grundsatzentscheidungen und Aussagen in konkrete Handlungsanweisungen für die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium übersetzt. Anders als beim Weißbuch entsteht dieses Dokument allein innerhalb des Verteidigungsministeriums und dient der unmittelbaren Gestaltung der weiteren Dienstweisungen.

Weißbuch

Ein Weißbuch bezeichnet ein Regierungsdokument, das sich mit einem ggf. mehrere Ministerien übergreifenden Thema auseinandersetzt. Das Weißbuch der Verteidigungspolitik in Deutschland behandelt alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus der Perspektive der Regierung und aller Ressorts. Ein Weißbuch dient international dazu, andere Staaten über die Antriebsfaktoren und grundsätzlichen Vorstellungen der Regierung zu informieren.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit (oder CIMIC)

Als Teil des „vernetzten Ansatz“ ist hiermit die enge Kooperation ziviler Stellen mit militärischen Institutionen umschrieben. Im Inland ist hier oft die gegenseitige Unterstützung von Katastrophenschutz (THW), Militär und Polizei gemeint, aber es geht weit über die unmittelbare technische Unterstützung hinaus und umfasst mehr und mehr die Kooperation von Behörden und Polizeidienst-

stellen mit militärischen Dienststellen. Im Kontext von Krisen und Konflikten im Ausland ist hier vielfach die enge Kooperation von Bundeswehr und Institutionen der Entwicklungshilfe angesprochen – auch wenn es noch keinen „Zwang“ zur Kooperation mit dem Militär gibt, so wurde doch bereits erheblicher Druck auf EntwicklungshelferInnen ausgeübt, ihre Informationen mit militärischen Stellen auszutauschen.

- 1 Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, 2016, S. 137.
- 2 Ingar Solty, Exportweltmeister in Fluchtursachen: Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016, S.13-19.
- 3 „Deutsche Sicherheitspolitik neu definieren“, www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/02/2015-02-17-weissbuch-2016.html
- 4 Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2016, in: www.br.de/nachrichten/deutschland-bundeswehr-verantwortung-100.html
- 5 Ebd.
- 6 Weißbuch 2016, S. 65.
- 7 Weißbuch 2016, S. 88.
- 8 Weißbuch 2016, S. 65.
- 9 Weißbuch, S. 28.
- 10 Weißbuch, S. 29.
- 11 Weißbuch, S. 32.
- 12 Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres, Grundsatzrede auf dem Parlamentarischen Abend des Heeres im April 2016; in: Newsletter Verteidigung, 03.05.2016, S. 2.
- 13 Weißbuch, S.22.
- 14 Weißbuch, S. 32.
- 15 Weißbuch, S. 39.
- 16 Weißbuch, S. 98.
- 17 Weißbuch, S. 97.
- 18 Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), wiedergegeben in NV 28/2016, S. 6. Ggf. Original-PM im Netz suchen.
- 19 Ein Überblick findet sich hier: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43257716.html>
- 20 Bericht in: Die Tageszeitung, 04.02.1991.

Anmerkungen

- 21 Zitiert in: Volkhard Mosler, An Krieg gewöhnen? Niemals! Die Rückkehr des deutschen Militarismus, Frankfurt, 1996, S. 44.
- 22 Volker Rühle in Der Spiegel, 20.07.1992; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855248.html>
- 23 Volker Rühle in Der Spiegel, 20.07.1992; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855248.html>
- 24 Zitiert in: David Owen, Balkan Odyssey, London, 1995, S. 376.
- 25 Dokumentiert in: <http://www.nzz.ch/detaillierte-opferzahlen-zum-bosnien-krieg-1.518352>
- 26 Der Spiegel berichtete damals von der „klammheimlichen Freude des Westens“; in: Der Spiegel, Operation „Blitzschlag“, 07.08.1995; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9207955.html>
- 27 <http://www.welt.de/print-welt/article636304/Belgische-Blauhelme-wieder-schwer-belastet.html>
- 28 Zitiert in: Michael Birnbaum, Krisenherd Somalia.

- Das Land des Terrors und der Anarchie, München 2002, S. 109.
- 29** Siehe: <http://www.berliner-zeitung.de/bundeswehr-zieht-aus-belet-huen-ab—einsatz-kostete-310-millionen-mark-deutsche-flagge-eingeholt-17394688>
- 30** Michael Birnbaum, Krisenherd Somalia. Das Land des Terrors und der Anarchie, München 2002, S. 121.
- 31** Eine zusammenfassende Diskussion um das BVG-Urteil und den schrittweisen Umbau der Bundeswehr zur Armee im Einsatz findet sich in der mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Studie von Maybritt Brehm / Christian Koch / Werner Ruf / Peter Strutynski, Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr, Hamburg, 2012.
- 32** Die Tageszeitung, „Die Rambouillet-Lüge: Was wußte Joschka Fischer?“, 12.04.1999; <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=1999/04/12/a0040>
- 33** Zahlen in: Armee im Einsatz, op.cit., S. 99.
- 34** Tagesspiegel, „Vorläufige Bilanz der Opfer und Schäden im Kosovo-Krieg liegt vor“, 04.06.1999; in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/vorlaeufige-bilanz-der-opfer-und-schaeden-im-kosovo-krieg-liegt-vor/79548.html>
- 35** Der Spiegel, „Ich darf nicht wackeln“, 05.04.1999; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-10932908.html>
- 36** Zitiert nach: Armee im Einsatz, op. cit., S. 97.
- 37** WDR, Es begann mit einer Lüge, 8. Februar 2001; Transkription der Sendung auf: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/ard-sendung.html>
- 38** Die Zeit, „Aus Dienst wird Ernst“, 08.04.1999; http://www.zeit.de/1999/15/199915.armee_.xml
- 39** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992, Ziffer III.24.
- 40** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992, Ziffern IV. 45, 48
- 41** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992, Ziffer IV. 43
- 42** Angaben in: www.marine.de [abgerufen am 29.07.16]; <http://tinyurl.com/jt2zhty>
- 43** Einen stichwortartigen Überblick über Aktivitäten und Geschichte der DSK findet sich auf www.deutschesheer.com, siehe: <http://tinyurl.com/hbck4g3> [abgerufen am 29.07.2016]
- 44** Die Linksfraktion hat zu dem Untersuchungsausschuss ein Minderheitenvotum abgegeben, siehe: „Murat Kurnaz und das KSK – Wohin die un eingeschränkte Solidarität mit den USA geführt hat“; 17.12.2008, auf: www.linksfraktion.de.
- 45** Im November 2001 stimmte der Bundestag zunächst der Entsendung der Bundeswehr im Rahmen des Mandats „Operation Enduring Freedom“ zu, dessen Einsatzgebiet sich neben Afghanistan vor allem auf die Seegebiete am Horn von Afrika erstreckte. Im Dezember 2001 folgte die Zustimmung des Bundestages zur Entsendung der Bundeswehr im Rahmen von ISAF. Im Rahmen von OEF fanden in Afghanistan KSK-Operationen statt. Ab 2008 wurden sie in die ISAF integriert.
- 46** Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung, Peter Struck, 11.03.2004; in: <http://tinyurl.com/hzh966a>
- 47** Afghanistan-Krieg (2001 – ?), 12.10.2009, URL: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf>, S. 23.
- 48** Hamid Karsai, ein afghanisch-stämmiger Paschtune, hatte lange Zeit in den USA gelebt.

Laut der französischen Zeitung Le Monde soll er unter anderem als Berater für Unocal tätig gewesen sein – jenem Ölmulti, der sich in den 90er Jahren vergeblich um den Bau einer Öl-Pipeline durch Afghanistan bemüht hatte. Die Unocal Corporation, ursprünglich Union Oil Company of California, wurde 2005 von Chevron Texaco übernommen.

- 49** https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afg_Executive_summary_2015_final.pdf
- 50** Zitiert in: DIE LINKE (Hg.), Bundeswehr raus aus Afghanistan!, 2009, S. 10; <https://www.die-linke.de/?id=1011>
- 51** [https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSSqIS90tSk1KKknMzkbL3kzNzMZP2CbEdFAH394xw/!](https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSSqIS90tSk1KKknMzkbL3kzNzMZP2CbEdFAH394xw!/)
- 52** Haydt, Claudia, Hindukusch. Experimentierfeld für zivilmilitärische Zusammenarbeit, in Wissenschaft und Frieden 2006-4, <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0466>
- 53** Stern, „Mit Todeslisten gegen die Taliban“, 10.02.2010; <http://www.stern.de/politik/deutschland/geheimoperation-in-afghanistan-mit-todeslisten-gegen-die-taliban-3893264.html>
- 54** <http://christinebuchholz.de/wp-content/uploads/2011/12/111123-Untersuchungsausschuss-Kundus.pdf>
- 55** Einen umfassenden Einblick in die Bilanz bietet die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion aus 2015 Drucksache 18/4168
- 56** Aschraf Ghani im Interview mit der Süddeutsche Zeitung, 16. Februar 2016; in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-afghanistans-praesident-ghani-wir-haben-eine-raeuberische-elite-1.2865132>
- 57** Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion aus 2015 Drucksache 18/4168, S. 72 und 73
- 58** Diese Zahl verteilt sich auf eine geringere Zahl von Personen, da viele Soldatinnen und Soldaten in mehr als einen Auslandseinsatz gegangen sind. Das Personal der Einsatzkontingente rotiert. In der Regel erstreckt sich ein einzelner Einsatz über einen Zeitraum von vier bis sechs Monate.
- 59** SWP und German Marshall Fund of the United States, Neue Macht – neue Verantwortung, 2014, S. 14 https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf
- 60** Bericht über Grundsatzrede des Heereschefs Vollmer; in: Newsletter Verteidigung, 03.05.2016, S. 3.
- 61** Die Wirtschaftswoche, „Der Rohstoffkrieg in Mali“, 14.01.2013; <http://www.wiwo.de/politik/europa/frankreich-der-rohstoffkrieg-in-mali/7629346.html>
- 62** So heißt es in der Begründung des Antrags der Bundesregierung „zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)“, 28.01.2015, Bundestagsdrucksache 18/3836.
- 63** Die Tageszeitung, „Schüsse auf Frauen und Kinder“, 21.04.2016.
- 64** <http://christinebuchholz.de/2014/11/25/mali-nicht-nur-elend-sondern-widerstand/>
- 65** von der Leyen, Ursula/BMVG (2014): Ministerin von der Leyen im Zeit-Interview: Tabus beiseite legen und offen diskutieren.
- 66** Eine Übersicht über die ersten beiden Pakete liefert das Verteidigungsministerium am 23.7.2015: Übersicht der Materiallieferungen in

- den Irak. Im Dezember 2015 kündigte Ministerin von der Leyen eine dritte Tranche von Waffenlieferungen an, insbesondere von der Panzerabwehrwaffe MILAN.
- 67** Thörner, Marc/Zeidler, Markus/Jahn, Philipp: Krieg gegen den IS: Wo Deutschlands Waffen wirklich landen, in: Monitor, 15.1.2015.
- 68** Zur Problematik der Endverbleibserklärungen vgl. Jürgen Grässlin, Netzwerk des Todes, München 2015, S. 258.
- 69** http://www.welt.de/print/welt_kompakt/debatte/article151268678/Gefaehrlichste-Weltlage-seit-Ende-des-Kalten-Kriegs.html
- 70** Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem Deutschlandradio.
- 71** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992, Ziffer II.8.
- 72** <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-in-afghanistan-koehler-entfacht-neue-kriegsdebatte-a-696982.html>
- 73** Der Generalinspekteur war bis dahin nur oberster militärischer Berater der Bundesregierung, war aber kein truppendienstlicher Vorgesetzter der Streitkräfte. Infolge der Reform von 2011 wurden ihm die Inspektoren der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche unterstellt.
- 74** Das Personal verteilt sich nach den Vorgaben von 2011 wie folgt auf die Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche: Heer: ca. 57.500 Soldaten, Luftwaffe: ca. 22.500 Soldaten, Marine: ca. 13.000 Soldaten, Streitkräftebasis: ca. 37.000 Soldaten, Sanitätsdienst: ca. 14.500 Soldaten; in Ausbildung oder in anderen Organisationsbereichen: ca. 30.500 Soldaten.
- 75** Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), Verteidigungspolitische Richtlinien, 27.05.2011, Ziffer V.
- 76** Tatsächlich sind die Gesamtausgaben für das Militärische höher als der Verteidigungshaushalt, weil einige Posten in anderen Einzelplänen des Bundeshaushaltes abgebildet werden. Dies betrifft zum Beispiel die Finanzierung von Militärmissionen der Vereinten Nationen oder die Unterstützung ausländischer Streitkräfte.
- 77** Die Schätzung beruhen auf Berechnungen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI); in http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex_database.
- 78** Das Korps ist vor allem eingerichtet worden, um Polen aktiv in die Nato-Führungsstrukturen mit einzubinden. 2006 war es voll einsatzfähig. 2007 übernahm es für mehr als ein halbes Jahr die operative Leitung der ISAF-Truppen in Afghanistan; 2010 wurde es erneut an der ISAF beteiligt.
- 79** Zitiert in Spiegel-Online, 16.04.2014; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-nato-verstaerkt-militaerische-praesenz-im-osten-europas-a-964783.html>
- 80** Vizeadmiral Andreas Krause, Inspekteur der Marine, „Wilhelmshavener Erklärung“ zur Zukunft der deutschen Marine, 12.02.2016.
- 81** Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE; 25.07.2016, Bundestagsdrucksache 18/9265.
- 82** <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/06/2016-06-22-NATO.html>
- 83** Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur aufgabenorientierten Ausstattung, 01.03.2016.
- 84** Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur aufgabenorientierten Ausstattung, 01.03.2016.
- 85** Harald Kujat im Deutschlandfunk, 27.09.2014; http://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-finanzausstattung-ist-blamabel.694.de.html?dram:article_id=298751

- 86** Die Welt, „Rüstungsmängel: Bundeswehr zieht mit Besenstielen ins Manöver“, 17.02.2015; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article137549045/Bundeswehr-zieht-mit-Besenstielen-ins-Manoever.html>
- 87** Bayerischer Rundfunk, 11.02.2016; <http://www.br.de/nachrichten/deutschland-bundeswehr-verantwortung-100.html>
- 88** WAZ, 11.05.2016; <http://www.derwesten.de/politik/trendwende-von-der-leyen-will-die-bundeswehr-deutlich-vergroessern-aimp-id11815708.html>
- 89** Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres: „Schnell, Durchsetzungsfähig, Kampfstark. Elemente der Ausrichtung des Deutschen Heeres“; in: Infobrief Heer, Februar 2016; http://www.fkhev.de/fileadmin/user_upload/daten/infobriefheer/InfoBriefHeer_1-2016.pdf
- 90** Ursula von der Leyen, Interview in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.07.2016.
- 91** Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (Hg.), Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte, erstellt von KPMG, P3 Group, TaylorWessing, 30.09.2014.
- 92** Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur aufgabenorientierten Ausstattung, 01.03.2016.
- 93** Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der wehrtechnischen Industrie sowie weiteren Unternehmen der Rüstungswirtschaft, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, 10. April 2014, Bundestagsdrucksache 18/1174.
- 94** Bundesregierung (2015): Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland Berlin, 8. Juli 2015.
- 95** „Bericht des BMVg zu Rüstungsfragen“, Teil 1, Oktober 2015, S. 100. Auch die Korvetten (Klasse 130) sind mit einer Verspätung von über 5 Jahren und erheblichen Mehrkosten ausgeliefert worden.
- 96** Rudolf Braun, Mehrzweckkampfschiff Klasse 180, Realisierung kann beginnen, in: „Marineforum“ 7/8, 2015, S. 20-24.
- 97** „Bericht des BMVg zu Rüstungsfragen“, Teil 1, Oktober 2015, S. 116.
- 98** Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD, „Haltung der Bundesregierung zum Erwerb und Einsatz von Kampfdrohnen“, 29.05.2013, Bundestagsdrucksache 17/11102.
- 99** Hoffnungen, dass Obama zum Ende seiner Amtszeit zumindest die Praxis der Signature strikes unterbinden werden, wurden enttäuscht: <http://foreignpolicy.com/2016/04/05/obamas-most-dangerous-drone-tactic-is-here-to-stay/>
- 100** Marcel Dickow, Schriftliche Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Verteidigungsausschusses im deutschen Bundestag, 30.06.2014; Ausschussdrucksache 18(12)148.
- 101** Newsletter Verteidigung, 29/2016, 26.07.2016
- 102** Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Auswahlentscheidung zur Beschaffung von bewaffneten Drohnen, 26.02.2016, Bundestagsdrucksache 18/7725.
- 103** Newsletter Verteidigung, 29/2016, 26.07.2016.
- 104** Flugrevue, „Deutschland übernimmt Führungsrolle bei europäischer Drohne“, 09.12.2015; <http://www.flugrevue.de/militaerluftfahrt/uav/deutschland-uebernimmt-fuehungsrolle-bei-europaeischer-drohne/659600>
- 105** Keine Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, Antrag der Fraktion DIE LINKE, 21.02.2013, Bundestagsdrucksache 17/12437.
- 106** Alle Zitate aus Weißbuch 2016, S.36-38, S. 93.
- 107** Aufbaustab Cyber- und Informationsraum: Interview mit Generalmajor Ludwig Leinhos, 25.07.2016; in: <http://tinyurl.com/jt5tfxz>

- 108** Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992, Ziffer II.8.
- 109** Alain Richard gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 18.06.1999.
- 110** Rüstungsexportbericht der Bundesregierung: S.6. Der Gesamtwert von € 12,82 Milliarden setzt sich zusammen aus Einzelgenehmigungen (€ 7,86 Milliarden) und Sammelausfuhrgenehmigungen (€ 4,96 Milliarden – Sammelausfuhrgenehmigungen werden im Zusammenhang mit transnationalen Rüstungskoooperationen erteilt)
- 111** Die Welt: „Rüstungsexporte auch im ersten Halbjahr 2016 gestiegen“, 5.7.16. Abrufbar unter: http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article156815306/Ruestungsexporte-auch-im-ersten-Halbjahr-2016-gestiegen.html
- 112** Auswärtiges Amt (2015): Abschlussbericht Review 2014, S. 26.
- 113** Merkel, Angela: „Deutschland weiß um seine Verantwortung in der Welt“, Rede zum 50. Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung, 9.9.2011.
- 114** Thomas de Maizière im Hamburger Abendblatt, zitiert in Süddeutsche Zeitung, 09.07.2011; <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-panzer-lieferung-de-maizire-wuerdigt-saudi-arabien-als-stabilitaetsanker-1.1118148>
- 115** Junge welt, 27.07.2016.
- 116** FAS, 24.07.2016.
- 117** „Streit um die Feldjäger“, Die Tageszeitung, 24.07.2016; <http://www.taz.de/!5321585/>
- 118** Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), wiedergegeben in NV 28/2016, S. 6 f.
- 119** Weißbuch, 2016, S.119
- 120** Jahresbericht der Jugendoffiziere 2015, Seite 3: https://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5NmYzMzc2NjU2OTc1MzcyMDIwMjAyMDIw/Jugendoffiziere_Jahresbericht_2015.pdf
- 121** Markus Pflüger, Popaganda für Streitkräfte, in Neues Deutschland vom 10.11.2010.
- 122** Siehe Bundestags-Drucksachen 17/1511 sowie 18/8597
- 123** <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>
- 124** Unterricht muss kontrovers sein, Neues Deutschland, 22. Oktober 2010
- 125** Bundestags-Drucksache 18/8597
- 126** <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/offener-brief-tag-bundeswehr/>
- 127** <http://christinebuchholz.de/wp-content/uploads/2016/07/SKP1817441216070609400.pdf>
- 128** Björn Stephan, Bundeswehr undercover, Stern vom 23.4.2016 <http://www.stern.de/panorama/gesellschaft/bundeswehr-undercover-was-ein-stern-reporter-als-rekrut-erlebte-6805578.html>
- 129** Tegtmeier, Catri; Tegtmeier, Michael A., PTBS Das unsichtbare Leid. Posttraumatische Belastungsstörung, Handbuch für Einsatzkräfte und deren Angehörige, Regensburg 2011, S.62
- 130** www.ngfp.de/2014/04/offener-brief-an-den-praesidenten-der-bundespsychotherapeuten-kammer-vollstaendig/
An die Bundespsychotherapeutenkammer
Gemeinsame Fortbildungen von Bundeswehr und BPTK Berlin, 1. April 2014
- 131** So Daniel Lücking, der den Blog ‚Aufräumen, Kamerad! Raus aus der Dunkelziffer‘ betreibt. <https://daniel-luecking.berlin/ptbsblog/>
- 132** Fuldaer Erklärung: www.frieden-mitmachen.de/29/truppenabzug_jetzt!_frieden_statt_krieg!

- 133** Weitere Informationen bei den beiden großen Organisationen der Friedensbewegung der ‚Kooperation für den Frieden‘ <http://www.koop-frieden.de/> und dem ‚Friedensratschlag‘ <http://www.friedensratschlag.de/>
- 134** <http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de/>
- 135** <https://www.gew.de/schule/bundeswehr/einfluss-der-bundeswehr-an-schulen-zurueckdraengen/>
- 136** <http://www.zivilklausel.de/>
- 137** http://www.imi-online.de/download/ruestungs-atlas_2012_web.pdf
- 138** <http://www.ruestungsatlas-thueringen.de/>
- 139** <http://www.gegenwind-online.de/stadtrundfahrt/Bilder/AMST-Brosch2014.pdf>
- 140** <http://www.lebenslaute.net/>
- 141** <http://www.war-starts-here.camp/>

Impressum

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Entstanden unter Mitwirkung von: Jacqueline Andres, Christine Buchholz (v.i.S.d.P.), Mario Candeias, Erhard Crome, Claudia Haydt, Thomas Mickan, Maria Oshana, Frank Renken, Rainer Rilling, Andreas Seifert, Ingar Solty.

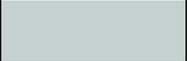
Layout/Satz: Thomas Herbell, Berlin

Druck: MediaService, Berlin

Bildnachweis: dpa (7, 21, 43), Frank Schwarz (27), Sebastian Wilke (71) CC-BY-ND 2.0, linksjugend [solid] (81), Uwe Hiks (95)

Stand: 18. August 2016

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**